Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

7. November 1977
Jg. 5 Nr. 45

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Seit einem Monat Streik der Boeing-Arbeiter

In Preisen von 1967 gerechnet haben die Flugzeugarbeiter in den USA 1970 im Durchschnitt etwa 113 Dollar netto wöchentlich verdient und 1975 etwa 118 Dollar netto. Ihr Lohn ist also praktisch gleich geblieben. Gleichzeitig haben die Kapitalisten aber 26% der Flugzeugarbeiter wegrationalisiert, und ihre Zahl ist von 369000 auf 273000 gesunken. Die Ausbeutung wurde entsprechend verschärft. Im diesjährigen Lohnkampf fordert die Gewerkschaft eine jährliche Lohnerhöhung von 10% bei dreijähriger Laufzeit. Die Kapitalisten haben 3% geboten, drohen also angesichts der Inflation unverhüllt Lohnraub an. 17000 Arbeiter der Boeing-Werke in Seattle stehen seit dem 4. Oktober im Streik gegen die Verelendung und die Verschärfung der Ausbeutung durch die Kapitalisten.

Heftige Lohnkämpfe in England

Die 57000 Ford-Arbeiter erhalten ab 1. November Lohnerhöhungen zwischen 10,5 und 14 Prozent. Damit haben die Ford-Arbeiter die Lohnleitlinie der Regierung durchbrochen. Die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der Automobilarbeiter sind von 1969 bis 1976 von 157,8 auf 170,1 Pence gestiegen, während im gleichen Zeitraum die Lebenshaltungskosten um 113,4 Prozent gestiegen sind, in diesem Jahr liegt die Preissteigerungsrate bei ca. 17 Prozent.

Die schottischen Transportarbeiter haben eine Lohnerhöhung von 40 bis 60 Prozent durchgesetzt. Die 50000 LKW-Fahrer in Schottland haben die Anerkennung der 35-Stundenwoche erzwungen. Die britische Regierung setzt immer häufiger auf den Einsatz ihres Polizeiapparates zur Zerschlagung der Kämpfe der Arbeiter und Volksmassen. Das fördert seine Zersetzung. Als der britische Innenminister Ende Oktober vor mehreren Hundert Polizisten auf einer Versammlung der Polizeigewerkschaft von der Notwendigkeit von „Recht und Ordnung" redete, wurde er von mehreren hundert Polizisten ausgebuht. Ganz England, Schottland und Wales konnten in den Fernsehnachrichten beobachten, wie er wütend unter Pfiffen seine Rede abbrach.

Pariser Kanalisationsarbeiter im Streik

Seit dem 20. Oktober streiken die Kanalisationsarbeiter in Paris. Auslöser des Streiks war die Ankündigung der Regierung, daß für das kommende Jahr der Lohn in den staatlichen Betrieben und im öffentlichen Dienst nicht erhöht werden solle. Die Kanalisationsarbeiter fordern sofortige Lohnverhandlungen über Lohn-

Pariser Kanalisationsarbeiter im Streik

Seit dem 20. Oktober streiken die Kanalisationsarbeiter in Paris. Auslöser des Streiks war die Ankündigung der Regierung, daß für das kommende Jahr der Lohn in den staatlichen Betrieben und im öffentlichen Dienst nicht erhöht werden solle. Die Kanalisationsarbeiter fordern sofortige Lohnverhandlungen über Lohn-
erhöhungen ab 1. November, Zahlung eines 13. Monatsgehaltes, Erhöhung der Zulagen. Die Gewerkschaft CGT, die den Streik zunächst nicht unterstützt hatte, muß das mittlerweile, nachdem die Versammlung der Kanalarbeiter am 1. November die Fortsetzung des Streiks beschlossen hat. Der Bruttostundenlohn der Kanalisationsarbeiter lag 1969 bei ca. 5,20 Franc und ist bis 1976 um die gleiche Summe gestiegen. In diesem Zeitraum haben sich die Lebenshaltungskosten der Massen in Frankreich nach offiziellen Angaben um 70% erhöht; in diesem Jahr betragen die Preissteigerungen zwischen 9 und 10 Prozent.

Wachsende Inflation, sinkende Reallöhne in Ungarn

Alle Erscheinungen der kapitalistischen Krise beginnen sich auch in den staatskapitalistischen Ländern des RGW durchzusetzen. So die Inflation. Besonders leiden darunter die kleineren und weniger entwickelten RGW-Staaten wie z.B. Ungarn. Nach Veröffentlichungen des Zentralorgans der USAP betrugen die offiziellen Inflationsraten 1969 schon 1,4%, 1973 3,3%, 1975 3,6%. Für 1976 wurden 4,5% gemeldet. Ungarn hat sowohl gegenüber den sozialimperialistischen RGW-Staaten wie der UdSSR und der DDR, als auch gegenüber den westlichen imperialistischen Staaten eine bedeutende Verschlechterung seiner „terms of trade" hinnehmen müssen, d.h. es muß seine Produkte in wachsender Menge zu schlechteren Preisen exportieren und muß immer teurer einkaufen. Die neue Bourgeoisie Ungarns wälzt die Last auf die Massen ab: die staatlichen Subventionen für elementare Verbrauchsgüter werden Zug um Zug gestrichen und „kostendeckende Preise" eingeführt. 1971 stiegen die Mieten (oft um das Doppelte), 1973 die Preise für Milch und Milchprodukte, 1974 für Heizstoffe und Benzin, 1975 für eine Masse von Konsumgütern, vom Fahrrad bis zur Badewanne, 1976 für Fleisch, Zucker und andere Lebensmittel. Selbst nach offiziellen Angaben sind die Löhne gegenüber den Preissteigerungen weiter abgefallen.

Schmidt, Genscher, Kohl: Vereintes Trommelfeuer gegen den Lohnkampf

Nach der Ansicht des Kanzlers Schmidt wären Lohnforderungen von 200 oder 220 DM, wie sie in der Metall- und Stahlindustrie besprochen werden, die allgemeine Einführung des Schlaraffenlandes. „Wir haben gegenwärtig in der BRD die höchste industrielle Produktion, die jemals erreicht wurde; (...) genauso wie die Masse der Arbeitnehmer und Angestellten die höchsten realen Löhne und Gehälter haben, die sie jemals in ihrem Leben erreicht haben; genauso wie die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland die höchste reale Rente haben, die sie jemals bekommen haben. Es ist überhaupt kein Grund zur Schwarzmalerei." (Helmut Schmidt auf einer Betriebsversammlung bei Daimler-Benz Westberlin)

„Höchste industrielle Produktion" – galoppierende Konjunktur in der Automobilproduktion bedeutet für die Arbeiter seit zwei Jahren Überstundenschinderei, Samstagsschichten, Außerkraftsetzung des Normalarbeitstages. Das ist die eine Seite. Stagnation der Produktion z.B. in der Stahlindustrie bedeutet für die Arbeiterklasse: Kurzarbeit und Massenentlassungen für den einen Teil, Überstunden, Nacht-, Sonder- Zusatzschichten und Kurzarbeit für den anderen Teil. Für die Kapitalisten jeweils Höchstprofite.

„Höchste reale Löhne und Gehälter"? Rechnet man selbst die *offizielle* Inflationsrate von 4% – daß die *wirklichen* Preissteigerungen für die Arbeiterhaushalte um etliches höher liegen, ist eine allgemeine Erfahrung – von der Nettolohnerhöhung des letzten Jahres runter, so haben z.B. die Stahlarbeiter 1977 weniger realen Lohn zur Verfügung als 1976. Betrug in den ersten fünf Monaten des Jahres 1976 der Lohnanteil in der Druckindustrie am Umsatz 33,5%, so haben ihn die Kapitalisten durch Rationalisierung und Lohnsenkung im gleichen Zeitraum

Nettolohnerhöhung des letzten Jahres runter, so haben z.B. die Stahlarbeiter 1977 weniger realen Lohn zur Verfügung als 1976. Betrug in den ersten fünf Monaten des Jahres 1976 der Lohnanteil in der Druckindustrie am Umsatz 33,5%, so haben ihn die Kapitalisten durch Rationalisierung und Lohnsenkung im gleichen Zeitraum

1977 auf 31,5% gesenkt. Für die Arbeiterfamilie heißt es, die Qualität der Lebensmittel ständig zu senken. Für die Regierungssozialdemokratie ist es „Schwarzmalerei", solche Wahrheiten auszusprechen. Natürlich, auch von Steckrüben und Pellkartoffeln kann man leben; fragt sich nur, wie lange.

Die Schmidtsche Dreistigkeit überschlägt sich förmlich bei den „höchsten realen Renten". Hier haben es die Bourgeoispolitiker bereits soweit gebracht, daß ein großer Teil der Rentner sich nicht einmal mehr die notwendigen Medikamente kaufen kann, weil er die Rezeptgebühr nicht bezahlen kann.

Den dreisten Lügen folgt die offene Verhöhnung:

„Wenn die parlamentarischen Körperschaften zustimmen, werden die Arbeitnehmer schon zu Weihnachten, je nach steuerlicher Progressionsstufe, zwischen 66 und 168 DM zusätzlich ausbezahlt bekommen, weil wir den steuerlichen Freibetrag vervierfachen. Und ganz deutlich will ich dazu sagen: Bitte dieses Geld nicht in den Sparstrumpf stecken, sondern etwas dafür kaufen und schenken zu Weihnachten, sonst hat die Wirtschaft nichts von diesem erhöhten Weihnachtsfreibetrag, und der einzelne hat auch nichts davon." (Schmidt auf der Betriebsversammlung bei Daimler-Benz in Westberlin am 7. Oktober) Das ganze Gerede von „Erleichterungen" ist nichts anderes als ein Betrugsmanöver und eine Falle für den Lohnkampf, die wie folgt zur Anwendung gebracht werden soll: „Deshalb muß mit der steuerlichen Entlastung für die Arbeitnehmer den Gewerkschaften anstelle eines erhobenen Zeigefingers ein positives Signal zur Zurückhaltung in der Lohnpolitik gegeben werden." (Genscher auf dem Landesparteitag in Hessen) Das Versprechen von „Steuererleich-

Fortsetzung Seite 2

Seite 5:
„... das ist die Kaufkraft, von der auch die Kapitalisten leben"
Sozialdemokratisches über Löhne

Afrika: Nach jahrhundertelangem heroischem Kampf befreit sich der Kontinent



Veranstaltungen der Bezirksverbände der Region Nord des KBW am Freitag, dem 11.11.1977

Flensburg: Freitag, 20 Uhr, ZOB-Restaurant. **Kiel:** Freitag, 20 Uhr, Hebbelschule, Feldstraße. **Hamburg:** Freitag, 19 Uhr, Hörsaal des Pädagogischen Instituts, von Melle Park. **Hannover:** Freitag, 20 Uhr, Haus der Jugend, Maschstraße, Europasaal. **Bremen:** Freitag, 19 Uhr, Gaststätte Weidenhöfer, Am Grenzwehr. **Oldenburg:** Freitag, 20 Uhr, Grüne Eiche, Bremer Heerstraße. **Osnabrück:** Freitag, 20 Uhr, Erweiterungsgebäude Universität, Hörsaal 10. **Braunschweig:** Freitag, 19.30 Uhr, Pädagogische Hochschule, Pockelstraße, Hörsaal A. **Göttingen:** Freitag, 19.30 Uhr, Deutscher Garten, Reinhäuser Landstraße. **Westberlin:** Freitag, 19 Uhr, Gesellschaftshaus Neukölln, Passage.

Veranstaltungen der Bezirksverbände der Region Nord des KBW am Freitag, dem 11.11.1977

Flensburg: Freitag, 20 Uhr, ZOB-Restaurant. Kiel: Freitag, 20 Uhr, Hebbelschule, Feldstraße. Hamburg: Freitag, 19 Uhr, Hörsaal des Pädagogischen Instituts, von Melle Park. Hannover: Freitag, 20 Uhr, Haus der Jugend, Maschstraße, Europasaal. Bremen: Freitag, 19 Uhr, Gaststätte Weidenhöfer, Am Grenzwehr. Oldenburg: Freitag, 20 Uhr, Grüne Eiche, Bremer Heerstraße. Osnabrück: Freitag, 20 Uhr, Erweiterungsgebäude Universität, Hörsaal 10. Braunschweig: Freitag, 19.30 Uhr, Pädagogische Hochschule, Pockelstraße, Hörsaal A. Göttingen: Freitag, 19.30 Uhr, Deutscher Garten, Reinhäuser Landstraße. Westberlin: Freitag, 19 Uhr, Gesellschaftshaus Neukölln, Passage.

Die Arbeiter lassen sich nicht für die imperialistische Konkurrenz zur Schlachtbank führen

Maschinenbau: Der Schwungvolle Außenhandel beruht auf Lohnsenkung und Rationalisierung:Fritz-Werner-Arbeiter für den Zusammenschluß der internationalen Arbeiterklasse

„Der deutsche Maschinenbau steht nach einhelliger Meinung aller Fachleute mit seinen Erzeugnissen im internationalen Vergleich technologisch an der Spitze." Dies hat Dr. Kurt Werner, scheidender Präsident des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten vor Journalisten in Frankfurt erklärt. In der BRD werden weit über 30% aller Werkzeugmaschinen der Welt für den Export gebaut, damit steht die BRD an der Spitze.

Sehen wir uns den Diag-Konzern (Deutsche Industrieanlagen GmbH) an. Vor 10 Jahren ist dieser Konzern durch das Wirken der Bundesregierung von den drei Großbanken Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank gegründet worden. Er umfaßt ein halbes Dutzend ehemals eigenständiger Werkzeugmaschinenfabriken in Westdeutschland, u.a. Fritz Werner Westberlin, Hermann Kolb in Köln. Hinter dem Gildemeister Konzern und dem Hüllerkonzern steht dieser Konzern an dritter Stelle der Werkzeugmaschinenhersteller in der BRD. Die neueingesetzte Geschäftsleitung hat bei Fritz Werner Westberlin auf der Betriebsversammlung erklärt: „Der Name Fritz Werner muß wieder gefürchtet werden in der Welt." Die „Süddeutsche Zeitung" vom 28.9.77 schreibt über das Diag-Werk Fritz Werner in Westberlin: „Während man für 1977 einen Werkzeugmaschinenumsatz von 180 Mio. DM anstrebt, erhofft man für 1978 ungefähr 200 Mio. DM. Dabei setzt man vor allem auf den Osthandel und das Algeriengeschäft. In Algerien hat die Muttergesellschaft Diag im deutsch-algerischen Handel mit kompletten Industrieanlagen Pionierarbeit geleistet. Mehr als 2 Mrd. DM Auftragsvolumen wurden realisiert oder sind in der Realisierung. Groß ist auch das Geschäft mit der Sowjetunion, die jetzt verstärkt in Aufträge eintritt, die durch die Kraft- und Kernkraftwerksbaublockade im In- und Ausland verloren schienen. Mit Ungarn kooperiert man schon seit längerem, jetzt wird auch Polen einbezogen. Eine deutsch-polnische Vertriebsfirma für Werkzeugmaschinen polnischer Produktion soll in Berlin errichtet werden. Die Diag rundet damit ihr Geschäft nach unten ab, erwartet andererseits aber auch ein zunehmendes Auftragsvolumen aus der Volksrepublik."

Wie sagen doch die Kapitalisten: „Konkurrenzfähigkeit schafft Arbeitsplätze und sorgt für höhere Löhne." Um konkurrenzfähig zu sein, sind die Masse und die Rate des Profits entscheidend und sonst nichts. Die Konkurrenzsituation des Diag-Konzerns hat sich nach der Messe in Hannover wesentlich verbessert. Worauf beruht das? Folgendes hat sich in diesen Jahren abgespielt:

Das Diag-Werk Schwartzkopf/Westberlin ist geschlossen worden. Das Diag-Werk Ludwig Loewe wird zum Ende des Jahres geschlossen. 500 Arbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz. Schon vorher wurden bei Fritz Werner 200 Arbeiter entlassen. Jetzt wird die Produktion bei Fritz Werner konzentriert, nachdem der Fertigungsleitstand eingerichtet ist, ein Kontrollinstrument, mit dem es möglich ist, jeden Arbeitsgang eines jeden Arbeiters über akustische und optische Meldeeinrichtungen ständig zu verfolgen und zu kontrollieren. Die wenigen ehemaligen Schwartzkopf-Arbeiter, die von Fritz Werner übernommen wurden, haben vorher zwischen 1 DM und 1,50 DM mehr je Stunde verdient. Nach einem Jahr wird ihnen der Lohn gekürzt, das war Bedingung ihrer Übernahme bei Fritz Werner. Auf Grundlage der Einrichtung des Fertigungsleitstandes ist den Akkordarbeitern jede Gelegenheit genommen, sog. Kastengeld anzulegen, d.h. Akkordarbeiten der verschiedenen Monate auszugleichen, damit man auf sein Geld kommt. Es gibt neue Kalkulationen, und sie bedeuten für die Akkordarbeiter Lohnsenkung.

Das ist die Grundlage des Messeerfolges der Diag-Kapitalisten. Er beruht auf der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter. Zur Messe in Hannover hatte die Geschäftsleitung Fritz Werner eigens Busse organisiert für die Belegschaft, um sie für die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie zu gewinnen.

In der westdeutschen Maschinenbauindustrie hat es in den letzten Jahren große Entlassungswellen gegeben.

Das IFO-Institut hat jüngst erklärt, die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie komme um Konzentrierung und Fusionen nicht herum. Das bedeutet: weitere Entlassungen und weiterer Druck auf das Lohnniveau.

Die Arbeiter lassen sich nicht für die Konkurrenzschlacht der Kapitalisten auf die Schlachtbank liefern. Bei Fritz Werner Westberlin haben Arbeiter gegenüber dem Betriebsrat erklärt, man müsse sich mit den ausländischen Arbeitern in Polen (wo Diag eine Co-Produktion betreibt), Rumänien und Algerien zusammmentun und gemeinsam gegen die Kapitalisten vorgehen. Die Sozialdemokraten in der Lohnkommisision der Betriebsrates haben erklärt, wenn die Aufträge nicht gefertigt werden, wenn nötig auch durch Überstunden, dann werden die Arbeitsplätze gefährdet. Die Arbeiter haben geantwortet (eine Delegation von drei Arbeitern der Abteilung Betriebselektrik und ein Jugendvertreter), daß man vom Interesse der Arbeiter ausgehen müsse und der Beschluß des IGM-Gewerkschaftstages nach dem Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt werden muß.

Bei der Diag-Betriebsversammlung wurde von der Geschäftsleitung erklärt, daß 60 bis 300 Entlassungen unter Angestellten der Diag nicht auszuschließen seien.

Gegenwärtig diskutiert der Vertrauensleutekörper bei Fritz Werner die Lohnforderung. Alle Vertrauensleute gehen auf einen Betrag von 200 DM aus. In der letzten Woche haben Fritz Werner-Arbeiter 250 DM zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der PLO gespendet. – (Zelle Fritz Werner /Bezirk Westberlin)

Festgebunden ans Finanzkapital

Kontroll- und Aufsichtsratsposten des Bremer Senats

In der Untersuchung „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" schrieb Friedrich Engels 1884, in der „demokratischen Republik (...) übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption (...), andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich umso leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften (...) die Produktion in ihren Händen konzentrieren und wiederum in der Börse ihren Mittelpunkt finden." An die Stelle der Börse ist das Finanzkapital getreten. Wir haben diese Allianz des Finanzkapitals mit der Bremer Landesregierung in den wichtigsten Bereichen aufgeschlüsselt:

Bremer Landesbank:
Koschnick: Vorsitzender des Verwaltungsrates, Jantzen (Finanzsenator): Mitglied des Verwaltungsrates

Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen:
Jantzen: Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates, Brinkmann (Senator für Schiffahrt, Häfen, Verkehr): Mitglied des Verwaltungsrates

Sparkasse in Bremen:
Koschnick: Vorsitzender des Verwaltungsrates, Seifritz (Bausenator): Mitglied des Verwaltungsrates

Stadtwerke Bremen:
Koschnick: Vorsitzender des Aufsichtsrates, Jantzen: Stellvertretender Vorsitzender, Tiedemann (Wirtschaftssenator für Außenhandel): Mitglied, Seifritz: Mitglied

Bremer Straßenbahn AG:
Seifritz: Aufsichtsratsvorsitzender, Brinkmann: Mitglied

Bremer Lagerhaus-Gesellschaft:
Brinkmann: Mitglied des Aufsichtsrates, Koschnick: Mitglied des Aufsichtsrates, Bodo Selge (Oberbürgermeister von Bremerhaven): Stellvertretender Vorsitzender

AG Weser:
Koschnick: Mitglied des Aufsichtsrates

NWK (Norddeutsche Kraftwerksunion):
Koschnick: bis 13.2.76 Mitglied des Aufsichtsrates

Strom:

	Zählergebühr	Grundgebühr	je weiterer Raum	Preis	Gesamt/ Monat	Erhöhung in %
bis 31.12.73	2,00 DM	3,50 DM	1,50 DM	8,5 Pf/kwh	27,00 DM	
ab 1.7.74	2,25 DM	3,90 DM	1,65 DM	9,4 Pf/kwh	29,90 DM	10,7%
ab 1.1.76	2,70 DM	4,20 DM	1,80 DM	11,3 Pf/kwh	34,30 DM	14,7%
ab 1.1.77	2,70 DM	3,45 DM	1,35 DM	12,8 Pf/kwh	35,80 DM	4,3%

Berechnungen auf Grundlage der Ausgaben pro Monat eines 4-Personen-Haushalts

„Die öffentlichen Hände im Lande Bremen haben es in den ablaufenden 26 Jahren verstanden, ihre Einnahmequellen in einem dem Bedarf entsprechenden Ausmaß anzupassen", vermeldet das Statistische Landesamt Bremen der Bremer Bourgeoisie stolz. Die Quellen sind der Arbeiterlohn. 1950 mußten die Volksmassen im Lande Bremen 11 Millionen DM an Zinsen als Tributzahlungen an das Finanzkapital zahlen. 1976 waren es 228 Millionen DM an Zinsen.

Für einen 4-Personenhaushalt (drei Zimmer, Küche, Bad) wirken sich die Ausplünderungen über Gas, Wasser, Strom folgendermaßen aus:

1973 mußte die Familie 169,98 DM für Gas, Wasser und Strom bezahlen. 1977 231,61 DM. Für 1978 werden diese Preise weiter angehoben. Die bürgerliche Presse hat Koschnicks Haushalt für 1978 als einen „finanzpolitischen Kraftakt" bezeichnet. Fürwahr, ein Kraftakt in der Mästung der Kapitalisten und Finanzhaie wie im Ausbau des staatlichen Gewaltapparates. Über drastische Gebührenerhöhungen und Neuverschuldung soll sich dieser Kraftakt speisen.

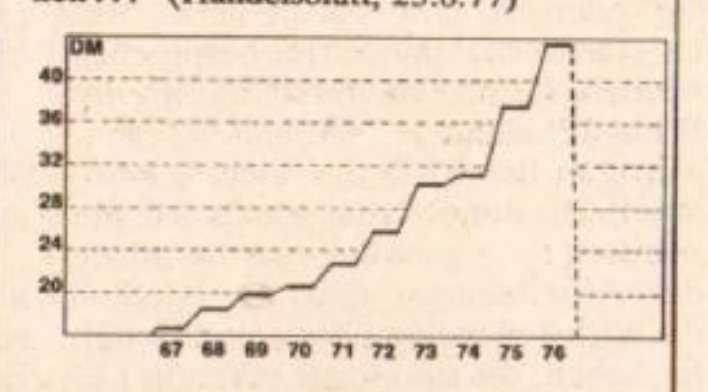
In den Betrieben wird die Lohnrunde beraten und gefordert, daß es mindestens 220 DM Festgeld sein müssen. In diese Beratungen wird aufgenommen, wie der Haushalt 78 mit seinen Maßnahmen der weiteren Senkung des Lohnniveaus zu Fall gebracht werden kann. – (Werftzelle Bremerhaven/Bezirk Bremen-Unterweser)

Daß die Arbeiterbevölkerung durch Hineinpressung der Frauen in die Fabriken und durch rasche Ausdehnung der Entfernungen zwischen Wohnungen und Arbeitsstätten zu wachsendem Stromverbrauch wie zur Aufteilung und entsprechenden Vermehrung der Haushalte gezwungen ist, versuchen die Kapitalisten der Elektrizitätswerke durch unverschämte Preistreiberei und der bürgerliche Staatsapparat durch Abgabenlasten von jetzt rund 15% auszunutzen. Weitere Preiserhöhungen sind bereits angekündigt.

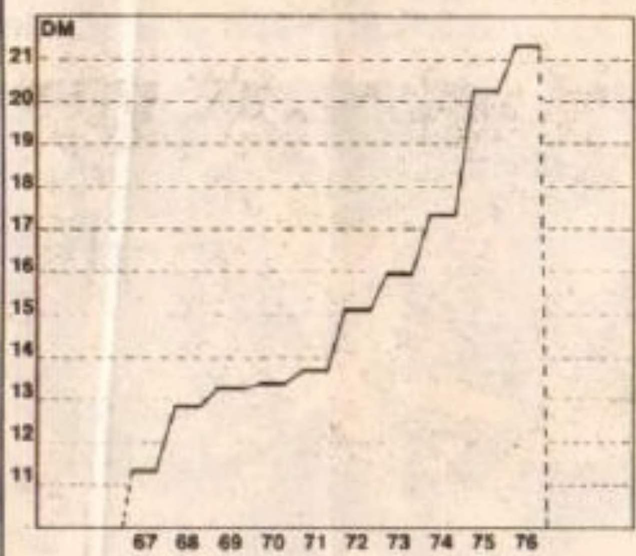
Ende August hat das Bundeskabinett eine Reform der „Bundestarifordnung" beschlossen, „mit niedrigem Grundpreis und hohen Arbeitspreisen, so daß es empfindliche Strompreiserhöhungen für alle diejenigen geben würde, die relativ viel Strom verbrauchen. Die Maßnahme soll sich wahrscheinlich nur auf die Haushalte beschränken..." (Handelsblatt, 25.8.77)



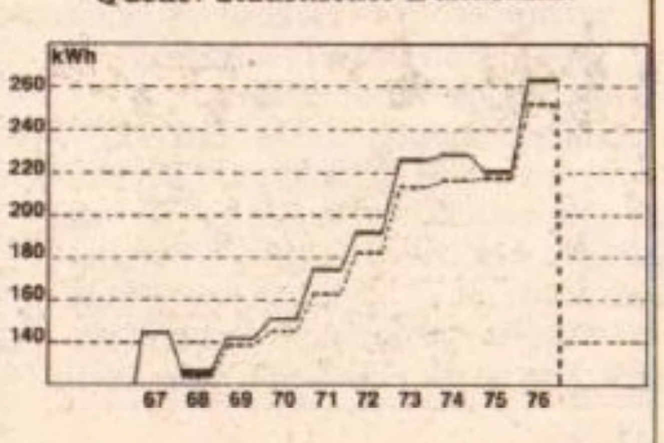
Stromverbrauch der privaten Haushalte
(jährliche Summe in Mrd. kWh; Quelle: Statistisches Bundesamt)



Monatliche Ausgaben des „4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes, mittleres Einkommen" für Strom
Quelle: Statistisches Bundesamt



Haushaltspreis je 75 kWh
(einschließlich Grundpreis; Quelle: Statistisches Bundesamt)



Monatlicher Stromverbrauch des „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts"
(berechnet nach den Verbrauchsangaben des Statistischen Bundesamtes und den Tarifangaben der Stadtwerke Frankfurt)

durchgezogene Werte: Tarif II, gestrichelte Werte: Tarif I
(Tarif II hat höhere Grundpreise und niedrigere kWh-Preise gegenüber Tarif I)

Werdegang eines Landesvaters

Seit 1971 ist Stoltenberg Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, keine schillernde Persönlichkeit, nicht skandalumwittert, eher eine biedere, dafür aber umso steilere, zielklare Karriere hat er hinter sich.

1928 in Schleswig-Holstein als Sohn eines Pfaffen geboren, tritt er 1947 in die CDU ein aus „elementaren Erfahrungen" heraus. Diese Erfahrungen sind 1947, daß der Kapitalismus bei den Arbeitern verhaßt ist, daß die Bourgeoisie nur über Betrug den Kapitalismus wieder aufbauen konnte. Gestützt auf die christliche Ideologie predigte die CDU die Versöhnung zwischen der „Arbeiterschaft" und dem „Bürgertum". Das entspricht Stoltenbergs „Grundstimmung". „Die geistige Verwurzelung im evangelischen Christentum hat sicherlich eine Rolle gespielt", gibt er als Grund an für die Mitgliedschaft in der CDU.

Seine Tätigkeit im Bundestag und im Haushaltsausschuß dort ist offenbar dermaßen vielversprechend, daß die Krupp-Werke Essen ihn 1965 auf einen Direktorenposten hievten. Noch im gleichen Jahr nimmt er den Posten des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung noch unter Erhard an. Stoltenberg selbst zu dieser Tätigkeit: „4 Jahre in einer besonders dramatischen Zeit Mitglied in der Bundesregierung gewesen zu sein, ist für mich eine große und besondere Erfahrung. Ich denke gern an diese Zeit zurück. Es war ein besonderer Vorzug, ein klar umrissenes Ressort zu übernehmen, in dem in der zweiten Hälfte der 60er Jahre wichtige Entwicklungen mit außerordentlich starker Unterstützung der öffentlichen Meinung eingeleitet werden konnten."

Die dramatische Zeit war die Krise von 1966/67, in die die BRD-Kapitalisten nach Jahren ihres „Wirtschaftswunders" der maßlosen Profitproduktion geraten waren. Der Ausweg aus der Krise bestand in der verschärften Expansion auf dem verschärften Expansion auf dem Weltmarkt. Dazu war neben der Unterwerfung der Arbeiterklasse die Entwicklung neuer Technologien nötig, um die Profitrate zu erhöhen und so die imperialistischen Konkurrenten schlagen zu können. Stoltenberg hat gleich dafür gesorgt, daß der Wissenschaftsetat um 28% gesteigert wurde. Wenn er von positiver öffentlicher Meinung spricht, so meint er die Hoffnung, die große Teile der Bevölkerung in eine Bildungsreform hegten, die schmählich betrogen wurde. Eine seiner Hauptaufgaben war die „Förderung von Kernforschung und Kerntechnik".

Schon damals pries er mit echter Bourgeoisweitsicht die Vorzüge der Kernenergie und der westdeutschen Kernreaktoren. Wenn die „Wirtschaftswoche" 1974 anerkennend über ihn schreibt: „Er ist der Mann der Wirtschaft, denkt wie die Bosse, handelt wie die Bosse", so ist das sicher nicht gelogen. Dermaßen zuverlässig für die Geschäfte des Finanzkapitals, wird er 1971 nach Schleswig-Holstein geschickt, um die „CDU-Festung gegen Jochen Steffens SPD-Truppen zu verteidigen". Hier setzt er konsequent die Politik, die er auf Bundesebene begonnen hat, fort: Schulgesetz, Landeshochschulgesetz, stärkste Aufrüstung des Polizeiapparates in der BRD, überhaupt Strukturpläne mit Ausbau neuer Industriegebiete und schließlich Bau des Kernkraftwerks Brunsbüttel. Und Brokdorf will er jetzt mit aller Macht bauen.

Letzte Woche ist er für ein Jahr zum Bundesratspräsidenten gewählt worden. „Über alle Parteigrenzen hinweg" will er sich in dieser Funktion für die innere Sicherheit der Kapitalisten einsetzen. Da trifft sich der scheinheilige Pfaffensohn aus dem Norden mit dem frömmelnden Filbinger und dem Keksmanager aus Niedersachsen.

Schmidt, Genscher, Kohl: Vereintes Trommelfeuer gegen den Lohnkampf

Fortsetzung von Seite 1

terungen" soll die Arbeiter von vorneherein zum Verzicht auf ausreichende Lohnforderungen bringen – anderenfalls, im Falle z.B. von Lohnerhöhungen von 220 DM, droht progressiv beschleunigte Steuerausplünderung. So oder so, direkt oder auf dem Umweg über die Steuerprogression, sollen die Arbeiter auf Hungerlohn gesetzt werden. Genscher hat bei vorhandenem „Einkommensanstieg" in der Bevölkerung eine geringere Zuwachsrate in der Nachfrage nach lebensnotwendigen Waren festgestellt. „Dieses Nachfragedefizit darf nicht als Hinweis darauf verstanden werden, daß alle Bürger im Überfluß lebten, alle Bedürfnisse erfüllt seien. Die Bezieher niedriger Einkommen müssen Einkommenszuwächse noch überwiegend für Konsumzwecke verwenden. Hier kann der Staat – vor allem im Rahmen der Sozialpolitik – die Befriedigung individueller Grundbedürfnisse verstärkt fördern (z.B. über Kindergeld, Ausbildungsbeihilfe, Sozialhilfe) und damit vorhandene Grundbedürfnisse auch zur Nachfrage werden lassen." (Genscher, Landesparteitag der FDP Hessen) Der ehemalige Polizeiminister ist in seinem Element. Er schlägt vor, auf der Grundlage elend niedriger Löhne die staatliche Gängelung und Unterdrückung über die Volksmassen auszudehnen. Einmal Sozialhilfe oder Ausbildungsbeihilfe gewährt – und jedermann weiß, daß man da schon kurz vor dem Hungertod stehen muß – kann sie genauso wieder gestrichen werden.

Es ist dies einer der Grundzüge liberaler Politik, durch das Mittel des knurrenden Magens Achtung und Unterwürfigkeit vor den Gesetzen der herrschenden Klasse zu erzwingen. Vielfältig sind die Möglichkeiten der Bourgeoisie, wenn der Lohn der arbeitenden Massen weder vorn noch hinten langt.

„Die Erfahrung der Geschichte der Bundesrepublik bei den großen Entscheidungen wirtschaftspolitischer Art nach dem Kriege, beim Wiederaufbau haben gezeigt, daß das Setzen auf den freien Entschluß des einzelnen Bürgers, das Vertrauen in die Leistungskraft des Bürgers, sich auch für den Staat, für uns alle auszahlt." (H. Kohl in heute, ZDF) Was da heute als „freier Entschluß" daherkommt, das kam während des Krieges als Gestapo, SS und Konzentrationslager daher. Nach dem Kriege kamen die Panzer der Alliierten. Die westdeutschen Bourgeois haben für diesen Panzerschutz gezahlt, sie hatten zu zahlen, denn sie hatten ihn nötig.

Abgesehen von der Macht des Hungers, die den Arbeiter bei kapitalistischen Produktionsverhältnissen in die Fabrik zwingt, ist Gewalt das probate Hilfsmittel zur Erwirkung des „freien Entschlusses" der „Bürger", für die Kapitalisten Mehrwert bis zum Umfallen zu produzieren.

„Vertrauen auf die Leistungskraft" hat Kohl, der davon fett geworden ist. Vertrauen auf den freien Entschluß der Bürger, ihn fett zu machen, hat er nicht. Dafür ist die Polizei da.

Ludwig Poullain, Chef der Westdeutschen Landesbank: „5,5% in der Tarifrunde", und wo die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diese Zumutung zurückweisen, „sollte ruhig Streik riskiert werden", auch „wenn es sicherlich nicht lustig wäre". „Streik liegt in der Luft", das prognosen auch die Wirtschaftsjournalisten.

Streik in der Luft? Solange es so ist, können die Kapitalisten das „ruhig riskieren". Darüber läßt sich freilich schwadronieren.

Aber Streik in der Fabrik, das ist etwas erheblich anderes. Das bringt die kühlen Finanzhaie, die nichts arbeiten und doch dreimal am Tag das Hemd wechseln, zum Schwitzen. Denn sie schwitzen, wenn sie zahlen müssen. Man wird sehen.

Damit aber solch Schrecken den Finanzhaien erspart bleibt, sind die Gewerkschaftssozialdemokraten da. Vetter: „Daher glauben wir – und darin werden wir von vielen Wissenschaftlern unterstützt – daß die Anhebung der Einkommen, die Steigerung der Kaufkraft, das heißt die Ausweitung der Konsumnachfrage einen wesentlichen Beitrag zur Stützung der Konjunktur leisten könnte."

Poullain ist dafür, daß die Kapitalisten allerhöchstens 5,5% zahlen. Glaubt jetzt Vetter, daß dies die Konkunktur ausreichend stützt? Der Finanzmagnat weiß, was er *will*. Vetter weiß, was die Arbeiter *glauben* sollen. Daß nämlich eine Interessenversöhnung zwischen Arbeitern und Kapitalisten möglich ist. Das propagiert Vetter. Damit der Streik genauso in der Luft bleibt, wie der Glaube sich in früheren Zeiten auf Ereignisse oberhalb der Wolkendecke konzentriert hat.

Poullain meint, daß ein Streik „sicherlich nicht lustig wäre". Ja freilich. Für ihn und seine ganze Kapitalistenbande *nicht*. Für die bürgerlichen Politiker, die hinter Geschwätz das grausam nackte Geldinteresse der Kapitalistenklasse zu verbergen haben, auch *nicht*. Für die Sozialdemokraten Abteilung Gewerkschaft, die heutzutage die wahren Prediger von Glaubenssätzen sind, so dumm wie daß die Erde viereckig sei oder eine Scheibe, auch *nicht*. Aber sonst? Durchaus. Es hat schon Grund, daß von Streiks über Generationen hin die Arbeiter sich berichten. „Lustig" ist ein blödes Wort dafür. Aber wenn's Poullain sagt, wollen wir nicht so streng sein. Streik ist für die Arbeiter nicht nur nützlich, sondern auch „lustig".

Die Stellungnahmen und Forderungen der Befreiungsorganisationen im südlichen Afrika und der Länder der Dritten Welt auf der UNO-Vollversammlung isolieren die Siedlerregimes und entlarven die Imperialisten

Leon n'Dong, Repräsentant der Delegation von Gabun und Repräsentant der OAU, betonte in seiner Rede, daß „Freiheit für das Volk von Namibia erreicht werden muß mit der Waffe in der Hand... Die einzige Sprache, die Vorster versteht, ist Gewalt." Er sprach für ein totales Waffenembargo gegen Südafrika und den Abbruch aller diplomatischen Beziehungen. Er forderte, daß das südafrikanische Regime all seine Truppen zurückzieht und alle politischen Gefangenen freiläßt. Er forderte die internationale Unterstützung der SWAPO, einschließlich materieller und moralischer Hilfe.

Sam Nujoma, Präsident der SWAPO: „Die SWAPO wird sich nicht abbringen lassen von der Fortsetzung und Intensivierung ihres politischen und militärischen Kampfes in Namibia, um das südafrikanische Regime zu zwingen, seine illegale Okkupation unseres Landes zu beenden... Wir sehen keinen anderen Weg als unseren politischen und militärischen Kampf gegen Südafrika und ihre Stützen fortzusetzen, bis alle Bedingungen unseres Kampfes erfüllt sind." (Hsinhua, 28.10.)

Gwendoline c. Konie aus Zambia, Präsident des „United Nations Council for Namibia": „Das heroische Volk von Namibia, konfrontiert mit der unversöhnlichen Brutalität der rassistischen und kolonialistischen Ausbeuter von Pretoria, haben keine Alternative als den bewaffneten Kampf aufzunehmen, um ihre legitimen Rechte für Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit unter der Führung der SWAPO zu erreichen."

Lai Ya-Li, Repräsentant der Volksrepublik China: „Die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben immer das namibische Volk in ihrem gegenwärtigen Kampf gegen das rassistische Vorster-Regime und für nationale Unabhängigkeit und Freiheit unterstützt. Die chinesische Delegation hält fest, daß die bewaffnete Armee des rassistischen Vorster-Regimes und seine reaktionäre Administration sich sofort und vollständig zurückziehen muß. Die Angelegenheiten Namibias müssen vom Volk von Namibia selbst gelöst werden und erlauben kein Eingreifen der Supermächte unter irgendeinem Vorwand."

David Sebeko, Repräsentant des PAC von Azania, am 25.10.: „Das Volk von Azania und seine Befreiungsorganisation sind entschlossen, ihren Kampf zu intensivieren, bis die politische Macht und das Land zurückgegeben ist an das Volk."

Mfanafuthi Johnstone Makatini, Repräsentant des ANC von Südafrika: „Der gegenwärtige Kampf des unterdrückten Volkes von Südafrika gegen das Rassistenregime hat ein entscheidendes Stadium erreicht, und unser bewaffneter Kampf wird die Politik der Kollaboration mit dem Apartheidregime beenden."

Joseph N. Garba, Repräsentant von Nigeria, forderte auf der UNO-Vollversammlung alle Nationen auf, das südafrikanische Siedlerregime zu isolieren durch die Verstärkung der moralischen und materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen." (Hsinhua, 27.10.)

Der Außenminister von Kenia, Munyua Waiyaki, am 25.10.: „Kenia wird fortfahren in seiner moralischen und materiellen Unterstützung der kämpfenden Völker von Namibia und Zimbabwe, bis der Kolonialismus aus ihren Ländern vertrieben ist." (Hsinhua, 26.10.)

Alle Versuche der Imperialisten, die Fronten zu verwischen, alle ihre scheinbaren „Verurteilungen" des südafrikanischen Siedlerregimes, haben ihnen nichts genutzt. In einer Resolution vom 29.10. werden die USA, die BRD, Frankreich, Großbritannien, Israel, Belgien, Japan und Italien wegen ihrer politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Siedlerregime als Kollaborateure von allen Ländern der Dritten Welt scharf verurteilt. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 45 / 1977: 32 000

Die einzige Sprache, die der Kolonialismus versteht, ist der bewaffnete Kampf

Interview mit Vertretern des Afrikanischen Nationalkongresses – Afrikanische Nationalisten (ANC-AN)

Reaktion des Vorster-Regimes: Maßnahmen eines untergehenden Staates

Im Augenblick ist der Afrikanische Nationalkongreß gespalten. Der Teil, der unter Kontrolle der Kommunistischen Partei steht, behauptet, er sei die einzig repräsentative Kraft für den Befreiungskampf in Südafrika. Dieser Teil steht aber nicht auf den Grundlagen des ANC und repräsentiert nicht seine Vorstellungen. Wir haben uns deshalb in einem provisorischen Exekutivkomitee des ANC organisiert, um den Auftrag, den wir von unserem Volk erhalten haben, im Ausland durchzuführen. Wir bereiten den bewaffneten Kampf unseres Volkes vor und anerkennen den von der revisionistischen KP Südafrika kontrollierten Teil nicht an.

Das Verbot von 18 Organisationen, das sich vor allem gegen die Black-Consciousness-Bewegung richtet, ist eine weitere Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen des Kolonialregimes. Reaktion auf welche Entwicklung des Kampfes ist es?

Der Widerstand unseres Volkes gegen Unterdrückung und Knechtung in Südafrika hat die ganze Zeit über stattgefunden, obwohl 1960 Organisationen wie der Afrikanische Nationalkongreß und der Panafrikanische Kongreß verboten wurden. Das Volk hat sich danach entschieden, auch andere Organisationen zu bilden, die offen arbeiten konnten, um seine Forderungen gegen die Regierung durchzusetzen. Es wurden z.B. Gewerkschaften gebildet, Organisationen der Bauern usw., und die Regierung merkte, daß trotz des Verbots der Befreiungsorganisationen der Kampf des Volkes für seine Interessen weitergeht. Und dieser Kampf wurde Schritt für Schritt trotz der ständig zunehmenden Unterdrückung aufgebaut. So ist mit der Steigerung des Terrors der Regierung auch der Widerstand des Volkes erstarkt.

Das Verbot von den 18 Organisationen ist darauf eine erneute Reaktion und verzweifelte Maßnahme eines untergehenden Staates, der versucht, dem unterdrückten afrikanischen Volk die paar Organisationen zu nehmen, die es aufgebaut hat, um sich zur Wehr zu setzen. So sind die Maßnahmen ein Zeichen der Angst. Gleichzeitig versucht die Regierung alles, den Kampf des Volkes vor der Welt geheimzuhalten und auch die Aktionen der Polizei vor der Welt geheimzuhalten. Die Verbrechen und Massaker, die verübt werden, finden nicht nur in Soweto statt. Es ist allgemein bekannt, daß, als die Aufstände in Soweto begannen, sie sich auf die östlichen Teile des Landes, auf Städte wie Barbeton, Kapstadt, Port Elisabeth, East London usw. ausgedehnt haben. Erst letzte Woche wurde berichtet, daß ungefähr 35 Schulen im Nordtransvaal im Gebiet Simbasa wegen Kämpfen der Schüler geschlossen wurden. Der Widerstand wird fortgesetzt und nimmt zu. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß das Volk von den Verbrechen der Faschisten von Südafrika eingeschüchtert werden kann.

Die Nachricht über den Tod von Steve Biko konnte nicht verheimlicht werden, weil er als führende Persönlichkeit der Widerstandsbewegung bekannt war. Aber die ganze Welt muß wissen, daß Biko kein einzelner ist, der von den Faschisten in Südafrika ermordet wurde. Viele, die weniger bekannt sind, werden täglich ermordet. Die Faschisten morden nicht nur die Menschen in ihren Gefängnissen. Sie machen das auch über ihre Strafkolonien, wohin sie Gefangene schicken und wo dann Farmer sich für wenig Geld Arbeitssklaven beschaffen können. Dort werden laufend brutale Morde ausgeführt, die Nachricht darüber kann aber unterdrückt werden.

Niemand kann die Arbeiter und das Volk daran hindern, für ihre Rechte zu kämpfen und sich zu organisieren

Die Kämpfe von Soweto nahmen ihren Ausgang von einer Streikbewegung der afrikanischen Arbeiter in den Jahren davor. Die Arbeiter haben machtvoll eingegriffen in die Kämpfe mit ihren Streiks in Johannesburg usw., seither wird kaum darüber berichtet.



Demonstration in Soweto

Diese Kämpfe werden unter enormen Schwierigkeiten fortgesetzt. Es muß daran erinnert werden, daß in Südafrika jeder Afrikaner einen Paß bei sich tragen muß, den auch der ihn ausbeutende Kapitalist unterschreiben muß. Dadurch sind alle Afrikaner, die ihre Arbeit und damit auch die Unterschrift des Kapitalisten verlieren, ständig der Gefahr ausgesetzt, zum Gegenstand der Unterdrückung und der Schikanen durch die Polizei und die Regierung zu werden. Es ist großer Mut notwendig, um in den Streik zu treten. Afrikaner dürfen nicht streiken, wie in vielen Ländern. Wenn sie streiken, so ist das ein „kriminelles Vergehen", die „Rechtsprechung" des Regimes nimmt den afrikanischen Arbeitern diese Waffe. Dadurch ist es auch äußerst schwierig, Gewerkschaften zu bilden. Die Maßnahmen der Unternehmer haben die Arbeiter so unter Druck gesetzt, daß einheitliche, größere Kampfaktionen fast unmöglich geworden sind. Offiziell heißt es zwar, daß Arbeiter das Streikrecht haben, aber der Trick ist, daß Afrikaner nicht als „Arbeiter" gelten, sondern als „ungelernte Arbeiter" (oder „helfende Hände"). Trotzdem haben die Arbeiter die Jugend bei ihren Kämpfen unterstützt.

Es gibt in Südafrika viele westdeutsche Monopole, die die Arbeiter ausbeuten. Diese müssen für Löhne arbeiten, die nicht einmal ihre Existenz sichern. Wie führen sie ihren Kampf und welche Forderungen stellen sie auf?

Die Arbeiter sind zur gleichen Zeit Teil der nationalen Befreiungsbewegung, wo sie für die Befreiung Südafrikas vom Kolonialismus kämpfen, so daß sie in doppelter Hinsicht am nationalen Kampf teilnehmen, im Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfes und am nationalen Kampf.

Die Kolonialregierung kann die Ziele des Volkes nicht unterdrücken. Niemand kann es daran hindern, für seine Rechte zu kämpfen und sich zu organisieren. Die Geschichte hat gezeigt, daß alle Verbote nicht die Ideen von Freiheit und Unabhängigkeit hinwegfegen können. Eine Gewerkschaft wie die Black Allied Workers Union wird weiterbestehen, illegal. Es sind die niedrigen Löhne, die Unmöglichkeit, mit ihnen die Familien zu ernähren, die Kinder auszubilden, die jeden zum Kampf zwingen. Jeder muß kämpfen. Dabei haben sie verschiedene Möglichkeiten, sie stellen sich nicht offen hin, halten Reden und sagen, wir sind eine Gewerkschaft, die unterdrückten Massen finden immer einen Weg, ihre Forderungen gegenüber den Kapitalisten zu vertreten.

Der bewaffnete Befreiungskampf in Azania wird vorbereitet

Es ist uns völlig klar, daß alle anderen Formen des nationalen Befreiungskampfes als der bewaffnete Kampf keine Aussicht auf Erfolg haben. Die nationale Befreiungsbewegung hat nur noch die Alternative, den bewaffneten Kampf aufzunehmen, wie er in verschiedenen Ländern erfolgreich geführt wurde, wie in Mozambique, Angola, Guinea Bissau. Das ist die einzige Sprache, die der Kolonialismus versteht. Die Antworten der Kolonialisten auf alle Probleme, mit denen wir sie konfrontiert haben, zeigen uns das.

Die Imperialisten sollten inzwischen wissen, daß wir nicht für Bürgerrechte, Gleichberechtigung kämpfen. Wir meinen die Befreiung unseres Landes, wofür wir bereit sind, jede Gefahr auf uns zu nehmen, bis hin zum Tod. Unser Land wurde uns auf dem Schlachtfeld von den Eroberern geraubt. Wir können unter diesen Bedingungen nicht von Menschenrechten, Gleichheit mit den Weißen oder dem Recht zur Bildung einer eigenen politischen Partei reden, all das gehört der Vergangenheit an. Wir treffen uns jetzt auf dem Schlachtfeld, wo wir für die Befreiung unseres Landes von den kolonialen Siedlern kämpfen. Wir wollen es von denen zurückerobern, die es uns geraubt haben mit Waffengewalt. Deswegen gibt es, was uns betrifft, kein Problem der „Bürgerrechte". Wir wissen, daß das Rassistenregime von den Imperialisten gestützt wird. Unser Land ist ein Opfer ihrer Ausplünderung, alle imperialistischen Monopole haben dort investiert. Deshalb haben wir es im bewaffneten Kampf nicht bloß mit dem südafrikanischen Regime zu tun, sondern mit allen westlichen imperialistischen Ländern. Sie versuchen jetzt von uns Zugeständnisse zu erreichen, reden von Bürgerrechten. Es sind Anstrengungen, ihre Interessen in Südafrika zu schützen, ihre Ausbeutung weiterbestehen zu lassen. Das alles dient dem Ziel, weiterhin dorthin investieren zu können, weiterhin Rohstoffe und andere Ressourcen aus unserem Land herauszuziehen. Ihre Absichten sind klar. Das haben sie auch in der UNO demonstriert, wo sie alle Anstrengungen fortschrittlicher Länder, ein wirksames Waffenembargo durchzusetzen, abgelehnt haben.

Welche besonderen Schwierigkeiten in der Aufnahme des bewaffneten Kampfes bestehen?

Unsere Schwierigkeiten bei der Aufnahme des bewaffneten Kampfes sind dieselben wie in einer Reihe anderer Länder, in denen er bereits begonnen wurde. Sie liegen meist darin, den Anfang zu machen. In unserem Land haben wir den Vorteil, daß das Volk bereits demonstriert, daß es keine Angst vor der bewaffneten Macht des Feindes hat. So hat die Organisierung des bewaffneten Kampfes im Land bereits einen hohen Stand erreicht. Was unser Volk dabei braucht, ist eine politische Führung, die es dabei anleitet, die Waffen zu ergreifen und gegen den Feind zu richten. Wir erkennen auch die Notwendigkeit, eine nationale Front zu bilden. Der bewaffnete Kampf kann ohne die Bildung einer gemeinsamen Front nicht vorankommen. Wir haben deshalb auch Initiativen ergriffen zum Zusammenschluß in einer Front mit anderen Organisationen wie z.B. dem PAC, der Gewerkschaftsbewegung, der Unity Movement (politische Organisation der Black Consciousness Bewegung). Dabei gibt es Fortschritte. Wir meinen, daß es zwischen diesen Organisationen keine grundlegenden Unterschiede gibt. Wenn wir deshalb uns auch mit den Organisationen, die jetzt verboten wurden, zusammenschließen, werden wir plötzlich eine ansehnliche Macht bilden, die dem Volk den Auftrieb geben wird, den Sieg der unterdrückten und ausgebeuteten Massen zu erringen. – (Z-Red.)

Kleidersammlung für die ZANU

Am 1.12. werden wieder Kleider und nützliche Gegenstände für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe verschifft. Die Unterstützung ist vielseitig und nimmt einen Aufschwung.

In **Bremen** sind im Lager außer Kleidung vorhanden: ein Zahnarztstuhl mit Bohrer, vier Ferngläser, ein Zelt, vier Rucksäcke, Töpfe, Pfannen, Besteck, ein Fotolabor mit Vergößerungsgerät, ein Karton Schreibgeräte, zwei Bosch Halogenscheinwerfer, sechs 20 Liter-Benzinkanister, ein Radio, zwei Plattenspieler, drei Schriebmaschinen, ein Akkordeon, eine elektrische Nähmaschine, vier Uhren, ein Tonbandgerät, vier Migrofone, zwei Ormig Abziehmaschinen, ein Diaprojektor, eine Zentrifuge, ein Stahlschrank, sechs Medikamentenkartons. Außerdem noch Verbandszeug, Regenschirme, Haumesser und anderes.

Im Bezirk **Holstein** wurden 63 Säcke Kleidung und acht Nähmaschinen gesammelt.

In **Hamburg** hat der Bezirksverband des KBW dazu aufgerufen, auf der Veranstaltung mit Vertretern des ANC aus Azania auch Kleider für die ZANU zu spenden. Auf dieser Veranstaltung wurden über 70 große Säcke voll Kleidung mitgebracht. Die KJB-Zelle Langenhorn hat in einer Aktion auf dem Langenhorner Markt öffentlich ein Bildtransparent gemalt und dabei 34,80 DM für Gewehre für die Jugend Zimbabwes gesammelt.

In **Hannover** sind 10 Säcke Kleider für die ZANU gesammelt worden. Darunter waren ein Sack aus dem Annastift (Schulinternat); zwei Säcke von einem Landarbeiterehepaar und mehrere Säcke aus einer Abteilung der Conti. Dort sind bislang 14 Säcke zusammengekommen.

Sechs Kartons mit Medikamenten und Landwirtschaftsgeräten (Hacken und Spaten) wurden ebenfalls gespendet. Sie wurden vom Komitee Südliches Afrika in einer Kleingartenkolonie gesammelt. Die Max-Müller-Zelle hat eine Reiseschreibmaschine gespendet. Ein Krankenpfleger aus Celle hat 100 DM für das Landwirtschaftsprojekt gegeben. Die GUV Hannover hat auf dem Lister-Meile-Fest 33,26 DM für Ersatzteile für die LKWs der ZANU gesammelt. Insgesamt sind es bisher 1 824,54 DM.

In **Westberlin** führen die Liga gegen den Imperialismus, das Komitee Südliches Afrika und die Grundeinheiten des KBW und seiner Massenorganisationen am Samstag, den 12.11., in Schöneberg auf dem Leuthener Platz ein Fest zur Unterstützung des Befreiungskampfes von Zimbabwe durch. Sie rufen dazu auf, das Fest zu unterstützen. In der Woche vorher sammeln Zellen des KBW und seiner Massenorganisationen Kleider für die ZANU.



Die Jugendlichen sind eine bedeutende Kraft im Befreiungskampf des Volkes



Das Kolonistenregime ist verhaßt. Autos der Kolonialherren werden angehalten und angezündet.



Westdeutsche Marine im südafrikanischen Kriegshafen Simonstown

Die Schreibtische von Ehrenberg und der neuen Focke sind gefüllt

Merkwürdige Stille um Ehrenberg und Huber: Sozialarbeiter berichten über die Wirkung des beschlossenen Gesetzes / Die Herrschaft der Bourgeoisie ist Barbarei

Die Ruhe aus dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, welches dem Schreibtischmörder Ehrenberg unterstellt ist, wie auch dem Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, welches von der Huber, der neuen Focke, betrieben wird, ist trügerisch. Während die verschiedenen Gesetze beider Ministerien sich auswirken, müssen die Schreibtischplanspiele über Rentnersanierung, Sorgerechtsentzug, Versicherungsgelder usw. auf Hochtouren laufen:

– Einen Professor namens Meinhold, der dem Sozialbeirat der Regierung vorsitzt, hat man sprechen lassen, daß „man" 1980 wohl nicht mehr drum herum kommen würde, die Lücken in der Finanzdecke der Rentenversicherung, für die die Bourgeoisie „veränderte Altersstruktur" als Grund angibt, „durch Staatszuschüsse oder Beitragserhöhungen endgültig zu stopfen". „Staatszuschüsse" öffentlich zu begründen war noch nie der Mühe wert, es geht um Beitragserhöhungen. Für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und andere große Bourgeoisblätter ist das noch viel zu weit weg. Sie drängen schon seit Verabschiedung des „Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes" auf Erhöhung.

– Anke Fuchs, noch gut bekannt aus der Geschäftsführung des sozialdemokratischen Hauptvorstandes der IGM, jetzt Staatssekretär bei Ehrenberg, verkündet auf der gesundheitspolitischen Tagung der ÖTV: Eine dauerhafte Dämpfung des Kostenanstiegs in der gesetzlichen Krankenversicherung könne nur erreicht werden, wenn auch in den Krankenhäusern kostentreibende Strukturmängel und Planungs- und Steuerdefizite beseitigt würden. Um dies durchzusetzen, würde neben der 1978 beginnenden Reform der Krankenhausfinanzierung die Regierung die Kosten weiter zusammenstreichen.

– Als Vorlage durchwandert derzeit eine von Ehrenberg entworfene Änderung des Rentenanpassungsgesetzes die parlamentarischen Körperschaften. Danach werden die Beiträge der freiwillig Versicherten zur Rentenversicherung erhöht. Von 1978 soll sich der Mindestbeitrag um 100% von 18 auf 36 DM erhöhen; 1979 steigt er abermals um 100% auf 72 DM. Ab 1980 dann soll der Beitrag an die Einkommensgrenze für „geringfügige Beschäftigungen" gekoppelt werden. Diese wird vom Bundesarbeitsministerium jeweils festgelegt. Würde die Regelung bereits 1978 gelten, müßte bereits im nächsten Jahr ein Mindestbeitrag von 72 DM gezahlt werden, nämlich 18% von 400 DM, den dieser Grenzwert für 1978 ausmacht.

Die Arbeiterklasse kann den Kampf gegen diese Gesetze wie z.B. das „Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz" und die weiteren Planungen anführen, um die barbarischen Absichten und Handlungen der Finanzbourgeoisie gegen die Volksmassen zu durchkreuzen. Die folgenden Korrespondenzen zeigen, wie im Kampf um die vollständige Selbstverwaltung der Sozialversicherungen und ihre Finanzierung durch die Kapitalistenklasse sich die Arbeiterklasse gegen die von den Finanzbourgeois betriebene Ausplünderung der Sozialversicherungen und gegen solche verbrecherischen Praktiken, die verrenteten Arbeiter und Bauern ins Grab zu stoßen, zusammenschließt. – (Z-Red.)

Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen kriegt sowieso kein Arbeitslosengeld

Hamburg. Im Hamburger Arbeitsamtsbezirk waren im September 25046 Arbeiter und Angestellte als „anerkannte Arbeitslose" registriert. Nur diese haben überhaupt Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe.

Dem überwiegenden Teil der Jugendlichen, die aus der Schule raus sind, gibt das Arbeitsamt keinerlei Unterstützung. Auf seiner Suche nach einer Arbeitsstelle ist einem der Tip gegeben worden, seine Haare kürzer zu schneiden. Daß dies kein Tip zur Arbeitssuche war, sondern reine Schikane, wird daran deutlich: bei dieser Abteilung des Arbeitsamtes gab es bei offiziell 500 jugendlichen Arbeitslosen drei freie Arbeitsstellen, eine davon für vier Wochen für Jugendliche über 18 Jahre. Gegen diese Schikanen des Arbeitsamtes setzen sich die Jugendlichen zur Wehr. Sie gehen nie einzeln hin, sondern zu zweit oder zu dritt. Sie entziehen sich der Kontrolle des Arbeitsamtes auch, indem sie kurzfristige Arbeiten annehmen. Sie machen kurzfristig Schwarzarbeiten usw.

Im Januar 1977 haben von 31648 „registrierten Arbeitslosen" gerade 15011 Arbeitslosengeld erhalten. Das sind noch nicht einmal die Hälfte, genau 47,4%. Kein Arbeitslosengeld haben demnach 52,6% erhalten. In ein Hungerdasein mit der Arbeitslosenhilfe wurden 3984 gepreßt. Das sind 12,6%. Mit der Verweigerung der Zahlung von Unterstützung sollten 12653 Arbeitslose zu jeder und vor allem spottbilligen Ausbeutung für die Kapitalisten gezwungen werden. 40% waren es, die vom Arbeitsamt keinen Pfennig Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhielten.

Obwohl die Arbeitslosenzahlen von Januar bis August sinken, sieht das statistisch im August so aus: Die Zahl der Arbeitslosen ohne Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe steigt relativ auf 44% an, das sind 11628. Die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenhilfe steigt ebenfalls relativ auf 13,5%. Kein Arbeitslosengeld bekommen weit über die Hälfte der Arbeitslosen: 57,5%. Die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger selber sinkt sowohl relativ auf 42,5%, als auch absolut auf 11212.

Das zunehmende Elend der Hamburger Arbeitslosen wird noch drastischer deutlich durch den Vergleich der Jahre 1974, 1976 und 1977:

	Arbeitslose insgesamt	davon ohne Arbeitslosengeld absolut	davon ohne Arbeitslosengeld in %	davon Sozialhilfeempfänger absolut	davon Sozialhilfeempfänger in %
1974	12121	5932	48,9	649	5,4
1976	26987	13480	50,1	3604	13,4
1977	30146	15864	52,6	4090	13,6

Eine arbeitslose Mutter mit einem Kind, die kein Arbeitslosengeld bekommt, berichtet über ihre Lage: Sie ist seit eineinviertel Jahr arbeitslos.

Anfang August ist ihr eine Arbeit zu dem Hungerlohn von 740 DM netto nachgewiesen worden. Allein für die Miete für eine 2 1/2 Zimmer-Sozialwohnung gingen davon 500 DM ab und für Fahrgeld 60 DM. Für Kleidung und Essen wären da für sie und ihren Sohn gerade 180 DM geblieben. Sie hat die Arbeit abgelehnt. Das Arbeitsamt hat das Arbeitslosengeld gestrichen und sie ist auf die Bettelei beim Sozialamt angewiesen.

In der letzten Woche stand auf dem Arbeitsamt Hamburg zu lesen: „80% vom Facharbeiterlohn für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit". An anderer Stelle war das Arbeitsamt in „Sklavenmarkt" umbenannt worden. Die Parolen fanden große Unterstützung bei den Arbeitslosen. So sind in dieser einen Woche ca. 50 Kommunistische Volkszeitungen dort verkauft worden. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Praxis der Lohndrückerei: „Arbeitsverwaltung" und „Arbeitsbeschaffung"

Westberlin. An folgenden Beispielen kann man die Erfahrungen, die Tausende tagtäglich machen, gut nachvollziehen. Tagtäglich kann man diese Tatsache, Entlassung – Arbeitslosigkeit – Lohnsenkung, aus den Akten der Arbeitslosen erkennen, wobei seit einem Jahr immer mehr in das Arbeitsbeschaffungsmaßnahmenprogramm gedrückt werden, was für sie eine Lohnsenkung in großem Ausmaß bedeutet. Es gibt viele Fälle, wo der Arbeitslose vorher netto 1400 bis 1500 DM verdient hat und jetzt laut Arbeitsbeschaffungsmaßnahmenprogramm nur noch 1180 DM verdient.

Nach dem Arbeitsförderungsgesetz ist dies jedoch zumutbar. Die höheren Chargen der Bediensteten in den Arbeitsämtern, Abteilungsleiter und höheres Beamtenpack, sagen dazu: „Die sollen doch froh sein, überhaupt eine Arbeit zu bekommen."

Das erste Beispiel: Ein Maschinenhelfer, der zwei Jahre bei AEG Telefunken in Westberlin gearbeitet hat, wird gekündigt. In seiner Arbeitsbescheinigung wird als Kündigungsgrund angegeben: „aufgrund von Ausfallzeiten war Herr X. für unseren Betrieb nicht länger tragbar". Dazu erklärt der Arbeiter: „Ich war mehrmals krank. Einmal hatte ich eine Hornhautentzündung infolge eines Arbeitsunfalles. Dann leide ich seit einiger Zeit unter Herz- und Kreislaufbeschwerden." Die durch das Arbeitsamt vermittelten Arbeiten waren durchweg schlechter bezahlt, so daß sich der Arbeiter selber eine Arbeit gesucht hat.

Zweites Beispiel: Ein ausländischer Arbeiter, gelernter Elektromonteur, wurde bei seiner Firma (einem kleineren Betrieb in Westberlin) wegen Krankheit gekündigt. Die durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeit lehnte er ab, weil sie nicht seinen Qualifikationen entspricht und schlechter bezahlt wird. Die Arbeitsvermittlung spricht für ihn eine Sperrzeit aus mit folgender Begründung: „Der Arbeitslose gehört zu den längerfristig arbeitslosen ausländischen ALHi-Empfängern (ALHi: Arbeitslosenhilfe, die Red.). Unter Ausschöpfung aller Vermittlungsversuche war eine Vermittlung als Elektromonteur nicht möglich. Unter Beachtung der beruflichen Kenntnisse und der sozialen Verhältnisse war die angebotene Arbeit als Monteur zumutbar."

Man kann sich ausrechnen, daß die angebotene Arbeit Lohneinbußen bedeutet hatte. Der Arbeiter bekam also eine Sperrzeit von vier Wochen, lehnt er weitere Arbeit ab, wird die Stütze vollständig gestrichen. Also wird er gezwungen sein, die nächste angebotene Arbeit, egal unter welchen Bedingungen, anzunehmen.

Drittes Beispiel: Ein gelernter Maurer, 50 Jahre alt, wird arbeitslos, bei einer Firma, bei der er längere Zeit beschäftigt war. Der Grund war Rationalisierung. Nach halbjähriger Arbeitslosigkeit erhält er vom Arbeitsamt ein Angebot als Postengeselle. Er lehnt ab, weil diese Arbeit nicht seinen Qualifikationen entspricht und der Lohn nicht ausreichen würde, um seine fünfköpfige Familie zu ernähren. (Durch die lange Arbeitslosigkeit hat er sowieso schon haufenweise Schulden machen müssen, weil das Arbeitslosengeld vorne und hinten nicht reicht.) Er bekommt eine Sperrzeit. Die Begründung: Sie hatten keinen wichtigen Grund. Die Arbeit ist zumutbar. Das nächste Arbeitsangebot muß er annehmen, will er nicht mit seiner Familie verhungern.

Viertes Beispiel: Ein Facharbeiter, 48 Jahre alt, wird bei Adrema in Westberlin entlassen. Grund: Auflösung des Betriebes. Seine Abfindung durch die Firma betrug nach fast 30jähriger Tätigkeit dort 1000 DM. Das Arbeitsamt vermittelte ihm eine Arbeit als Pförtner. Er nimmt an, weil er weiß, daß er so gut wie keine Chancen mehr hat bei seinem Alter, eine ihm angemessene Arbeit zu bekommen. Hatte er vorher einen Lohn von 1300 DM, bekommt er jetzt nach Vergütungsgruppe 10 BAT um die 1000 DM bezahlt.

Allein diese vier Beispiele zeigen schon: solange die Arbeitsämter sich in Händen der Kapitalistenklasse befinden, werden diese stets zum Mittel der Unterdrückung und Lohnsenkung benutzt. Die Arbeitsämter müssen wie alle Versicherungen der vollständigen Selbstverwaltung der Versicherten unterstehen. – (GUV, Steglitz/Westberlin)

Geänderter „Sorgerechtsentzug" und reformiertes Familien- und Scheidungsrecht – beides soll die Unterdrückung der Volksmassen noch besser sichern

Waiblingen. Ein Arbeiter, Vater von 3 Kindern, arbeitet als Gipser im Akkord. Oft hat die Firma keine Aufträge und er für Wochen keine Arbeit. Seine Frau geht den ganzen Tag putzen. Beiden wurden ihre drei Kinder weggenommen und in ein Heim 500 Kilometer weit entfernt geschickt. In den Jugendamtsakten steht dazu als Begründung, daß die Frau den Haushalt nicht führen könne, Abwasch rumstehen würde, alles unordentlich und schmutzig sei. Nachdem die Kinder verschleppt worden sind, wohnen sie in den derzeit elendesten Wohnverhältnissen in Waiblingen in den städtischen Wohnungen. Die Kinder liefert der Staat erst dann zurück, wenn die Frau beweist, daß sie einen ordentlichen Haushalt führen könne.

Vom Mann verlangt das Jugendamt, daß er einem geregelten Beruf nachgeht. Darunter fällt seine Arbeit als Gipser nicht. Als wenn der Beruf des Gipsers die Ursache für die fehlenden Aufträge sei.

Die Anordnungen des Jugendamtes dienen nichts anderem als der Demütigung und Schikanierung. Schon jahrelang drangsalierten sie die Familie. Beim letzten Besuch einer Sozialhelferin zwecks „Überprüfung" haben sie diese erst gar nicht in die Wohnung gelassen.

Bislang war für einen Sorgerechtsentzug der § 1666 im bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) maßgebend. Hiernach mußte den Eltern der Form nach ein „Verschulden" nachgewiesen werden. Inzwischen liegt ein neuer Plan vor, den SPD- und FDP-Fraktion im Bundestag als Gesetzentwurf eingebracht haben. Der Kern dieser Änderung ist: der Staatsapparat kann noch unproblematischer Bespitzelung und Reglementierung der Volksmassen durchführen. Durchgeführt wird es in den Jugend- und Sozialämtern bereits.

In Waiblingen hat die Jugendamtssachbearbeiterin Inge Heinzmann, die geschieden ist und eine Tochter hat, beim Familiengericht einen Antrag auf alleinige Sorgeberechtigung gestellt. Damit war das Jugendamt auf keinen Fall einverstanden. Geschieden mit Kind, ohne daß das Jugendamt die Finger reinkriegt und Zerrüttung produzieren kann unter den Massen, das ist nicht der Sinn der sozialdemokratisch-liberalen neuen Scheidungsgesetze:

Nach dem neuen Scheidungsrecht heißt es im § 1570: „Ein geschiedener Ehegatte kann von dem anderen Unterhalt verlangen, solange und soweit von ihm wegen der Pflege oder Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes eine Erwerbstätigkeit nicht erwartet werden kann."

Im Zusammenhang sollen diese Paragraphen die Unterdrückung und Zersetzung der Arbeiterfamilien erst richtig zur Wirkung bringen. Findet die Frau keine Arbeit, soll sie gezwungen werden, ihren Unterhalt vom ehemaligen Mann eintreiben zu lassen. Der Mann soll gezwungen werden, um das Kind zu kämpfen, weil er sonst ständig mit Unterhaltsansprüchen der Frau rechnen muß. Auf jeden Fall, und das ist der Sinn, soll verhindert werden, daß die Volksmassen die Angelegenheiten selbständig regeln.

Wie in diesem Fall: Der Dienstherr der Angestellten im Jugendamt, Weishaupt, hat sofort Ermittlungen eingeleitet. Die Sachbearbeiterin sollte angeben, bei welcher behördlich genehmigten Pflegestelle das Kind untergebracht sei. Das konnte sie nicht. Weder gibt es Betriebskindergärten in genügender Anzahl, noch sind sie zu bezahlen. Sie hatte – wie es Tausende von Arbeiterfamilien täglich tun – ihr Kind während der Arbeitszeit in eine andere Familie geben müssen. Nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) muß das Jugendamt aber jede, dann sogenannte Pflegestelle, begutachten und die Genehmigung erteilen.

In seinem Gutachten an das Familiengericht schreibt der Jugendamtsleiter Weishaupt: „Auf wiederholte Fragen, zuletzt am 4.10.77, wo sie ihr Kind untergebracht hat, gibt sie keine Auskunft. Als Mitarbeiterin im Jugendamt weiß sie, daß die dem Jugendamt nicht bekannte Pflegestelle nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz Pflegeerlaubnis besitzen muß, und wer ohne Zustimmung des Jugendamtes ein fremdes Kind aufnimmt, sich strafbar macht." Inzwischen hat Weishaupt eine Sozialarbeiterin losgeschickt, die das Kind ausfindig machen muß: in den städtischen Wohnungen in Waiblingen muß sie jede Familie abklappern und rumschnüffeln, denn „die Bewohner des Hauses sind dem städtischen Sozialamt sowie auch dem Jugendamt nicht vorteilhaft bekannt" (Weishaupt).

In dem schon erwähnten Gutachten des Jugendamtsleiters an das Familiengericht heißt es dann: „es sei nicht möglich, eine abschließende Stellungnahme zur endgültigen Regelung der elterlichen Sorge abzugeben." Er schlägt dem Gericht eine Anhörung vor. Demütigung und Gängelung ist einziger Zweck des Gesetzes, wie der ausführenden Staatsorgane. – (Bezirk Stuttgart, Mittlerer Neckar)

Sterbehäuser: Wer nicht mehr brauchbar ist für die Ausbeutung, wird abgeschoben

Köln. Die verrenteten Arbeiter werden in Altenheime abgeschoben. Bei den Pflegern heißen sie „Alten-KZs".

„Freude für alte Menschen", das ist der Wortlaut des Frankierstempels der Altenheime Clarenbachwerk. „Bei uns können die alten Menschen einen ruhigen Lebensabend verbringen", so die Leiterin Dorfeld vom Clarenbachwerk. Wie sieht dieser freudige, ruhige Lebensabend der verrenteten Werktätigen aus?

Auf einer Pflegestation. 34 bettlägerige Patienten, zur Pflege eine examinierte Schwester und sieben Hilfskräfte, die sich in Früh- und Spätschicht abwechseln. 2000 bis 2300 DM kostet der Aufenthalt in einem Monat auf dieser Station. Verrentete Arbeiter können das nicht zahlen. Die Differenz von Rente zu Kosten zahlt das Sozialamt oder die Angehörigen. Die Rente wird direkt einbehalten, es gibt ein Taschengeld von ca. 134 DM, von dem dann noch Seife, Zahnpasta, Nachthemden u.ä. gekauft werden. Die Spanne der Kosten für einen Pflegesatz im Kölner Raum beträgt nach „Schwererad" des Patienten zwischen 1300 und 2500 DM.

Die Ausplünderung kennt keine Grenzen. Bei Eintritt in die Riehler Heimstätten mußten 20 Rentner eine Erklärung unterschreiben, daß sie bis auf 3000 DM ihr gesamtes Hab und Gut für die Pflegekosten des Heims abgeben. Gezwungen werden sie, ihr Todesurteil zu bezahlen. Die meisten Heimbewohner wissen: „Wenn man mal drin ist, macht man nicht mehr lange". Solange man mehr als 3000 DM besitzt, muß man den vollen Pflegesatz zahlen. So wird das von manchem Arbeiter vom Mund abgesparte Geld wieder einkassiert. Wenn nichts mehr da ist, werden die Angehörigen gezwungen zu zahlen. Sie müssen Fragebögen ausfüllen über Lohn, Vermögen usw., die Angaben werden überprüft. Diese Ausplünderung ist dann die Freude von alten Menschen fürs Clarenbachwerk und andere Altersheime.

Personal ist unterbesetzt. Die Arbeitskraft der Beschäftigten wird verschlissen. Die „Pflege" beschränkt sich auf Waschen, Essen, Bettenmachen und Saubermachen der Zimmer. Und selbst das muß in einem Affenzahn gemacht werden. Für eine gründliche Wäsche hat man acht bis zehn Minuten. Kaum ein Wort kann man mit den Rentnern reden, die sehr gerne wissen wollen, „was draußen passiert".

Damit sie ruhig bleiben, werden sie mit Valium und Druxalsaft (Beruhigungsmitteln) vollgepumpt.

Die meisten der Rentner leiden an Kreislaufkrankheiten, Herzkrankheiten, kaputtem Rücken und Krebs. Ergebnisse des Verschleißes ihrer Arbeitskraft. Tumore werden häufig nicht operiert. Den Heimbewohnern wird Angst gemacht vor der Operation und es wird ihnen abgeraten, weil es zu „gefährlich" oder „zu anstrengend" sei. Sie zu behandeln wäre rausgeworfenes Geld, und der „Rentnerberg" wird zu langsam klein. Das ist der Standpunkt der Kapitalistenklasse. Aus den Rentnern ist kein Mehrwert mehr herauszuholen. Die Bourgeois wie Ehrenberg sorgen in den Altenheimen dafür, daß die für den kapitalistischen Produktionsprozeß nicht mehr Vernutzbaren schnell ins Jenseits befördert werden und daß sie das auch noch selbst zahlen. „Nichts ist umsonst", Ehrenberg macht mit dem Tod erträgliche Geschäfte. – (Bezirk Köln)

„... das ist die Kaufkraft, von der auch die Kapitalisten leben“

Sozialdemokratisches über Löhne

„Die Tarifpolitik ist eine der wichtigen Aufgaben in der Gewerkschaftsarbeit. Durch sie wird den Arbeitnehmern ein möglichst gerechter Anteil am Sozialprodukt gesichert.“ So eröffnet Hans Mayr, im Vorstand der IG Metall für Tarifpolitik verantwortlich, den entsprechenden Abschnitt des Geschäftsberichts 1974 bis 1976.

Fast hundert Jahre ist es her, seit Friedrich Engels 1881 in einem Artikel geschrieben hat:

„Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagewerk! (...) Die Gerechtigkeit der politischen Ökonomie, wie sie in Wirklichkeit die Gesetze fixiert, die die bestehende Gesellschaft beherrschen, diese Gerechtigkeit ist ganz auf der einen Seite – auf der des Kapitals. Begrabt darum den alten Wahlspruch für immer, und ersetzt ihn durch einen anderen:

Besitzer der Arbeitsmittel – der Rohstoffe, Fabriken und Maschinen – soll das arbeitende Volk sein.“

Und doch war der Wahlspruch „Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagewerk!“, den Engels vor hundert Jahren begraben wissen wollte, hundert Mal fortschrittlicher als der Wahlspruch des Hans Mayr. Ein Lohn, der zum Leben reicht auf einen Arbeitstag, der einen nicht kaputt macht, das war der Inhalt der alten sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Forderung. Ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag, diese alte, gemessen an den Zielen der Arbeiterbewegung völlig unzulängliche Forderung, hat aufgehört, Richtlinie der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik zu sein.

Gerechter Anteil am Sozialprodukt! Das ist viel weniger. Gerecht ist jetzt schon nicht mehr, was zum Leben reicht, sondern was die wirtschaftliche Lage als „angemessen“ erscheinen läßt. Wie lang der Arbeiter arbeiten muß, um diesen Anteil zu erzielen, spielt bereits keine Rolle mehr. Bloß angemessen muß er sein! Sind 90% der Bevölkerung lohnabhängig, dann sollen sie 90% des „Kuchens“ (Loderer) haben. Die Kapitalisten sollen dann 10% haben. Das ist gerecht. Ist das erreicht, dann sind die Sozialdemokraten am Ziel. Einstweilen und jetzt müssen die Arbeiter in der „komplizierten wirtschaftlichen Lage“ natürlich mit sehr viel weniger zufrieden sein.

Dies Ziel ist schändlich. Warum sollen die Arbeiter das Ziel haben, gleich großen Anteil an *ihrem* Produkt zu bekommen wie die Kapitalisten, die nichts arbeiten und ihren Anteil sich aneignen, weil sie Eigentum haben und aus keinem anderen Grund?

Das Ziel ist illusorisch. Solange es Kapitalisten gibt, solange es Leute gibt, die die Produktionsmittel als ihr Privateigentum in der Hand haben, wird der Anteil des Produkts, den sie in ihrer Hand behalten, stets wachsen gegenüber dem Anteil, den sie als Löhne wieder aus der Hand geben. Die Arbeiter mögen sich abrackern wie sie wollen, an der Tatsache der wachsenden Ausbeutung läßt sich so nichts ändern: Je mehr die Produktivkraft ihrer Arbeit zunimmt, je mehr die Intensität der Arbeit steigt, je mehr der Arbeitstag durch Überstunden immer mehr ausgedehnt wird: sie werden nicht mehr erhalten als bestenfalls, was zum Leben reicht. Im Normalfall nicht mal das. Eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten aber wird einen immer größeren Teil des gesellschaftlichen Reichtums in ihren Händen konzentrieren. Das ist keine Voraussage, sondern durch die Geschichte bewiesen. Welche Reichtümer haben die Arbeiter in den letzten hundert Jahren produziert! Und in wessen Händen sind diese Produkte, die Fabriken, die Maschinen, aber auch die Wohnhäuser? In der Hand von ein paar Kapitalisten, die ihre konzentrierte Macht nutzen, um das Elend der Arbeiter zu vergrößern und noch mehr aus ihnen herauszuholen.

Obwohl die bürgerliche Statistik in all diesen Fragen trügt, so zeigt doch auch die bürgerliche Statistik, daß der Anteil der Löhne am Sozialprodukt sinkt, sobald man die wachsende Zahl der Lohnarbeiter berücksichtigt. Und was rechnen die bürgerlichen Statistiker nicht alles unter die Löhne! Weil der Kapitalist nicht nur den „Unternehmerprofit“ einstreicht, sondern sich auch noch als Angestellten des Unternehmens führt, taucht ein Teil des Profits in den bürgerlichen Statistiken unter den Löhnen und Gehältern auf. Von den Managergehältern gar nicht zu reden. Ein anderer Teil des Profits taucht überhaupt nicht als Einkommen auf, weil er unmittelbar dazu dient, das Kapital zu vermehren, und in der Bilanz als Abschreibungen und sonstwas verschwindet. Dennoch ist die „Lohnquote“ in den letzten Jahren gesunken. Auf dem Gewerkschaftstag mußte sich der IG-Metall-Hauptvorstand sagen lassen:

„Ihr könnt selbst durch einen Vergleich feststellen, was von den verteilungspolitischen Zielvorstellungen und dem größeren Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt ... übrig geblieben ist.“

Das von der Sozialdemokratie formulierte Ziel der Tarifpolitik hat in der Wirklichkeit dazu geführt, daß eine wachsende Zahl von Arbeitern mehr arbeiten muß und weniger zum Leben hat. Das nennt man absolute Verelendung. Und wer Arbeit hat, ist noch gut dran!

Der Kapitalismus produziert eine industrielle Reservearmee. Vor allem diese Produktion einer industriellen Reservearmee verhindert, daß die Arbeiter sich jemals mehr aneignen können von ihrem eigenen Produkt als gerade zum Leben reicht. Gegenwärtig wächst diese industrielle Reservearmee. Die Kapitalisten verschärfen ihren Druck auf den Lohn mit aller Macht. Die Zeiten sind schlecht für die „aktive Tarifpolitik“ der Hans Mayr und Eugen Loderer. Prompt argumentieren sie nicht mehr mit ihrer „Gerechtigkeit“, sondern treten direkt als eigentliche und wahre Verfechter der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft auf. Die käme am besten aus der Krise heraus, wenn die „Kaufkraft“ der Massen gesteigert würde. Trotzig wendet sich Loderer auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall gegen die Hetze der Kapitalisten, die Löhne seien an der Arbeitslosigkeit schuld: „Wer die Einkommen der Arbeitnehmer derartig verteufelt, der sollte wissen, das ist die Kaufkraft, von der auch sie leben.“

So weit mußte es mit der sozialdemokratischen Lohntheorie kommen. Von der Forderung „Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagewerk“ hin zu der Forderung nach einem „gerechten Anteil am Sozialprodukt“ und dann zum Schluß die Forderung nach Hebung der Kaufkraft, damit die Kapitalisten leben können!

Aber die Kapitalisten wissen besser, wovon sie leben. Sie leben nicht von der Kaufkraft der Massen, sondern von der Arbeitskraft der Massen. Je billiger sie die Arbeitskraft der Massen kaufen können und je intensiver und länger sie diese Arbeitskraft vernutzen können, desto besser für die Kapitalisten. So kommt der Profit zustande! Und der Kapitalist ist immerhin soweit mit der Produktion verbunden, daß er weiß: er kann sich nichts aneignen, was vorher nicht produziert worden ist. Erst muß der Profit in einer Ware stecken, bevor der Profit versilbert werden kann. Das ist das Einmaleins des Kapitalisten. Deshalb zahlt er für die Arbeitskraft möglichst wenig und holt aus ihr möglichst viel heraus. Der Profit der Kapitalisten ist nichts anderes als unbezahlte fremde Arbeit. Diese unbezahlte Mehrarbeit möglichst zu steigern ist das Interesse der ganzen Kapitalistenklasse, denn der Profit jedes einzelnen Kapitalisten kann nirgendwo anders herkommen.

Man stelle sich das vor: Die Arbeiter kommen zu dem Kapitalisten und sagen zu ihm: „Du mußt uns unsere ganze Arbeitszeit bezahlen, damit wir dir das Produkt unserer ganzen Arbeitszeit abkaufen können! Damit es mit Dir wieder aufwärts geht!“

„So haben wir nicht gewettet, als ich eure Arbeitskraft gekauft habe“, sagt der Kapitalist. „Ich habe eure Arbeitszeit gekauft, damit ihr mit Profit produziert. Wie ich den versilbere, das laßt meine Sorge sein. Aber damit ihr es wißt: Je weniger ich euch bezahle, um so größer ist mein Profit und um so leichter kann ich ihn trotz der großen Konkurrenz versilbern.“

Spätestens nach solcher Rede keimen in den Arbeitern revolutionäre Gedanken. Solche Reden kann man jedoch ungebeten auf jeder Betriebsversammlung hören und in jeder Zeitung lesen.

Nur die Sozialdemokratie bleibt dabei, den Kapitalisten vorzubeten: „Wer die Einkommen der Arbeitnehmer derartig verteufelt, der sollte wissen, das ist die Kaufkraft, von der auch sie leben.“

Wenn die Arbeiter wollen, daß die Arbeiter leben können, dann haben sie gegenüber den Kapitalisten kein anderes Überzeugungsmittel als Klassenkampf. Richtig leben, ohne Ausbeutung und Unterdrückung, können die Arbeiter erst, wenn dieser Klassenkampf zum Ziel, zur proletarischen Revolution, geführt hat. – (Z-Red.)

Interessenvertreter

Wie Vetter vor dem neuen Prunkbau der Bank für Gemeinwirtschaft posieren alle Kapitalisten gern vor ihren Fabriken und Palästen, die die Arbeiter geschaffen haben. Es unterstreicht ihren Besitzanspruch auf das Arbeitsprodukt der Arbeiterklasse. Man kennt die Bilder.

An die 5000 DM bekommt Vetter im Monat als DGB-Vorsitzender, dreimal soviel wie ein Facharbeiter. Ebenso in die Tausende gehen die Bezüge aus den verschiedenen Aufsichtsratsposten, in denen die Mitglieder des Bundesvorstandes des DGB und der Einzelgewerkschaften stekken. In allen Großkonzernen streichen diese Gewerkschaftsfunktionäre als Aufsichtsratsmitglieder einen Teil des Profits ein, den die Kapitalisten des Konzerns aus den Arbeitern gepreßt haben.

Aus Angestellten der Arbeiterklasse, die im Interesse und im Auftrag der Arbeiterklasse bürokratische Tätigkeiten verrichten, also nicht an der Tätigkeit aller Arbeiter, der gesellschaftlichen Produktion, teilnehmen, sind mit der Durchsetzung der Herrschaft der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften Bourgeoisagenten und direkte Bourgeois geworden, die nicht mehr das Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse von Lohnsklaverei und von Ausbeutung vertreten, sondern das Ziel der Vergrößerung des eigenen Anteils an der Ausbeutung.

Entsprechend haben sie in der Satzung des DGB als Zweck und Aufgabe des DGB die Verteidigung der bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückerordnung in der BRD festgelegt:

„§ 2c) Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften bekennen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie setzen sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein.“

Auf dieser Grundlage formulierte Vetter auch gleich die „volle Ausschöpfung“ der „rechtsstaatlichen“ Mittel im Zusammenhang der Schleyer-Entführung, wobei die Terrorkommandos wie die GSG 9 genau dieser „Rechtsstaatlichkeit“ entsprechen. Er hat schließlich auch etwas zu verteidigen:

Aufsichtsratsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft, Aufsichtsratsvorsitzender der „Neuen Heimat“, Aufsichtsratsvorsitzender der Volksfürsorge AG, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der August-Thyssen-Hütte AG, Aufsichtsratsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Bundesbahn.

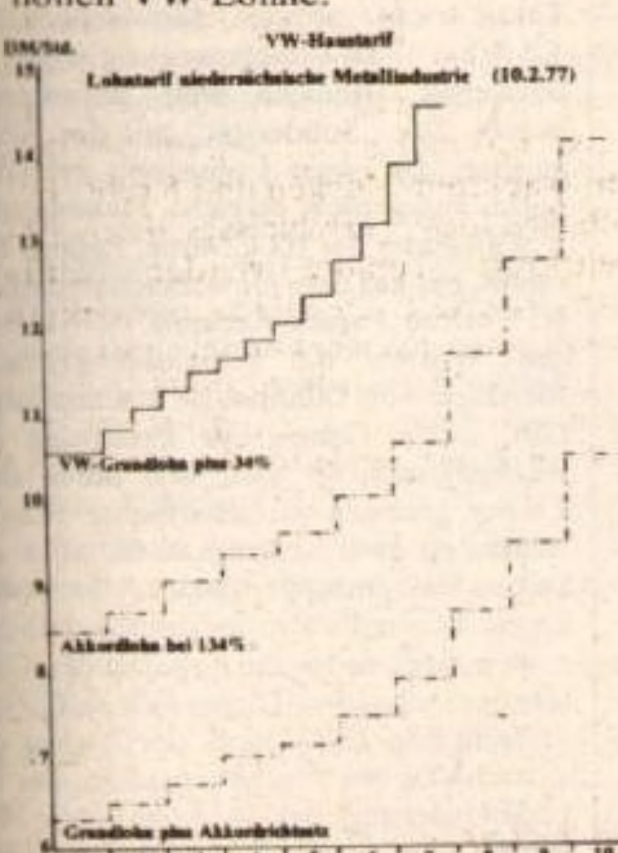
Alle Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften sitzen an lukrativen Quellen. Zum Beispiel Eugen Loderer: Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Mannesmann AG, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Mannesmann-Röhrenwerke AG, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Volkswagenwerk AG, Aufsichtsratsmitglied Bank für Gemeinwirtschaft, Aufsichtsratsmitglied Unternehmensgruppe „Neue Heimat“. Wenn auch nicht alle Tantiemen in die eigene Tasche wandern, es bleibt genug übrig, um alle Hirnwindungen anzuspannen, neue Ideen zur Verbesserung des „Ertrags des Unternehmens“ auszudenken, die letztlich immer wieder auf die Verschärfung der Ausbeutung hinauslaufen.

Die sozialdemokratischen Vertreter in der Gewerkschaftsführung haben in ihrem Werdegang immer weniger mit der Arbeiterklasse zu tun. Erich Frister, Vorsitzender der GEW, war vor seiner Funktionärswahl Bezirksstadtrat für Volksbildung in Berlin; Karl Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie, hat praktisch nie gearbeitet, sondern ist nach der Ausbildung zum Industriekaufmann nach dem Krieg 1947 hauptamtlicher Funktionär bei der IG Chemie geworden; Gerhard Schmidt, DGB-Bundesvorstandsmitglied und zuständig für die Abteilung Beamte – öffentlicher Dienst, war nach kurzer Tätigkeit in der Berliner Steuerverwaltung Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und gleichzeitig dann hauptamtlicher Funktionär; Detlef Hensche, Vorstandsmitglied der IG Druck, studierte Rechtswissenschaften, war wissenschaftlicher Assistent, wissenschaftlicher Referent beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB und Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Auch ihnen gegenüber wird die Arbeiterklasse die Pflicht zur Arbeit und das Verbot, von anderer Leute Arbeit zu leben, durchsetzen. – (Z-Red.)

Lohnspaltung

Die Spaltung existiert nicht nur in, sondern vor allem auch zwischen den Belegschaften Sie wird von den Sozialdemokraten betrieben

In der niedersächsischen Metallindustrie werden etwa 300000 Arbeiter von den Kapitalisten ausgebeutet. Mit Hilfe der Sozialdemokratie in der Gewerkschaft versuchen die Kapitalisten, ein einheitliches Vorgehen der Arbeiter zu verhindern. So vergeht keine Betriebsversammlung im VW-Werk in Wolfsburg, auf der Schmücker nicht über die „hohen Lohn- und Lohnnebenkosten“ klagt. Tatsächlich liegt hier der Durchschnittsstundenlohn bei 12,60 DM gegenüber 11,30 DM in der übrigen niedersächsischen Metallindustrie. Die Sozialdemokraten stoßen ins selbe Horn; bei VW sagen sie: „Durch hohe Lohnforderungen isolieren sich die VW-Arbeiter“ – während die gleichen Sozialdemokraten bei Teves, einem Metallbetrieb in Gifhorn, behaupten, die Niedrigkeit des Lohns läge an den hohen Lebenshaltungskosten im Raum Wolfsburg – wegen der hohen VW-Löhne.



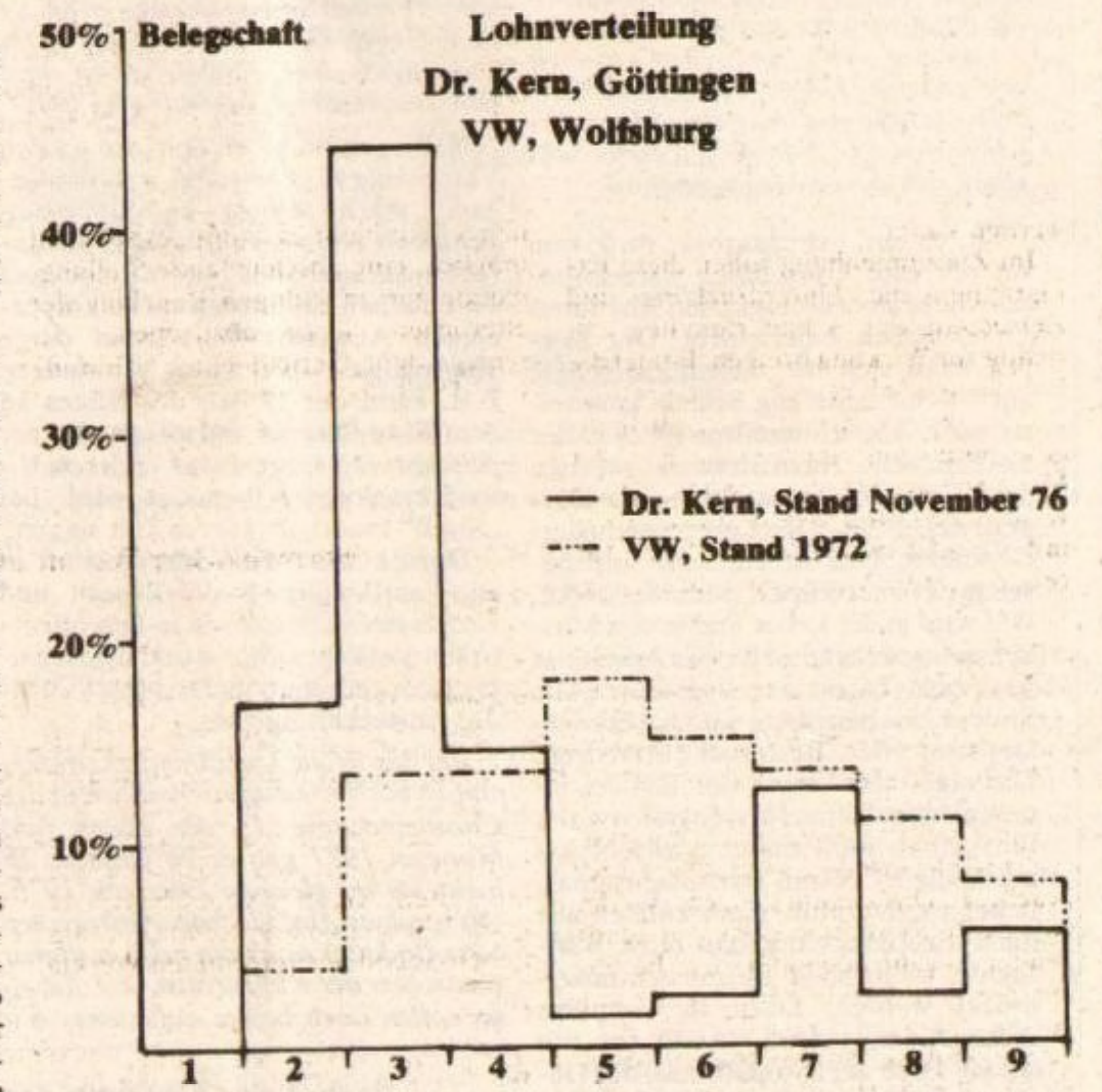
Erreicht haben die Kapitalisten, daß der Tarifvertrag für Niedersachsen die Metallbetriebe Osnabrücks, des nordwestlichen Niedersachsens und die VW-Werke und damit 100000 Arbeiter ausklammert. Die Kraft von 80000 durch ein Kapital zentralisierten und durch die gemeinsame Produktion organisierten VW-Arbeitern wird nicht mit in den Kampf geworfen werden, der VW-Haustarif läuft dann auch einen Monat später, erst zum 31.1.78, aus. Die Wirkung für die Arbeiter zeigt das Schaubild.

Für die metallverarbeitende Industrie existiert die eingezeichnete Linie „Grundlohn bzw. Akkordrichtsatz plus 34%“ tatsächlich gar nicht. Sie gibt lediglich den höchstmöglichen Akkordlohn in der entsprechenden Lohngruppe an. Kommen die Arbeiter über 135% Akkord, so werden die Vorgabezeiten neu abgestoppt.

Bei „Dr. Kern“, einem 150 Mann-Metallbetrieb in Göttingen, arbeiten fast nur Frauen im Akkord. Eine Knochenmühle ist das: Akkordlohngruppen 2, 3 und 4 gibt es nur. Das Gros der Arbeiterinnen ist in der Lohngruppe 3 eingestuft, damit ist ihnen tariflich ein Stundenlohn von 6,76 DM abgesichert. In der Regel werden 125 bis 130% Akkord geschafft. Die Festlegung aus § 13 Lohnrahmentarifvertrag, wonach die „Normalleistung“ so zu bemessen ist, daß der Lohn 9% über dem Grundlohn liegt, erlaubt den Kapitalisten, den Akkord ständig neu festzusetzen. Anders bei VW. In § 4 des Haustarifvertrages ist festgelegt, daß bei „Normalleistung“ ein Lohn von 34% über Grundlohn erreicht werden muß.

Die Abspaltung der stärksten Belegschaft begünstigt auch die Spaltung innerhalb der kleineren Betriebe.

Diesen unterschiedlichen Bedingungen wollen die Sozialdemokraten Rechnung tragen. Sie tragen vertrauensvoll: ihre „Schwerpunkt- und Minutenstreik“-Politik, mit Haustarifen etc. den Kapitalisten die Arbeiter auf



der Schlachteplatte zu servieren, hat die Kapitalisten gierig gemacht: Ein Herr Professor Bernd Rüthers aus Konstanz erfreut mit seinen höchstwissenschaftlichen Studien ihre Profitseele: Er hat herausgefunden, daß die „Tarifautonomie im Umbruch“ ist: Die Lohnabschlüsse gleichen sich alle so! Das ist höchst ungerecht für die Kapitalisten, zürnt er mit den Loderers und Klunckers. Das ist sogar gegen die Gesetze und Abmachungen – was kann es Schlimmeres für die „Staatstragenden“ in den Gewerkschaften geben? Und so schließt Rüthers: „Man kann nur daran erinnern, daß die Tarifhoheit nach dem Tarifvertragsrecht ursprünglich bei den Tarifbezirken liegt. Sie müßte also bei Bedarf zurükkerobert werden. Das setzt allerdings Mut zur Härte ... voraus.“ (Handelsblatt, 2.11.77) Härte, das ist ihr Metier, das wird die Spitzensozialdemokraten in den Gewerkschaften nicht abschrecken, diese Drecksaufgabe der weiteren Zersplitterung und Zertrümmerung der Arbeiterbewegung auszuführen. Es ist schon so: Einheitlich ist was anderes. – (Bezirk Südostniedersachsen/N-Red.)

Die Situation nutzen: eine einheitliche Front von Stahl- und Metallarbeitern für 220 Mark aufbauen

Seit dem 31.10. herrscht in der Stahlindustrie tarifloser Zustand. Eine Forderung ist bisher noch nicht aufgestellt. In der letzten Woche sind die Vorgespräche, auf die sich die Sozialdemokraten eingelassen hatten und die der „bestehenden wirtschaftlichen Ausnahmesituation in der Stahlindustrie Rechnung tragen" sollten, ergebnislos abgebrochen worden.

Der Kapitalistenverband hatte verlangt, die bestehenden Verträge um 6 Monate zu verlängern, also 6 Monate Lohnstopp gefordert. Die IGM-Verhandlungsführung ließ nach dem Abbruch der Gespräche verlauten, daß sie die Abschlüsse in der Stahlindustrie hinter die der Metallindustrie ziehen wollte, deren Kündigung, von Ausnahmen abgesehen, zum 31.12 erfolgt. Für einen Sozialdemokraten, der damit zufrieden ist, Abschlüsse nicht allzu tief unter die der Metallindustrie fallen zu lassen, ist das eine geschickte Taktik.

Nachdem letzten Freitag die Tarifkommission erneut ohne die Aufstellung einer Forderung auseinandergegangen ist, ist somit diese Taktik eingeschlagen worden. Bei Klöckner in Bremen hat eine Unterabteilung aus dem Angestelltenbereich nach Bekanntwerden der Absicht der Stahlkapitalisten, einen Lohnstopp durchzusetzen, den Betriebsratsvorsitzenden Röpke herangerufen, um mit ihm diese eingeschlagene Taktik zu besprechen. Röpke sagte, daß auch er nicht für Verschiebung der Abschlüsse sei, äußerte sich jedoch nicht über die Höhe der Forderung, mit der man den Lohnkampf jetzt führen solle. Nach dieser Diskussion mit dem Betriebsrat kam es zu einer Einigung in dieser Unterabteilung, daß die 220 DM unterstützt werden müssen. In Osnabrück soll der Betriebsrat, der auch Mitglied der soll der Betriebsrat, der auch Mitglied der Tarifkommission ist, jetzt zur gemeinsamen Frühstückspause runtergerufen werden, um mit ihm über den weiteren Gang der Dinge zu sprechen und über die dazu nötige Forderung.

Die eingeschlagene Taktik ist ein Zurückstecken der Sozialdemokratie gegenüber den Kapitalisten. Für die Arbeiterbewegung enthält diese Taktik, die die Klassenversöhnler jetzt einschlagen wollen, aber noch eine andere Seite: Wird die Gefahr des Lohnstopps wie '66 von den Stahlarbeitern gesehen, so kann diese veränderte Situation für die Arbeiter im Gegensatz zu den Absichten der Sozialdemokratie dadurch positiv genutzt werden, daß Stahlarbeiter und Metallarbeiter eine gemeinsame Front im Kampf um den Lohn bilden. Das würde eine Stärkung der ganzen Arbeiterbewegung bedeuten.

Das sieht auch das „Handelsblatt": „Die IGM müßte also nach taktischem Konzept in der Stahlindustrie auf Zeit spielen und versuchen, in diesem Jahr bzw. 1978 mit dem Metallabschluß, der auch von der glänzenden Geschäftslage der Automobilindustrie geprägt sein wird, vor den Stahlabschluß zu kommen." „Die Stahlarbeitgeber werden ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung nur gerecht, wenn sie die Verzögerungstaktik der IGM unterlaufen, soweit sie dazu überhaupt die Möglichkeit haben. Sie können entweder auf eine Lohnpause drängen, d.h. die Rückwirkung des Abschlusses auf den 1.11.1977 ausschließen, oder aber zumindest frühzeitig das Scheitern der von der IGM eventuell auf die lange Bank geschobenen Verhandlungen erklären, womit sie dann allerdings auch mit ihrem Latein am Ende wären. Denn eine ‚Angriffsaussperrung' ist in der Stahlindustrie völlig ausgeschlossen."

Wenn in der Stahlindustrie wie in der Metallindustrie aus den Betrieben heraus, von klein nach groß, von der Unterabteilung oder Frühstückspause heraus die richtigen Forderungen aufgestellt werden, die in ihrer Höhe von 200 bis 220 DM die Einheit und den Zusammenschluß ermöglichen, wird sich diese gemeinsame Front von Stahl- und Metallarbeitern bilden und die sozialdemokratische Taktik der Verzögerung durchkreuzen können: die Hoffnungen der Kapitalisten werden unerfüllt bleiben, das, worum es ihnen schon in den Vorgesprächen ging – praktische Verlängerung des gegenwärtigen Tarifs, somit Lohnsenkung, und dann für die verbleibenden Monate einen niedrigen Prozentabschluß durchzusetzen. Oder wie das „Handelsblatt" sich überlegt: „. . . mit einem verhältnismäßig bescheidenen Abschluß in ein Tarifjahr zu gehen und dann einen Konjunkturbonus zu vereinbaren, wenn gesicherte Erkenntnisse über den tatsächlichen Wirtschaftsverlauf vorliegen." Die Möglichkeit für die Kapitalisten, Lohnsenkung durchzusetzen, ist allemal vorhanden, wenn die Arbeiterbewegung uneinheitlich ist und die Forderungen zersplittert sind. Jedoch ist die Möglichkeit für die Arbeiterbewegung vorhanden, die ganze stagnante Situation durch einen großen Ruck voranzutreiben und eine einheitliche Front aufzubauen, die sich inhaltlich um die einheitliche Forderung von 220 DM zusammenschließen kann und muß und kaum zu schlagen wäre in der Durchsetzung dieser Forderung. – (Z-Red.)

Wenn es so wird wie letztes Jahr, wird es grausam

Die Lehre aus dem Tarifkampf Metall 76/77: 220 DM beschließen!

Kiel. Die Debatte um den Lohn hatte 1976 frühzeitig auf der Werft angefangen. Bereits Anfang Oktober ließ die IGM in Schleswig-Holstein eine Umfrage durch ihre Obleute verteilen. Ein „Stimmungsbild" wurde hergestellt und eine „gewünschte Forderung" sollte angekreuzt werden. Der Zweck der Angelegenheit war unter den Arbeitern schnell enthüllt. Zur Auswahl standen 10% oder 75 Pfennig die Stunde Festgeld oder 5% und 35 Pfennig Sockel. Die Forderungen waren so angelegt, daß bei Lohngruppe 6 (damals 7,47 DM) bei allen Forderungen im Monat 130 DM herauskam. Die Forderungen waren also allesamt zu niedrig angesetzt. Da aber die Mehrheit der Metallarbeiter auf den Werften und im Maschinenbau in Schleswig-Holstein sich in Lohngruppe 7 befindet, sollte die Umfrage dazu führen, daß die Arbeiter in den Lohngruppen 7 bis 9 für die Prozentforderung stimmen. Die Sozialdemokraten in der IGM hatten sich getäuscht. In den Betrieben wurde über die Umfrage beraten. Ein HDW-Arbeiter berichtete, daß nach Erhalt der Umfragebögen die ganze Mittagspause darüber beraten und von den Arbeitern gerechnet wurde. Nach der Pause war man sich mit sechs Arbeitern einig, daß es eine Festgeldforderung sein müsse, die aber höher liegt als 75 Pfennig. Der Umfragebogen wurde gemeinschaftlich ausgefüllt und dazu geschrieben: mindestens 1 DM.

Auf das Ergebnis der Umfrage konnte lange gewartet werden, die IGM hat es bis heute nicht veröffent- IGM hat es bis heute nicht veröffent- licht. Aber durchgesickert ist über die Funktionärsversammlungen, daß 72% der 1100 abgegebenen Umfragebögen für Festgeld waren und nur 19% für eine Prozentforderung.

Bis zur Tagung der Tarifkommission am 14./15. Dezember 1976 wurde die Zeit nicht genutzt zum Zusammenschluß, auf der Betriebsversammlung wurde die Debatte über den Tarifkampf von den Sozialdemokraten unterdrückt. Sie nahmen zu Redebeiträgen nicht Stellung. Es gab aber auch noch keine Abteilungsbeschlüsse, so daß eine Beschlußfassung des ganzen Betriebes auf den Betriebsversammlungen nicht möglich war. Als dann die Forderung nach 9,6%, mindestens 125 DM herauskam, war die Empörung groß. Alle hatten mit einer Festgeldforderung gerechnet. In einer Abteilung wurde sofort mit einer Unterschriftensammlung begonnen, die gegen diese Forderung protestierte, aber eben nur protestierte. Der Vertrauenskörper sollte zu einem Beschluß aufgefordert werden. Die in der Abteilung auftauchenden Vertrauensleute täuschten dann die Arbeiter, sie wären auch gegen die Forderung und würden auf der nächsten Sitzung dagegen einen Beschluß fassen. Dem wurde vertraut und die Unterschriftensammlung eingestellt. Aus dem Beschluß wurde dann nichts.

Das Angebot der Metallkapitalisten von 4,75% zeigte dann auch deutlich, wo der ganze Tarifkampf hinläuft. Unter 5% wollten sie drücken. Streik wäre die richtige Antwort, aber für 125 DM mindestens, das war zu wenig, die DM mindestens, das war zu wenig, die Prozentforderung von 9,6%, bei der nach allen Erfahrungen die Sozialdemokraten bereits wieder ihre 2 bis 3% „Spielraum" eingebaut hatten, galt nur für die oberen Lohngruppen und war immer noch zu wenig. Streiken ja, aber nicht für diese Forderung.

Aber wie die Forderung kippen und eine neue aufstellen? Lähmung trat ein. Einige Arbeiter hofften auf eine Urabstimmung über die unverschämten Angebote der Kapitalisten und danach auf eine Neuaufstellung der Forderung. Am 1.Februar kam dann das Ergebnis: 6,9%, der Mindestbetrag war weggefallen. Mit der Aufstellung der spalterischen Forderung war die Niederlage bereits besiegelt, die Kampfkraft der Arbeiter gelähmt.

Lehren müssen daraus gezogen werden, haben die Arbeiter gesagt. Es ist bereits wieder November. Auf der letzten Betriebsversammlung bei HDW Kiel haben die Sozialdemokraten die Lohnfrage aus dem Spiel gelassen. Ein Arbeiter ist für Festgeld und 220 DM eingetreten. Nach der Niederlage vom letzten Jahr muß die Forderung diesmal hoch sein, der Zusammenschluß dafür muß schnell organisiert werden, sonst kommen die Sozialdemokraten wieder mit der Taktik der Spaltung durch. Der Zusammenschluß um den Lohn muß genutzt werden für den Zusammenschluß gegen die Verschärfung der Ausbeutung für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und gegen die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat für 1500 DM Steuerfreibetrag. – (Bezirk Holstein)

(Bezirk Holstein)

„Schichtarbeit stört den biologischen Rhythmus des Körpers" – Energiereserven werden aufgebraucht

KBW-Zelle bei HAW/Reynolds interviewt Arzt

Bei Reynolds haben die Kapitalisten vor zwei Wochen Sonderschichten beantragt. In verschiedenen Abteilungen sollte vorübergehend Nacht- bzw. Spätschicht eingeführt werden. Die Arbeiter dieser Abteilungen waren dagegen und deshalb hat der Betriebsrat abgelehnt.

Bei HAW wollten die Kapitalisten Anfang des Jahres den Dreischichtbetrieb in der Verfahrenskontrolle durchsetzen. Die Arbeiter haben daraufhin den bisherigen Zweischichtbetrieb verweigert sowie alle Überstunden. Jetzt arbeiten sie nur noch Tagschicht. Das ärgert die Kapitalisten heute noch.

Die Arbeiter wissen, daß sie durch die Schichtarbeit ruiniert werden. In der Anodenschlägerei müssen die Arbeiter seit Anfang des Jahres Früh- und Spätschicht machen. Sie haben zwar dafür höhefen Lohn durchgesetzt, aber die Auswirkungen der Schichtarbeit bekommen sie täglich zu spüren.

Bei uns in der Elektrolyse wird Contischicht gefahren. Nach der Nachtschicht ist es besonders schlimm. Wie ausgelaugt kommen wir aus der Schicht, und trotz der Müdigkeit können wir schlecht schlafen, wachen oft auf. Man schwitzt auch viel. Oft schlafen wir nur wenig, und selbst wenn wir viel schlafen, fühlen wir uns nicht erholt. Fast alle von uns haben Magenbeschwerden. Ein Arbeiter hat dieses Jahr schon das zweite Magengeschwür.

Durch die Schichtarbeit wird dem Körper eine Umstellung aufgezwungen, die seinem biologischen Rhythmus grundsätzlich widerspricht. Der Körper kann sich nie darauf einstellen, auch wenn jahrelang Schicht gearbeitet wird. Am schlimmsten ist es in der Nachtschicht. Normalerweise werden nachts die Energiespeicher des Körpers aufgefüllt. Die Leber produziert Glykogen. Das ist ein zusammengesetzter Zuckerkörper, tierische Stärke. Das wird in der Leber und in den Muskeln gespeichert und für die Arbeit des nächsten Tages bereitgestellt. Alle Stoffwechselvorgänge sind nachts verlangsamt, der Blutdruck erniedrigt. Das regelt der Vagus, der Teil des inneren unbewußten Nervensystems, der für Aufbau und Erholung des Körpers zuständig ist. Wenn jetzt nachts gearbeitet werden muß, dann können alle diese Erholungsvorgänge nicht stattfinden. Mehr noch, sie müssen unterdrückt werden. Dazu ist vermehrt Adrenalin freigesetzt, ein Hormon, mit dessen Hilfe der Sympathikus, der Gegenspieler des Vagus, die Leistungsbereitschaft des Körpers und den raschen Energieabbau regelt.

Die Nachtarbeit widerspricht vollständig den normalen biologischen Vorgängen des menschlichen Körpers, und sie erfordert eine ständige Willensanstrengung. Daher kommen die Arbeiter ausgelaugt und mit völlig überreizten Nerven aus der Nachtschicht.

Das im Tagesrhythmus wechselnde Gleichgewicht zwischen Vagus und Sympathikus wird durch die Nacht- und Schichtarbeit zerstört. Das verursacht dann Magenkrankheiten, Verdauungsstörungen und auch Kreislauferkrankungen.

Im Oktober dieses Jahres waren fast 15% der Belegschaft von HAW krank. Das sind doppelt so viel wie im Durchschnitt bei den Krankenkassen gemeldet sind. Gegenüber welchen Krankheiten wird man durch Schichtarbeit und Überstundenarbeit besonders anfällig?

Neben chronischen Schäden an den Verdauungsorganen und Kreislauforganen macht Schicht- und Überstundenarbeit besonders anfällig gegen Infektionskrankheiten, wie Grippe und die üblichen Erkältungen. Die körpereignen Abwehrstoffe werden durch übermäßige Anstrengung vermindert. Z.B. kann der Gehalt des Blutes an dem Eiweißkörper Interferon, der zur Abwehr von Grippe und anderen Virenerkrankungen benötigt wird, bei „Streß" innerhalb kurzer Zeit sinken.

Dazu kommt die schlechte Luft in den Fabrikhallen. In den Pausen- und Umkleideräumen sowie in den öffentlichen Verkehrsmitteln sind die Arbeiter dicht gedrängt, und so besteht ständig Ansteckungsgefahr.

Bei uns ist die Unfallhäufigkeit viermal so hoch wie durchschnittlich in der Chemieindustrie. In den ersten fünf Monaten 1977 gab es 98 Unfälle, 28 mehr als im gleichen Zeitraum 1976. Oft sind es Unfälle wie Ausrutschen oder Umknicken. Dann heißt es immer von seiten der Kapitalisten, wir Arbeiter sollen doch besser aufpassen. Wir passen aber schon höllisch auf, sonst würden noch viel mehr Unfälle passieren. Unserer Ansicht nach liegt das an der gestiegenen Arbeitshetze, an der Schichtarbeit und an den Überstunden. Die HAW-Kapitalisten hatten den Umsatz pro Beschäftigten von 1975 auf 1976 um über 30% gesteigert, in diesem Jahr noch mehr. Neue Maschinen wurden nicht angeschafft.

22% der Unfälle passieren nach der achten Arbeitsstunde, also in den Überstunden. In der Spät- und Nachtschicht passieren mehr Unfälle als in der Tagschicht. Bei Akkordarbeit passieren mehr Unfälle als bei den Zeitlöhnern. Die meisten Unfälle könnten vermieden werden, wenn Überstunden, Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit verboten wären. Oft ist es den Kapitalisten zu teuer, richtige Schutzvorrichtungen an den Maschinen anbringen zu lassen.

Können die gesundheitlichen Schäden, die durch die Schichtarbeit, durch Überstunden und durch Arbeitshetze entstehen, durch längeren Urlaub ausgeglichen werden?

Sicher brauchen alle Arbeiter längeren Urlaub, verteilt auf das Jahr, z.B. zweimal im Jahr drei Wochen. Das alleine kann das Problem des übermäßigen Verschleißes nicht lösen. Wenn der Arbeiter tagein tagaus gezwungen wird, sein letztes herzugeben, geht das auf Kosten von Lebenskraft und Lebensjahren, weil die „vitalen" Energiereserven angegriffen werden, die nicht wieder aufgebaut werden können. Nur durch eine Verkürzung des Arbeitstages kann dies verhindert werden. Bei unvermeidlicher Nachtarbeit müssen es noch weniger Stunden sein. Dann kann erreicht werden, daß nur im normalen physiologischen Leistungsbereich Arbeitskraft verausgabt wird und kann den Kapitalisten der Zugriff an die Lebensreserven versperrt werden. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe/Zelle HAW/Reynolds)

Verbot der Überstunden! Verbot der Schichtarbeit!

Anträge zum Gewerkschaftstag der IG Metall

Antrag 330: Verwaltungsstelle Emden

Die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages mögen beschließen: Sonderschichten sowie Überstunden im Produktionsbereich dürfen in der heutigen Zeit nicht mehr verfahren werden. Bestehende Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, welche beinhalten, daß Arbeitnehmer verpflichtet sind, Sonderschichten sowie Überstunden zu leisten, müssen gekündigt werden.

Wolfsburg. Der VW-Vorstand hat jetzt vom Betriebsrat die Zustimmung zu sechs Sonderschichten bis zum Juni nächsten Jahres verlangt. Der Betriebsrat hat diesen Antrag auf Pflichtsonderschichten abgelehnt.

Westberlin. Am 24.10. haben die Hausmeister an der Technischen Universität eine Versammlung durchgeführt, auf der sie einstimmig die vom TU-Präsidenten beschlossenen neuen Schichtpläne abgelehnt haben und auf dieser Grundlage ihre Sprecher neu gewählt haben. Die Schichtpläne sahen zusätzliche Sonderschichten am Samstag und Verlängerung des Arbeitstages vor.

Wenn sie könnten, wie sie wollten

„Die Lösung der Probleme erfordert die aktive Mitarbeit aller gewerkschaftlichen Gruppen. Sie erfordert von uns eine kritische Solidarität, eine genaue Analyse unserer Probleme, um unsere Anliegen konkret einbringen zu können. Stehen wir zusammen. Erinnern wir uns: Gemeinsam sind wir stark!" Loderer – Sozialdemokrat in der Gewerkschaftsspitze – hat diese Worte zum Neuen Jahr 1977 losgelassen. Schmidt – Sozialdemokrat in der Regierung und Kanzler – hat in seiner Regierungserklärung vergangenes Jahr gesagt, was diese Worte Loderers bedeuten: „Das Augenmaß in den Tarifverhandlungen der letzten Jahre hat es bei uns ermöglicht, eine günstigere Kombination von Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsstand und internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verwirklichen, als anderswo in der Welt – eine Kombination, auf die manch anderes Land mit Achtung blickt." Das Produktionsergebnis pro Arbeiterstunde liegt in Westdeutschland höher als in anderen EG-Staaten, und die Löhne liegen unter dem Niveau einiger anderer EG-Länder. Das schafft gute Vorteile für die Kapitalisten in Westdeutschland – in diesem Sinne sollen die Arbeiter mit der Sozialdemokratie zusammenstehen.

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft haben sich vor und nach dieser Neujahrsrede zügig darangemacht, die Lohnforderungen so einzubringen, daß sie auf einen offenen Lohnraub hinauslaufen können. In den verschiedenen Metalltarifbezirken Westdeutschlands wurden verschiedene Forderungen, Prozentforderungen, Mindestforderungen, Sockel- und Prozentforderungen von den Tarifkommissionen und Betrieben aufgestellt, die von vornherein eine Spaltung und eine Niederlage der Lohnbewegung vorsahen. 4,2-Prozent-Angebote der Kapitalisten gab es, die Sozialdemokraten bei der IG Metall wollten angeblich auf 5,75 Prozent gab es, die Sozialdemokraten bei der IG Metall wollten angeblich auf 5,75 Prozent hinaus. Die Warnstreiks der Metaller konnten diese unverschämten Angebote verhindern und in einer Nacht- und Nebelaktion wurden dann 6,9 Prozent Lohnerhöhung beschlossen, zunächst in Nordrhein-Westfalen, dann in allen anderen Tarifbezirken.

Ähnlich lief es bei den Tarifverhandlungen in den öffentlichen Diensten. Kluncker hat in der Einleitung der „diesjährigen Lohnrunde 1977" die Vorstellungen des Hauptvorstandes entwickelt:

„Das Gesamtvolumen unseres Forderungsvorschlages berücksichtigt
– die absehbare allgemeine wirtschaftliche Entwicklung,
– die Haushaltslage und die Finanzsituation der öffentlichen Hand,
– die voraussichtliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt,
– das erwartete Wirtschaftswachstum."

Wer kennt nicht das Lamentieren über die schlechte Haushaltslage der öffentlichen Hand, die sinkende Wachstumsrate der Wirtschaft, das Ansteigen der Arbeitslosigkeit, damals wie heute. Am liebsten einen Lohnstopp hätte der Kluncker gehabt, damit der „öffentliche Dienst keine Schrittmacherdienste bei den Tarifverhandlungen 1977" mache. „Unser Forderungsvorschlag basiert auf dem Erkenntnisstand vom November 1976. Sollten bis zur Aufnahme von Tarifverhandlungen wesentliche Veränderungen erkennbar werden, werden wir darauf entsprechend reagieren", ließ Kluncker eine Rückzugslinie für seine 8-Prozent-Forderung offen. Auch im öffentlichen Dienst sind dann die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre darangegangen, durch die wilde Entfaltung verschiedenster Lohnforderungen die Front für 170 bis 180 DM Festgeld aufzureiben. Die „sozialen Aspekte" Urlaubsgeld von 300 DM waren plötzlich die Forderungen, von denen Kluncker nicht mehr runter gehen wollte, die eigentliche Lohnforderung hatte er in den Hintergrund gestellt. Wilde Manöver mußten Kluncker und seine Helfershelfer starten, um Streiks für Festgeld zu verhindern. Auf das, was die Bourgeoisie am liebsten gesehen hätte, Lohn„erhöhungen" unter 3%, hat es Kluncker mit seiner Taktik nicht gebracht. Mit lächerlichen 5,3% hat er die Lohnbewegung in den öffentlichen Diensten weit heruntergebracht. Die „Solidarität" mit der Bourgeoisie, die einen Lohnstopp erfordert hätte, hat er nicht erreicht. Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik, hat auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie, Papier, Keramik 1976 in kurzen Worten die sozialdemokratische Ideologie von Lohnpolitik zusammengefaßt: „Das Tempo der Erhöhung des Realeinkommens wird sich unter dem Zwang geringer wirtschaftlicher Wachstumsraten zwar verlangsamen, aber auf keinen Fall gestoppt werden." So wollen sie es: Wenn die Profite der Kapitalisten sinken, dann sollen die Arbeiter den Gürtel enger schnallen. Dieses Jahr soll Lohnverzicht her. Es ist nicht der Zwang der wirtschaftlichen Wachstumsraten, der die Lohnforderung der Arbeiterklasse bestimmt, sondern der Zwang der Arbeiterklasse, sich gegen die Tendenz im Kapitalismus, den Lohn zu senken, zur Wehr zu setzen. Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften werden nicht können, wie sie wollen. – (Z-Red.)

Krankheit und ihre Folgen für die Arbeiterfamilie

Die Bourgeoisie ruiniert die Gesundheit der Lohnabhängigen

Chemie

Hannover. Sechs Monate Knochenmühle Polydor: zwei Fehlgeburten, fünf Totaloperationen am Unterleib, drei Gallenoperationen, ein Narbenbruch von einer Gallenoperation, eine Magenoperation, ein Kreislaufkollaps, zwei schwere Quetschungen an den Händen, zwei Abtreibungen, eine Zwangsabtreibung wegen Gallenoperation, zahlreiche Nervenentzündungen an den Schultern, einige Sehnenscheidenentzündungen. Diese Erhebung ist nur von ca. 80 Frauen, 1600 arbeiten bei Polydor in Hannover. Es gibt keine Arbeit, die nicht mit schwerem Heben, und zwar in ständiger Wiederholung, verbunden ist. Dadurch ist der große Teil der Krankheiten zu erklären, Fehlgeburten, Gebärmuttersenkungen und damit verbundene Entzündungen mit oftmaliger Folge von Totaloperationen. In der Fabrikpackerei hat das jede zweite Frau, die jüngste Frau mit einer Totaloperation ist 25 Jahre alt, sie wollte eigentlich gern noch ein Kind. Die Magen- und Gallenkrankheiten kommen von der Wechselschicht, unregelmäßigem Schlaf und Ernährung und von der Aufregung durch die Akkordarbeit.

Wenn eine Arbeiterin krank wird, hat das für die anderen in der Gruppe immer Mehrarbeit zur Folge, z.B. sind dann nicht genug Packerinnen da, sie müssen aber trotzdem die ganze Arbeit schaffen. Eine Packerin hat nach einer Gallenoperation einen Narbenbruch bekommen, weil es keine andere Arbeit gibt, wenn man von der Krankheit wiederkommt, sie mußte die alte Arbeit weitermachen. Sie war dann krankgeschrieben, der Arzt hat ihr gesagt, sie solle ins Krankenhaus und sich operieren lassen. Das wollte sie nicht, weil sie genau weiß, daß dieselbe Operation binnen einiger Zeit wieder notwendig ist, weil sie dieselbe Arbeit weitermachen muß. „Und wenn ich dann mit einer Bescheinigung komme, daß ich diese Arbeit nicht mehr machen kann, dann sagen sie mir, dann können Sie ja gehen, andere Arbeit haben wir nicht." Der Arzt hat sie daraufhin wieder gesundgeschrieben, und jetzt schleppt sie sich jeden Tag mit Schmerzen zur Arbeit.

Ein großes Problem sind die Kinder, wenn die Arbeiterinnen krank sind. Eltern und Verwandte wohnen meistens weiter weg, so daß sie gerade die Schulkinder nicht zu sich nehmen können. Weil der Vater dann auch auf Arbeit ist, müssen sie sich dann oft wochenlang selbst versorgen, so wie bei einer Arbeiterin, die drei Wochen wegen einer Unterleibsoperation im Krankenhaus gelegen hat. Die 13jährige Tochter hat dann gekocht und die Hausarbeit machen müssen, weil der Vater das wegen der Wechselschicht auch nicht machen konnte.

Wenn die Kinder kleiner sind, hilft man sich untereinander, so daß eine Arbeiterin, die im selben Stadtteil wohnt, von der kranken Kollegin die Kinder zu sich nimmt, denn es gibt weder Kinderkrippe noch Kindergarten bei Polydor. Und wenn die Kinder krank sind, müssen sich die Frauen Urlaub nehmen. – (Zelle Grammophon / Bezirk Hannover)

Handel

Braunschweig. Die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel mit künstlichem Licht, schlechter Luft, Akkordsystemen im Verkauf (wie bei Karstadt in Braunschweig) und im Lager und Auslieferungsbereich, ständig zunehmender Arbeitshetze, führen zu Berufskrankheiten, wie Magengeschwüren und Kreislaufkollapsen. So liegt der Krankenstand im Lagerhaus von Karstadt in Braunschweig bei etwas über 200 Beschäftigten im Durchschnitt fast ständig bei 10 Arbeitern. Bei der scharfen Konkurrenzsituation und den Plänen der großen Warenhauskonzerne, weiter zu expandieren (so baut Karstadt in Braunschweig jetzt ein Einrichtungshaus auf), hauen die Kapitalisten da drauf.

Im Kaufhaus Jeske war vor einiger Zeit eine Angestellte in der Frischmittelabteilung längere Zeit krank. Durch die ständige Arbeit in den Kühlräumen hatte sie Erfrierungserscheinungen. Eine andere Arbeit im Haus bekam sie nicht, der Kapitalist warf sie kurzerhand raus. Bei Karstadt ist ein Beschäftigter aus der Möbelabteilung, dort wird im Prämienlohnsystem gearbeitet, aufgrund der Arbeitshetze schon über ein viertel Jahr krank. „Den sehen wir bestimmt nicht mehr", ist die Meinung aller. Eine Angestellte, die in diesem Jahr „schon" drei Wochen krank war, wurde zum Personalleiter gerufen, der ihr Entlassung androhte, wenn das so weiterginge.

Dieser Druck, sowie das niedrige Krankengeld, was man nach sechs Wochen Krankheit bekommt (100 DM weniger im Schnitt als der Lohn und das bei den eh schon elenden Löhnen im Einzelhandel), führt dazu, daß die Beschäftigten sogar noch mit 40 Grad Fieber zur Arbeit kommen. Bleiben sie dann zu Hause, weil es nicht mehr geht, dann spioniert ihnen noch der Abteilungsleiter hinterher. So kreuzte der Lagerhausleiter Weese bei einem Beschäftigten auf, der länger krankgeschrieben war. Aufgrund des eh schon niedrigen Lohns und zudem noch niedrigerem Krankengeld war er gerade bei der Schwarzarbeit, er flog fristlos.

Bekämpfen kann man diese Versuche der Kapitalisten, den Druck auf die Arbeiter zu erhöhen nur, wenn man gegen die ständige Verschärfung der Arbeitsbedingungen im Einzelhandel angeht und einen Lohn erkämpft, der ohne Schwarzarbeit und Prämienschinderei zum Leben reicht. – (Zelle Handel, Südostniedersachsen)

hat das für die anderen in der Gruppe immer Mehrarbeit zur Folge, z.B. sind dann nicht genug Packerinnen da, sie müssen aber trotzdem die ganze Arbeit schaffen. Eine Packerin hat nach einer
Hausarbeit machen müssen, weil der Vater das wegen der Wechselschicht auch nicht machen konnte.
Wenn die Kinder kleiner sind, hilft man sich untereinander, so daß eine
die ständige Arbeit in den Kühlräumen hatte sie Erfrierungserscheinungen. Eine andere Arbeit im Haus bekam sie nicht, der Kapitalist warf sie kurzerhand raus. Bei Karstadt ist ein Be-
Arbeitsbedingungen im Einzelhandel angeht und einen Lohn erkämpft, der ohne Schwarzarbeit und Prämienschinderei zum Leben reicht. – (Zelle Handel, Südostniedersachsen)

Reaktionäres, geschmiertes Gesindel

„Wenn der Mensch in der heutigen Zeit, in Zimmern mit automatisch gesteuerten Heizungen stets bei gleichmäßiger meist zu hoher Temperatur lebt, wenn er sitzend oder unter einseitiger körperlicher Belastung arbeitet, wenn er sich im geheizten Kraftwagen fortbewegt und abends wieder vor dem Fernsehgerät sitzt, von zusätzlichen schädlichen Einflüssen, stetiger Hetze, Überernährung, Alkohol, von Nikotin ganz abgesehen, so müssen mangelnde Funktionen der Hautgefäße, Kreislaufversagen, Haltungsschäden, Humpelatrophie (Degeneration der Füße) und Infektanfälligkeit die Folge sein. Diesen Zivilisationsschäden entgegenzuwirken muß die Hauptaufgabe der täglichen Körperpflege darstellen."

... und auch gegen die ausländischen Arbeiter:

„In Deutschland gibt es jedes Jahr 400 bis 500 Typhuserkrankungen. In den südlichen Ländern ist der Typhus epidemisch. Und wenn Sie z.B. in die Türkei reisen. Also vor einer Balkanreise empfehle ich Ihnen auf jeden Fall eine Schutzimpfung mit Typhoral. Mich wundert so und so, daß der Typhus hier nicht häufiger auftritt, wir haben hier 4 Millionen Gastarbeiter ..."

Bei TBC, der „Proletarierkrankheit":

„Von Bedeutung ist eine hygienische Belehrung aller Volksschichten ... Mit Hilfe der Meldepflicht

Bei TBC, der „Proletarierkrankheit":
„Von Bedeutung ist eine hygienische Belehrung aller Volksschichten ... Mit Hilfe der Meldepflicht

werden alle Erkrankten den Fürsorgestellen gemeldet und von hier aus wird versucht, die Infektionsquelle durch systematische Umgebungsuntersuchungen aufzuspüren. Leider fehlt immer noch die gesetzliche Handhabe für eine Zwangsasylierung solcher asozialer Elemente ..."

„Mit Dummheit geschlagen"

Oft wird der Arzt zu verschleppten Krankheitsfällen zugezogen, nachdem die Laien mit allen möglichen ‚Stopfmitteln' wie Schokolade oder mit Arzneien, ohne Einhaltung von Ruhe und Diät herumprobiert haben ..."

Wer hier hetzt? Es gibt einen Spruch, der geht: „An jedem zehnten Klinikbett wird ein Ordinarius fett." Diese von reaktionärer Hetze gegen die werktätigen Massen triefende „Wissenschaft" solcher Leute wie Brauss, Direktor und Professor am hygienischen Institut in Heidelberg, oder des Professor Schettler, Professor der Inneren Medizin, oder des weit verbreiteten Lehrbuchs der „Inneren Medizin" vom Herausgeber H. Dennig, sie macht sie fett. Was ist nach diesen h.c.'s die Ursache des frühzeitigen Verschleißes der Arbeitskraft, der die Lebenszeit der arbeitenden Massen verkürzt? Die Trägheit der Massen, die nicht mal mehr selbst heizen und zu Fuß gehen, ihre unsagbaren Verschwendungssucht – sie heizen immer, zu viel und Sommer wie Winter, sowohl in der Wohnung wie im Auto, die Freßsucht und die Hetze vor dem Fernsehapparat, die Dummheit, wenn sie sich schon mal selbst behandeln wollen, sieht man's ja, vor allem aber ist die Ursache, daß die Massen sich nicht waschen. Was machen diese Herren, wenn ein Arbeiter, verschlissen und krank durch die kapitalistische Profitproduktion, zur Behandlung in ihre Hände fällt? Sie lassen sie waschen. Den Arbeiter macht das nicht gesund, die Professoren und Ordinarien macht es reich. Brauss, aus diesen Mitteln Schwimmbad-, Villen- und Pferdestallbesitzer, kassiert damit über sein normales Professorengehalt hinaus mindestens eine halbe Million Mark im Jahr. Das gewähren diesen Lumpen die Kapitalisten großzügig, über die Schmiere für ihre „Wissenschaft" hinaus.

		1977
Wissenschaftliche Mitarbeiter an der Hochschule	A 15	3405,82
Leitender akademischer Direktor, Professor	A 16	3802,97
Direktor der Bundeszentrale für wissenschaftliche Aufklärung Direktor des Deutschen Instituts für medizin. Dokumentation und Information	B 3	5970,97
Verheiratet, 1 Kind, sechs Jahre im Dienst		

Kündigungsgrund: „Vertrauensvolle Zusammenarbeit gestört"

Stadtrat und Chefarzt fürchten Zusammenschluß gegen kapitalistische Rationalisierung und Rentnermord

Hannover. Am 3.11. hat der Personalrat des Krankenhauses Siloah dem Kündigungsantrag der Stadt Hannover gegen den Assistenzarzt A. Lampe zugestimmt. Dies ist der Schlußstrich, den der Chefarzt Uter mit seinen vier Oberärzten Dr. Nagel, Klinghammer, Wehling und v. Gösseln und mit tatkräftiger Unterstützung des Stadtrats Beste unter ihre Verbrechen ziehen wollen. Kündigungsgrund: „Gestörte vertrauensvolle Zusammenarbeit." A. Lampe hatte aufgedeckt, daß der Chefarzt den Originaltotenschein für die Rentnerin E. Lueg, von A. Lampe auf „unnatürlichen Tod" ausgestellt, hatte verschwinden lassen, um ihn durch einen gefälschten mit der Eintragung „natürlicher Tod" zu ersetzen. Nachdem die Herren bei einem Antrag, der Dr. Lampe auffordern sollte, selbst zu kündigen, im Sommer bei ihren Assistenzärzten eine Schlappe erlitten hatten (nur vier stimmten dem Antrag zu, zwei dagegen und zwei enthielten sich der Stimme), haben sie nun einen anderen Weg gefunden: Am 8.9. legte der Chefarzt zusammen mit seinen vier Oberärzten den Assistenzärzten den Kündigungsantrag vor und auf der Sitzung war viel von „hoher ärztlicher Verantwortung", von Reinhaltung der „offenen medizinischen Wissenschaft", die die dienstliche Verschwiegenheit erforderlich mache, und von Sicherung der Weiterbildung der Assistenzärzte die Rede. Jeder weiß: Wer wann Facharzt wird, entscheidet mit erheblichem Ermessensspielraum der Chefarzt. So war der Kündigungsgrund „prozeßfähig" gemacht, wie auch sonst?

Eingeschlagen hatte zuvor die kämpferische Personalversammlung im Städtischen Krankenhaus Nordstadt vom 5.9. Isoliert hatten sich die Vertreter der Dienstaufsicht. 300 Beschäftigte beschlossen einmütig gegen fünf Stimmen der Dienstaufsicht, die Beschäftigten der medizinischen Station 8 in ihrem Kampf gegen die Verrottung der Krankenversorgung zu unterstützen und sich mit ihrem Protest an die Bevölkerung Hannovers zu wenden. Gewerkschaftseintritte folgten, der sozialdemokratisch geführte Personalrat wurde angegriffen.

Im Krankenhaus Siloah steht der nächste Konflikt zwischen Beschäftigten und Dienstherr bevor: Was geschieht mit der Station 6, die heute noch mit über 30 Betten leersteht? Siechenstation zur Beschleunigung des Todes der Rentner mit so wenig Personal, daß aus Krankenpflegern Krankenwärter werden? Planen tut es die Bourgeoisie, aber trauen tut sie sich nicht. Und im Cecilienstift? Stillegung des Krankenhauses steht bevor. Dagegen gibt es heftigen Widerstand. Also versucht die Bourgeoisie die Säuberung. Spaltung ist die Methode, Unterdrückung das Mittel, mit dem die Bourgeoisie ihr Kostendämpfungsgesetz versucht durchzusetzen. Arzte nach langem, teurem Studium mit 3000 DM netto statt als Vertreter der Dienstaufsicht auf Seiten der Beschäftigten im Kampf gegen Rationalisierung, Unterdrückung und auch im Lohnkampf – das ist unerträglich für die bürgerliche Klasse. Sie braucht die Ärzte als Aufpasser, Antreiber und Spitzel gegenüber den Arbeitern und Angestellten im Krankenhaus sowie gegenüber den kranken Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten.

Stadtrat Klaus Beste versuchte am 14.9. weiter zu spalten und droht den 15 Unterzeichnern der „Siloah-Resolution", die den Siebenstundentag und eine bessere Krankenversorgung gefordert haben, mit „strafrechtlichen Konsequenzen". Er wollte, daß die fünfzehn sich einzeln vor ihm rechtfertigen sollten, doch haben die 15 Unterzeichner diesen Spaltungsversuch durchkreuzt und sich in einem gemeinsamen Brief konkret gegen Rationalisierungsmaßnahmen gewandt und Beste aufgefordert, sich vor der Personalversammlung zu rechtfertigen.

Nützlich war für die Bourgeoisie die Personalunion des Chefarztstellvertreters und Personalratsvorsitzenden in der Person des Oberarztes Dr. Klinghammer: Am 23.9. ließ er im Namen des Personalrats Siloah ein Rundschreiben durch's Haus gehen, in dem den Unterzeichnern der Resolution „Arbeitsvertragsverletzung" vorgeworfen wurde. Bis Donnerstag haben sich die Angehörigen der Rentnerin Lueg gegen die Kündigung von A. Lampe ausgesprochen sowie zwei Ärzte und 15 Schwestern, Krankenpflegehelfer und Angestellte der Hals-Nasen-Ohren-Klinik Ellernstraße. An der Forderung: „Weg mit der Entlassung von A. Lampe" wird festgehalten. Wird sie fest verbunden mit dem Aufbau der Front gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und gestärkt durch die Verbindung der Beschäftigten in den Krankenhäusern mit den Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten, dann kann sie auch durchgesetzt werden. – (Bezirk Hannover/N-Red.)

Sterbehelfer Pätzold: „Ein Übermaß an Arbeit ist noch nicht schädlich für das Herz."

Westberlin. „Haben Sie gestern in aller Ruhe – also ca. 15 Minuten lang – gefrühstückt?" Dies ist die erste Frage des „Eß- und Trimm-Tests" aus der Broschüre „Essen und Trimmen – beides muß stimmen", herausgegeben im Auftrag der Bundesgesundheitsministerin Focke. Hat man sich noch nicht einmal die „Ruhe" nehmen können, weil man um sechs zur Arbeit muß, und ißt dann, wenn mal ein paar Minuten Zeit sind, ist man „sozusagen prädestiniert für eine unserer Zivilisationskrankheiten".

Den Massen gehts zu gut, sie fressen zu viel, damit muß Schluß sein, brüllen die Bourgeois. „Worauf es ankommt, ist maßhalten. Das gilt für Beruf und Freizeit, für Essen und Trinken – und insbesondere für die beiden Genußmittel Nikotin und Kaffee. (...) Ein Übermaß an Arbeit ist noch nicht schädlich für das Herz. Entscheidend ist, wie wir mit unserer Arbeit fertig werden."(„Gesundheit für Herz und Kreislauf", Hrsg.: Senator für Gesundheit und Umweltschutz)

Ehrenbergs Mordgehilfe, der Westberliner Gesundheitssenator Pätzold, hat vom 24. 10. bis 28. 10. in allen Westberliner Bezirken unter dem Motto „Vorbeugen ist besser als heilen" die Woche der Gesundheit durchführen lassen. Was die Bourgeoisie will, hat Pätzold in einem Interview herausgelassen: „Viele Menschen halten Krankheit immer noch für ein Schicksal, sie sehen gar nicht, daß sie dieses Schicksal oft selbst herbeiführen: Fehlernährung, zu wenig Schlaf, zu wenig Bewegung, kein Sport, zu viel Streß ohne Ausgleich. Deshalb haben wir noch mal diese Woche der Gesundheit unter das Motto ‚Vorbeugen ist besser als heilen' gestellt und möchten auch, daß wir von der heilenden Medizin wegkommen."

Den Massen sollte eingetrichtert werden, daß sie Schuld sind an ihren Krankheiten und jetzt Schluß sein muß, daß sie „sich darauf einrichten, daß, wenn sie krank werden, sie geheilt werden wollen". Denn: „Damit können wir auch der Gesellschaft, der Gemeinschaft, sehr viele Kosten ersparen."

Ideologisches Sperrfeuer der Bourgeois, um diese Art „Kostendämpfung" überall durchzusetzen. Bei AEG-Brunnenstraße wurde vor zwei Wochen ein Arbeiter, der einen Schlaganfall hatte, nach kurzer Zeit vom Betriebsarzt wieder an die Arbeit geschickt. Die Arbeiter haben das nicht zugelassen und dafür gesorgt, daß er nach Hause gehen konnte. Täglich erfahren sie, daß es die kapitalistische Profitproduktion ist, die ihre Gesundheit ruiniert. Sie werden die Kapitalistenklasse stürzen. Pätzold wird sich dann über Mangel an Bewegung nicht beklagen können. – (Bezirk Westberlin/N-Red.)

Glatter Blattschuß

Die Kapitalisten haben Probleme mit ihren bewaffneten Polizeiformationen: Sie morden sich selbst darnieder.

Die Helden der GSG 9, nachdem sie in Mogadischu Blut gerochen haben, haben sich bei der Bewachung eines Minister-Bungalows gelangweilt und ein bißchen mit den Waffen herumgemacht – Herzschuß. Gut ausgebildet sind sie, beim Cowboy-Spielen sich selbst so gezielt niederzumetzeln ist auch eine Orden wert – aber nicht der Sinn der Sache.

Perlen vor die Säue geworfen – für die Kapitalisten sozusagen eine Provokation, deshalb den Vorfall schnell als „Unfall" zu den Akten legen, die Polizei ausrichten auf den Klassengegner die sich organisierende Arbeiterklasse. Denn da liegt für die Herrschaft der Kapitalisten die Hauptgefahr. Die Bourgeoisie bereitet sich organisiert auf die Zerschlagung der Revolution vor, sie weiß, es wird Revolution geben. So rasseln ihre Hüter vom Scheitel bis zur Sohle mit den Säbeln. Allein mit Waffengewalt wird sie nichts ausrichten können gegen eine einheitliche operierende Arbeiterklasse mit einer bewußten Führung. Zersetzen, Bespitzeln, Isolieren, Teile des Volkes für die Konterrevolution gewinnen, das streben die Bourgeois an. Verschiedene Kampagnen haben sie gestartet. Motto: „Die Bürgerfreundlichkeit der Polizei". Der „Freund und Helfer" muß dafür herhalten, der Verkehrspolizist, den es überhaupt nicht mehr gibt. Einen weiteren Hilferuf läßt die Natter Scheel ertönen: „Ohne die Unterstützung und die Mithilfe der Bürger aber steht sie (die Polizei / Red.) oft auf verlorenem Posten". Das war vor der Mobilisierung der Massen anläßlich der Großfahndung. In diesen Tagen gab sich die Polizei in Braunschweig „bürgerfreundlich" und lud zu einer Versammlung ein. Fazit: „Die Bürger sind polizeifern" – nur 180 Menschen waren erschienen, davon „fast zwei Drittel Polizeibeamte" (Braunschweiger Zeitung, 3.11. 77), das andere Drittel kann man sich denken.

Erledigt ist damit die Sache nicht, jedenfalls nicht für die Arbeterklasse. Polizeifern – sich raushalten, geht nicht. Auch auf dem Boden kann der Polizeiapparat gedeihen, das macht sie auch frech. Die zahlreichen Polizeimorde legen darüber ein Zeugnis ab, die Verhetzung der Polizei zeigt ihre Wirkung.

Den Polizeiapparat zersetzen, ihn handlungsunfähig zu machen, die Oberen vor den Unteren bloßstellen, der Lächerlichkeit preisgeben, gelingt, wird der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuterordnung umfassend geführt für Demokratie und Sozialismus. – (N-Red.)

Spaltung nach dem Lehrplan: Diesbezügliches aus Schulbüchern

In einem Leselehrgang für die Grundschule, der in der Egestorff-schule in Hannover benutzt wird, kann man lesen:

„Vater, Mutter, Jan, Jutta und Tilo:
alle reden, jeder will helfen
Jutta und Vater waschen ab
Mutter kocht
Jan holt Tilo ab
Jutta und Tilo kaufen ein
Tilo will den Tisch wischen
Jeder macht sein Bett"

Jedem Kind, das aus seiner Erfahrung weiß, daß die Eltern Gegenschicht machen müssen, das weiß, daß die Eltern sowieso nicht zu Hause sind, wenn es kommt, wird sich der Magen umdrehen bei dieser Idylle. In der Schule zu erzählen, daß es zu Hause ganz anders zugeht, wird es sich nicht trauen. Auch wenn die Kleinen es noch nicht wisssen, sie spüren es, daß das, was sie über die Schichtarbeit der Eltern dem Lehrer erzählen oder darüber, daß es dauernd Krach gibt wegen des Geldes, als „zerrüttete Familienverhältnisse" in die Kartei eingeht oder auf den Konferenzen so behandelt wird. Im neuen Schülerbegleitbogen, den Kultusminister Remmers statt der Noten in Klasse zwei und drei eingeführt hat, wird dann stehen: „Kann leichte geübte Texte nicht ohne Schwierigkeiten lesen, hat das Ziel des Leselehrgangs nicht erreicht!"

Im Sprachbuch für die achte Klasse Hauptschule soll gelernt werden: „Satzmuster sind Grundformen deutscher Sätze". Die Schüler sollen lernen, Haupt- und Nebensätze zu bilden. Es wird im Text festgestellt, daß um 1817 herum Gummi nur bekannt war als Radiergummi oder als Regenmantel! Im Sommer wurde der Kautschuk im Regenmantel klebrig, im Winter brüchig. „Damit mußte man sich eben abfinden, hier beginnt die Geschichte von dem Mann aus Philadelphia, der sich damit nicht abfinden wollte: Charles Goodyear!" Und weiter: „Charles hatte als Zwanzigjähriger von seinem Vater eine kleine Fabrik für Regenmäntel geerbt!" So wird die Entstehung des größten Kautschukkonzern Goodyear dargestellt, jeder ist schließlich seines Glückes Schmied und dumm waren halt diejenigen, die sich mit den schlechten Eigenschaften des den schlechten Eigenschaften des Kautschuks abgefunden haben. Die Erfahrungen der Arbeiterklasse, daß das Kapital aus der Ausbeutung der Arbeiter kommt, wird systematisch verwischt. Lernziel: Bilde Haupt- und Nebensätze! Wer das Lernziel nicht erreicht, weil er das nicht fressen will, was ihm dort an bürgerlicher Ideologie eingebleut werden soll, ist lernunwillig. Die Arbeiterjugend soll gespalten werden über solche Inhalte.

Im Lehrplan ist für alle 7. Klassen vorgesehen, im Mathematikunterricht Dreisatzaufgaben zu rechnen. An den Hauptschulen Hannovers werden oft noch die zehn Jahre alten Bücher „Welt der Zahl" verwendet. Da arbeiten die Arbeiter für 4,36 DM die Stunde und das 45 Stunden die Woche. Wieviel Lohn soll man den Arbeitern auszahlen, wieviel Arbeiter soll man anstellen, das soll sich die Arbeiterjugend überlegen, gleichzeitig soll ihnen weisgemacht werden, daß es ihren Arbeitervätern doch gut geht, bei einem Lohn von 8,90 oder 10 DM. Daß der Lohnkampf nicht notwendig ist. Wer sich weigert, das einzusehen, bekommt eine Fünf oder Sechs, damit er als Hilfsarbeiter für noch weniger arbeiten gehen muß.

Der Kampf der Jugend gegen das Notensystem ist gerecht und muß unterstützt werden. Es wird aber nicht gehen ohne Ausbildung der Arbeiterjugend in der Tradition der Arbeiterbewegung. Man muß den Lehrern schon auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus nachweisen, was die Wahrheit ist. Dazu dient die Veranstaltungsreihe zur deutschen Geschichte, die der KBW für die Arbeiterjugend durchführt.

Erfolgreiche Jugendversammlung bei der AEG-Schiffbau in Hamburg

Der Zusammenschluß erfordert politische Klarheit

Bei der AEG (Schiffbau) sind wir 160 Lehrlinge. 21 davon sind in der Stufenausbildung in der I. Stufe (zwei Jahre) Elektrogerätemechaniker und Elektroanlageninstallateur. Diese dient dazu, daß wir möglichst früh in der Produktion eingesetzt werden können. Die AEG beutet wie alle anderen Kapitalisten, trotz allem sozialen Gerede, die Arbeiterjugend aus. Der Beweis ist die Ausbildung in der Schlosserei, wo die Lehrlinge ab dem zweiten Lehrjahr Produktionsarbeit machen, als Hilfskräfte eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden, und nur 360 DM netto bekommen. Es gab einzelne Kämpfe gegen die Ausbildungsleitung. Wir erkannten jedoch daran, daß diese scheiterten, daß wir uns gegen die AEG-Kapitalisten zusammenschließen müssen. Wir lernten aus den Erfahrungen der letzten Jugendvollversammlungen. Richtig ist es, daß wir uns um Forderungen zusammenschließen müssen. Wir gründeten im Betrieb eine gewerkschaftliche Jugendgruppe der IG Metall, in der 25 Lehrlinge mitmachen, und verteilten als ersten Schritt des Kampfes vor der JVV ein Flugblatt mit der Forderung Essensgeld während der Blockzeiten. 120 Lehrlinge aus allen Lehrjahren kamen zu der Versammlung. Sie berichteten, daß sie 130 DM zusätzlich für Essen im Blockunterricht ausgeben müßten. Sie sind bis 15 Uhr in der Schule, da muß man was essen. Anhand seiner Lage erklärte ein Lehrling, wieso er dies nicht zusätzlich tragen kann und warum er die Forderung von Jugendvertretung und Jugendgruppe unterstützt, die 6,70 DM, die wir in der Firma beim Essen von der AEG zusätzlich bekommen, auch während des Blockunterrichts zu kriegen. Alle waren sich einig, daß dieses Geld, etwa 100 DM mehr für alle, wir sofort haben wollten. Unser Zusammenschluß war so stark, daß unser Ausbildungsleiter erklären mußte:

„Ich bin ja auch nicht dagegen, aber ich bin dafür nicht zuständig!" Da wir ausgegangen sind von unseren Interessen und uns zusammengeschlossen haben um eine Forderung, der Druck dadurch groß war, mußte der Betriebsrat erklären, daß er voll und ganz hinter der Forderung steht und sie bei der Geschäftsleitung vortragen wird.

Dieser Erfolg bot die Grundlage für einen weiteren Angriff auf die Stufenausbildung. Wir griffen den Zensurendurchschnitt von 3,0 praktisch und 3,2 theoretisch, den man erreichen muß, um in die zweite Stufe zu kommen, als Aussortierung durch die AEG an, die nicht in unserem Interesse ist. Ein Redaktionär, der bei der letzten JV-Wahl als Kandidat von der Geschäftsleitung vorgeschickt wurde und durchgefallen ist, erklärte, daß jeder, wenn er fleißig sei, in die zweite Stufe kommen könnte, wenn er dies selbst wolle. Daß dies nicht von unserem Willen abhängig ist, zeigt der Zensurendurchschnitt. Wir können zwar „frei wählen", nicht in die zweite Stufe zu kommen, aber nie umgekehrt. Das bestimmt die AEG nach ihrem Facharbeiterbedarf. 50% aller Lehrlinge bei der AEG, die in der Stufenausbildung sind, werden in Westdeutschland nicht in die zweite Stufe übernommen. Unter uns wird Konkurrenz und Spaltung gefördert, woran wir kein Interesse haben. Die AEG will uns möglichst früh in die Produktion schicken, auf der anderen Seite aber eine Facharbeiterreserve haben. Als dies enthüllt wurde, sprang der Ausbildungsleiter auf und gab eine politische Erklärung ab: Nicht Aufsichtsräte und Vorstände der AEG hätten die Stufenausbildung eingeführt, sondern die Bundesregierung, und er verwahre sich dagegen, daß irgend jemand von den AEG-Kapitalisten Einfluß auf diese hätte. Lügen haben kurze Beine.

„Wenn das so wäre", so ein Lehrling, „dann könnte er ja alle in die zweite Stufe übernehmen und den Zensurenschnitt fallen lassen." Ein Lehrling z.B. soll nicht übernommen werden, weil er zwei oder vier Zehntel (!) unter dem Schnitt liegt. Dieser Schnitt wurde dadurch von uns angegriffen, indem wir die Noten als Mittel der Spaltung und Aussortierung angriffen. Der Ausbildungsleiter gab seine Erklärung unter dem Druck der Beiträge deshalb ab, weil die AEG-Kapitalisten fürchten, daß wir erkennen, daß dieser Staat ein Staat der Kapitalistenklasse ist. Immer wieder wurde von den Jugendlichen gefordert, daß die Stufenausbildung weg muß und jetzt alle übernommen werden müssen. Als die Jugendvertretung in ihrem Schlußwort diese Forderungen zusammenfaßte und begründete, wurde sie andauernd vom Ausbildungsleiter unterbrochen. Diesem wurde klargemacht, daß dies unsere Versammlung ist. Unter dem Druck unseres Zusammenschlusses huschte er mit seinen Meistern unter dem Arm unter dem Beifall der Lehrlinge aus dem Saal. Die Lehrlinge aus dem ersten Lehrjahr, die gerade angefangen haben, hatten jetzt schon gelernt, daß nur der Zusammenschluß gegen die Kapitalisten uns voranbringt. Wir führten die JVV eigenständig fort. Jugendvertretung und Lehrlinge berichteten über den Kampf um die Schlosserausbildung. Hier hatten die Jugendlichen schon die Produktionsarbeit verweigert, weil sie nur als billige Hilfskräfte eingesetzt werden. Da aber die Frage der Ausbeutung nicht politisch geklärt war, konnte die Front wieder gespalten werden. Erst ein gewerkschaftliches Seminar, auf dem wir theoretisch die Fragen der Ausbeutung und des Wertes der Ware Arbeitskraft klärten, gab dem Zusammenschluß festeren Grund. Die Forderung wurde von den Lehrlingen zusammen mit dem Betriebsrat und der Jugendvertretung dem Ausbildungsleiter vorgetragen. Dieser versprach viel und tat nichts, weil hier die grundlegenden Interessen der AEG-Kapitalisten an der Ausbeutung der Arbeiterjugend angegriffen wurden. Auf der Jugendvollversammlung forderten wir nun einen Ausbildungsplan, den er innerhalb der nächsten vier Wochen vorzulegen hat, in dem bis ins Detail aufgeführt wird, an welchen Maschinen wie lange die Jugendlichen stehen und welche theoretische Unterweisung sie erhalten.

Dieses soll so festgelegt werden, daß wir es kontrollieren können. Diese Diskussion drehte sich darum, daß wir, die Arbeiterklasse, die Ausbildung selber in der Hand nehmen müssen.

Ein Jugendlicher sagte, er will nicht nur so ausgebildet werden, daß er sein Leben lang bei der AEG bleiben muß, sondern daß er seine Arbeitskraft überall verkaufen kann. Die Erkenntnis wächst, daß die Arbeiterklasse und ihre gewerkschaftlichen Organe die Berufsausbildung selber kontrollieren müssen. Alle Fragen, die wir auf der JVV behandelten, machten immer deutlicher, daß wir kein gemeinsames Interesse mit den AEG-Kapitalisten haben. Indem wir politisch die Frage der Ausbeutung klären und der Kommunistische Jugendbund die Auseinandersetzung um die Forderung nach Einheitsschule führt, schaffen wir feste Grundlagen für den weiteren Kampf, z.B. im Tarifkampf für 220 DM mehr. Unsere Forderungen wollen wir auf der Belegschaftsversammlung den 3000 Arbeitern vortragen. Wir haben auf der JVV viel gelernt. Man muß die Lage politisch klären, um sich richtig zusammenschließen zu können.

Weitere Schritte werden in der nächsten Woche in der Betriebsjugendgruppe besprochen. – (KJB Metallzelle – Bezirk Hamburg-Unterelbe)



Bremen. 3500 Schüler demonstrierten am 3.11.1977 erneut gegen die Verlegung des Abiturs. Ihre Forderungen: Keine Verschiebung der Abiturstermine! Abiturstermine vor den Osterferien! Keine Zulassungsbeschränkungen zum Abitur! Weg mit den Normbüchern! Keine Genehmigungspflicht für Kurse in der neugestalteten Oberstufe! Streik- und Vollversammlungsrecht!

Christliche Arbeiterjugend (CAJ) – Bourgeoisrattenfänger, angesetzt auf die rebellische Jugend

„Herr Jesus Christus, wir opfern Dir jeden unseren Tag, unsere Arbeit, unsere Kämpfe, Freuden und Leiden."

„30 Jahre CAJ – wir bauen die Zukunft", unter dieser Überschrift will die CAJ (Christliche Arbeiterjugend) ihren 30. Jahrestag feiern. Laut „Kirchenbote" (Zeitung des Bistums Osnabrück) vom 30. Oktober werden 350 Teilnehmer aus dem Raum Osnabrück an dem Fest teilnehmen. Die CAJ hat regen Zulauf im Raum Osnabrück. Besonders was die ländlichen Gegenden betrifft.

Der Grund ist darin zu suchen, wie die Lage der Jugend in diesen Dörfern ist. Für die Jugend gibt es kaum Möglichkeiten des Zusammenschlusses und des Planens gemeinsamer Aktivitäten auf dem Land. In Wallenhorst z.B. (12 km von Osnabrück entfernt) gibt es keine Fabriken, gibt es keine Industrie. Die Bevölkerung ist gezwungen, Arbeitsstellen weit außerhalb von Wallenhorst anzunehmen und der größte Teil arbeitet in Osnabrück. Dasselbe gilt für die Jugend. Die einzigen Möglichkeiten, wo die Jugendlichen sich treffen, sind Kneipen oder eben diese Kirchengruppen. Zum CAJ gehen sie, weil, wie sie selber sagen, „die machen was und das ist allemal besser, als sich in den Kneipen den Kopf vollzuhauen". Von der CAJ in Wallenhorst werden Sommerlager organisiert, Wanderungen, Fußballturniere, verschiedene Arbeitsgemeinschaften wie zum Beispiel einen Filmclub usw.

Man sollte aber nicht glauben, es wären „nur" Freizeiten, die die CAJ organisiert. Es sind politische Aktionen, in denen der „christliche Glaube" verbreitet wird, jeglicher Drang der Jugend nach Veränderung der Gesellschaft unterdrückt werden soll.

Die CAJ will in die Betriebsarbeit und Jugendvertreterwahlen eingreifen unter dem Titel „Wir haben ein Recht auf Arbeit". Im Rahmen dieser Vorhaben sind Studien vorgesehen über die „Geschichte der Arbeiterbewegung – Jugendarbeitslosigkeit – Jugendvertreter im Betrieb – und Internationale Bewegung". Und wie sie sich dieses Eingreifen ideologisch vorstellen, geht aus einem Gebet der CAJ gut hervor. „Herr Jesus Christus, wir opfern Dir jeden unseren Tag, unsere Arbeit, unsere Kämpfe, unsere Freuden, unser Leiden. Laß uns wie auch alle unsere Schwestern und Brüder in der Welt der Arbeit denken wie Du, arbeiten wie Du, leben in Dir.

Gib uns die Gnade, Dich mit ganzem Herzen zu lieben und Dir mit allen Kräften zu dienen. Dein Reich komme in die Fabriken, die Werkstätten, die Büros und in unsere Häuser. Gib, daß alle, die heute in Gefahr sind, in Deiner Gnade bleiben und schenke den Verstorbenen Deinen Frieden. Besonders bitten wir Dich um ... Herr Jesus Christus, in Deiner Liebe, segne die arbeitende Jugend. Herr Jesus Christus, heilige uns und unsere Familie. Herr Jesus Christus, Dein Reich komme durch uns und unsere Arbeit. Maria, Königin der Apostel, bitte für uns. Amen."

In der Zeitung „Neue Erde" vom Dezember 1976 steht ein Artikel über eine Betriebsbesichtigung bei Karmann: „Schlagbaumwärter. Irgendetwas ungeheuer Wichtiges, Geheimnisvolles scheint hier zu beginnen. Eine eigene Welt, ein Staat im Staat." In dem ganzen Artikel nur Hilflosigkeit und Resignation. Die Geschäftsleitung und Konstruktionsbüros nehmen mysteriöse Formen an. Die Maschinen sind riesige Ungeheuer aus einer anderen Welt. „Fließbänder so weit man sehen kann. Die Halle verschwindet im Dunst, Lärm und wirren Gestänge." Die Arbeiter haben „leere tote Gesichter, Gesichter, in denen die Wildheit und Sinnlosigkeit des Lebens geschrieben steht". Für die CAJ sind die Arbeiter willenlose Sklaven oder „Roboter", wie sie sie nennen. Daß die Arbeiter gegen ihre elende Lage kämpfen, darüber schreiben sie nicht. Stattdessen versuchen sie insgesamt zu spalten. An Streik ist gar nicht zu denken, weil die Arbeiter sich nicht einig sind und „jeder versucht, auf den Knochen der anderen hochzukommen".

Ein gefundenes Fressen für die Kapitalisten, das sie unbedingt fördern wird. Dieselbe Linie für ihre Kampagne gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Schon allein der Name der Kampagne ist bezeichnend: „Berufsvorbereitungsaktion". Da haben die Schüler „Angst", keinen Ausbildungsplatz zu finden. Und der „Lehrstellenmangel" zwingt die Schüler dazu, „Berufe einzugehen, die nicht ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechen". Und die „Berufsberatungen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein" usw. Es ist nicht die Profitproduktion, die angegriffen wird, und das Interesse der Kapitalisten, die Jugend in die Fabriken zu pressen. Es ist auch nicht der Staat, der angegriffen wird, der mit seinen Gesetzen die Arbeitslosen dazu zwingt, jegliche Arbeit für jeglichen Lohn anzunehmen, somit die Fabriken in Zwangsarbeitslager verwandelt. Das ganze wird dann noch gewürzt mit einer kräftigen Prise Chauvinismus. Auf der „Internationalen Solidaritätsseite" der Zeitung „Neue Erde" schreibt die CAJ: „Wir essen Apfelsinen aus Marokko, wir trinken algerischen Rotwein. Wir essen Erdnüsse und Bananen aus Ghana ... Wir leben nicht mehr europäisch, sondern weltmännisch." Und dann kommt's ganz dick. „Wo sind die Berichte über die vielen schwarzen und weißen Albert Schweitzers im Schwarzen Kontinent, die ihnen helfen, den Sprung ins 20. Jahrhundert zu tun?" Man könnte auch sagen, hört zu, Kapitalisten, ihr habt eine Welt zu erobern.

Aber es ist gerade auch die rebellische Jugend, die sich dort organisiert hat. Man erkennt es, wenn man die Zeitung „Neue Erde" durchblättert, die monatlich erscheint und die einen Umfang von 30 Seiten hat, von den Jugendlichen in Wallenhorst erstellt und herausgegeben wird. Die Mitglieder der CAJ und Kirchengruppen wollen kämpfen. Weswegen sollen sie sich sonst organisieren? Der Bund der katholischen Jugend in Hagen spricht sich ausdrücklich für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Namibia aus, und auf einer Solidaritätsveranstaltung gegen die Apartheidspolitik hat der BDKJ ausdrücklich die Swapo unterstützt.

Dieser Geist des Kampfes muß gefördert werden. Wir werden von seiten des KJB Osnabrück-Emsland an den BDKJ Hagen und den CAJ Wallenhorst herantreten, um sie für den Kampf des Volkes von Zimbabwe zu gewinnen, damit sie gemeinsam mit uns die Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" durchführen. – (Zelle Karmann – Bezirk Osnabrück-Emsland)

Warum es Festgeld sein muß

Hamburg. 22 Schauerleute des Gesamthafenbetriebs haben auf der Betriebsversammlung einen Antrag zum Lohnkampf eingebracht. Auf der Betriebsversammlung wurde dieser Antrag als Material angenommen: „Gegenwärtig verschlechtert sich die Lebenslage der Arbeiterklasse immer mehr. Die letzte Lohnerhöhung von 6,7% konnte schon zu Beginn nicht die erhöhten Preise auffangen. Trotzdem sollen wir noch weitere vier Monate damit auskommen.

Der tägliche Kleinkrieg ums Schutzgeld, die Tatsache, daß der Gesamthafenbetrieb für uns nicht einmal im ersten Stock beim Umkleideraum die Duschen einbauen will und die Weigerung, uns Gesamthafenarbeitern die tägliche Ausschaustunde als Überstunde zu bezahlen, ist ein Beweis, wie schroff und unversöhnlich sich die Interessen der Kapitalisten und Arbeiter gegenüberstehen. Der Kapitalist will noch mehr Profit aus den Arbeitern herauspressen, die Arbeiter müssen sich dagegen zusammenschließen und schränken so den Profit ein. Wer sich wie weit durchsetzt, wird durch Kampf entschieden. Freiwillig läuft nichts.

Entsprechend hart wird der kommende Lohnkampf werden. Deshalb muß man früh an die Diskussion um die Forderungen gehen, damit man sich von den Betrieben aus einigen kann. Es geht sowohl um den Lohntarif (jährliche Lohnerhöhung) als auch um den Lohngruppen-Rahmenvertrag (Art und Anzahl der Lohngruppen), der erstmalig zum 31.12.77 gekündigt werden kann. (...)

Unsere Forderungen zum Lohntarif: Ein einheitlicher Betrag für alle Lohngruppen muß her. Nicht unter 220 DM.

Begründung: Mit dem gegenwärtigen Lohn ist jeder, der eine Frau und Kinder ernähren muß, zu Doppelschichten gezwungen oder zu Wochenendarbeit. Dadurch kann man zwar leben und die nötigen Anschaffungen z.B. für ein Auto für den Weg zur Arbeit machen und auch etwas für den Urlaub sparen. Aber man bezahlt dies mit der Gesundheit und mit Verkürzung des Lebens. Das ist den Kapitalisten gerade recht. Wird doch dadurch an Renten gespart, und die Rentengelder können vom Staat für Subventionen an die Kapitalisten verwendet werden. Daran haben aber wir kein Interesse. Deshalb brauchen wir einen Lohn, der zum Leben reicht, auch wenn man nur die Pflichtschichten arbeitet. Dazu sind 220 DM eher zu wenig als zu viel. Man braucht da nur an die Mehrwertsteuererhöhung ab 1.1.78 zu denken und sich durch das Gerede um Steuersenkung nicht vom Lohnkampf abhalten lassen. Ein einheitlicher Betrag muß es sein, weil gerade die unteren Lohngruppen die Lohnerhöhung viel dringender brauchen, um überhaupt das Existenzminimum zu erreichen. Bei Prozent-Erhöhung erhalten z.B. die Schiffsvizen um ca. ein Drittel mehr als Schauerleute und die Unterschiede zwischen den Lohngruppen werden vergrößert, was nur wieder eine größere Spaltung bringt."

In den folgenden Metallbetrieben sind Beschlüsse zum Lohnkampf gefaßt worden:

Vertrauensleutekörper Berthold in Westberlin 210 DM. Arbeiter der Abteilung Maschinenbau der Firma Brötje in Rastede 220 DM. 60 Arbeiter der Bremer Werkzeug- und Maschinenbau GmbH 200 DM. 18 Arbeiter von IWT in Lübeck wollen auf der nächsten Betriebsversammlung 220 DM, Siebenstundentag, 35-Stundenwoche einbringen. Bei Kromschröder in Osnabrück hat die Abteilung Kleinteilfertigung – dort werden nur Frauen beschäftigt – 220 DM aufgestellt.

In der ÖTV beschlossen weiterhin folgende Gremien Festgeld: Mitgliederversammlung Medizinische Hochschule Hannover am 2.11.77, 200 DM. Mitgliederversammlung der Technischen Universität Hannover am 31.10.77, 180 bis 200 DM. Neun Beschäftigte der Abteilung Klinische Chemie an der MHH Hannover an den Vertrauensleutekörper, 200 bis 220 DM. Betriebsjugendgruppe Krankenhaus Braunschweig, 200 DM. Vertrauensleutekörper der Stadtwerke Hannover am 3.11.77, 250 DM. Bereichtsmitgliederversammlungen TU Braunschweig, 200 DM. Kinderkrankenpflegeschülerkurs Holwedestraße Braunschweig, 200 DM. Bereichsversammlung Freie Universität Westberlin, 220 DM, ein anderer Bereich 190 bis230DM.Am 1.11. hat der Vertrauensleutekörper der ÖTV an der Universität Bremen folgendes beschlossen: „1. Der Tarifvertrag ist zum 28.2.78 zu kündigen. 2. Die Laufzeit des Tarifvertrages soll maximal elf Monate betragen. 3. Die Lohn- und Gehaltsverbesserungen sollen 190 DM für jeden pro Monat sein.

Aus der GEW sind uns folgende Beschlüsse bekannt: Fachgruppe Gymnasien in Braunschweig 220 bis 250 DM. Fachgruppe Hochschulen in Hildesheim 200 DM, GEW-Gruppe der IGS Braunschweig 200 DM.

Warum die Sozialdemokraten gegen Festgeldforderungen sind

Die organisierte Sozialdemokratie macht gewaltige Anstrengungen, die klassenkämpferische Bewegung für mindestens 200 Mark Festgeld zu unterdrücken.

Bei Klöckner-Bremen und in anderen Stahlbetrieben gehen sie auf eine Forderung von 10%, mindestens 136 Mark. Bei Mannesmann Hilden haben sie Fragebögen in den Betrieb gegeben mit den „Forderungsangeboten": „Wie hoch soll Eurer Meinung nach die Forderung sein? Prozente von 15% bis runter auf 7%? Festbetrag von 200 bis 70 Mark, Sockel von 120 bis 50 Mark und von 6% bis 2%?"

Mit tausend zersplitteten Forderungen wollten sie nach der Umfrage hervortreten. Es steckt schon ein gutes Stück Gemeinheit in diesem Vorgehen. „Die Arbeiter können sich nicht einigen", „Die Facharbeiter sind gegen Festgeldforderungen", sagen sie. Bei obiger Umfrage sind schlicht die Interessen der Arbeiterklasse herausgekommen, die einheitlich auf einen ausreichenden Lohn und einheitlichen Kampf gehen. 97% der Arbeiter haben die Forderung von 200 Mark Festgeld angekreuzt. Bei Klöckner-Bremen haben 52 Arbeiter des Kaltwalzstahlwerkes aus hohen und niedrigen Lohngruppen die sofortige Aufstellung einer Forderung von mindestens 200 Mark verlangt. Gleichwohl konnte die organisierte Sozialdemokratie Erfolge erzielen, als sie mit größter Geschicklichkeit Spaltungslinien, die die kapitalistische Produktionsweise hervorbringt und die von der Kapitalistenklasse betrieben werden, vertieft. Sie sagen, der Lohn müsse nach Leistung ausgezahlt werden, deswegen seien die Prozente gut, sie würden „Nivellierungen" verhindern. Es kann nur eine Aufseherseele schmerzen, die Vorstellung, das Gleiche zu erhalten wie der Arbeiter, den er tagtäglich antreibt. Die Sache hat materiellen Grund.

Nehmen wir ihren Vorschlag von 10%, mindestens 136 Mark. Für einen Meister in der Metallindustrie, Gehaltsgruppe M 4 in Nordrhein-Westfalen, der einen Tariflohn von 2849 DM brutto hat, kommen dabei 84,90 DM mehr raus als bei der Mindestforderung von 200 Mark. Und ohnehin sind sie erstmal bei den Prozenten, so ist die Umarmung mit den Kapitalisten schon eingeleitet. Aber bleiben wir zunächst bei den 10%. Ein Haufen Geld wird's bei den Techniker-Gehaltsgruppen in der Metallindustrie. Bei einem Gehalt von rund 3100 Mark kommen 310 Mark mehr heraus. Für die Masse der Facharbeiter gehen wir von einem Lohn von 1800 Mark brutto aus, das sind 180 Mark mehr, also 40 Mark weniger als die Forderung von 220 Mark Festgeld, wie sie in Betrieben aufgestellt wird. Bei 2200 DM ist der Schnitt, wo die 10-Prozent-Forderung und eine Festgeldforderung von 220 Mark gleich viel sind. Und bei dem von vornherein sozialdemokratisch gerechneten 7%-Abschluß: Die Lohngruppen, in denen die meisten Arbeiter sind, durchschnittlich 11400 Mark, sind mit 108 Mark direkt im Elend, und die Facharbeiterlöhne von 1800 Mark und 2200 Mark sind ebenfalls dahingerutscht: 126 Mark und 169,40 DM errechnen wir. Die Ergebnisse der „Steuerreform", die höhere Progression gerade in dem Lohngefälle zwischen 1800 und 2500 Mark vorsieht, sind hierbei nicht berechnet.

Es ist klassenmäßig die dünne Schicht der Arbeiteraristokratie, die so wild auf die Prozente ist, weil sie hungern nach mehr Bestechungsgeld.

Die Arbeiterklasse – egal ob in den niedrigen oder den hohen Lohngruppen – bezahlt die Prozentabschlüsse zweimal. Zuerst mit Lohnsenkung, also mangelnder Reproduktion, sodann mit verstärkter Verausgabung von Arbeitskraft, zu der man durch die wütende Antreiberei der geköderten Antreiber genötigt wird im Verlauf des Jahres. – (Z-Red.)



Hannover. Am 4.11. wurde vom Palästina-Oman-Komitee Hannover eine Solidaritätsveranstaltung mit der PLO veranstaltet. Ziel war, die Sammlung für den Krankenwagen für die PLO zu unterstützen. Bei Spendensammlungen, Versteigerungen und Verkauf von palästinensischem Essen kamen rund 1500 DM zusammen. Der Unimog, der als Krankenwagen für die PLO hergerichtet wird, war bei der Veranstaltung. Er kann jetzt in den nächsten Wochen fertiggestellt und an die PLO übergeben werden.

Ein Jeep für die PLO!

Das Nahostkomitee Westberlin hat daraufhin aufgerufen, einen Jeep für die PLO zu spenden. Bis heute haben die Arbeiter, Angestellten und Studenten in Westberlin 15000 DM für den Jeep aufgebracht. 700 Menschen nahmen an einer Veranstaltung teil, auf der der Vertreter der PLO in Bonn, Abdallah Frangi, erklärte, daß das palästinensische Volk den zionistischen Staat zerschlagen müsse, um ein demokratisches Palästina zu errichten, in dem Juden, Moslems und Christen leben. Der Senat von Westberlin, SPD und CDU, der Zionist Galinski haben geschäumt vor Wut. „Gespenstisch" überschreibt die „Berliner Morgenpost" einen Kommentar, wo sie Frangi die „Vernichtung des jüdischen Volkes" unterschiebt. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie, die die Vernichtung von Millionen Juden durchgeführt hat, fürchtet das „Gespenst" des Kampfes der Völker und der westdeutschen Arbeiterklasse gegen den Imperialismus.

Das Nahostkomitee Westberlin führte am Samstag eine Kundgebung zur Unterstützung der PLO durch, wo alle sich davon überzeugen konnten, daß der Jeep für die PLO schon beschafft ist. Der Jeep war auch auf dem Platz. Da die schlichte Wahrheit, daß Herr Walter Scheel Vorsitzender der Geldsackrepublik ist, durch ein Ermittlungsverfahren gerichtlich unterdrückt werden soll, wurde das Lied gegen die Geldsackrepublik zur Freude der Kundgebungsteilnehmer gesungen.

Daß die Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes nicht unterdrückt werden kann, beweist der Jeep, das Spendenergebnis vom Samstag, den 5.11., von 530 DM, der Verkauf von 48 KVZ, zwei Programmen des KBW und 28 Zeitungen des Nahostkomitees.

Die Arbeiterklasse will die politische Spaltung aufheben, um die Bourgeoisie besser angreifen zu können

Bereits jetzt beginnt die Vorbereitung des 1. Mai

Mit knapper Mehrheit ist auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall der Beschluß zum Siebenstundentag beschlossen und durchgesetzt worden. Ist diese Forderung noch auf den Maidemonstrationen an vielen Orten in diesem Jahr aufgestellt worden auf Grundlage des Beschlusses der Opel-Betriebsversammlung, nehmen die politischen Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung zu. Wie kann die Arbeiterklasse über ihre Forderungen Klarheit gewinnen? Was sind die nächsten Schritte?

Die Arbeiter sind sich darüber im klaren, sie brauchen eine politische Einheit, die muß im Kampf hergestellt werden, sie brauchen *aber* auch kampfstarke Gewerkschaften, die die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat bedingungslos bekämpfen können. So muß man den Beschluß der Beschäftigten des Universitätskrankenhauses Eppendorf verstehen, der festlegt, die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von jetzt 700 zum 1. Mai auf 1000 zu steigern.

Politische Absichten verfolgen die Arbeiter mit diesem Beschluß, wie es die Arbeiter der Opel-Betriebsversammlung verfolgt haben und die Delegierten auf dem Gewerkschaftstag auf den Beschluß zum Siebenstundentag einen konnte.

Es liegen uns jetzt bereits von verschiedenen Gewerkschaftskörperschaften Meldungen vor, die Demonstrationen am 1. Mai auf der Straße fordern. Auch wenn keine Begründungen bei diesen Beschlüssen dabei sind, weiß die Arbeiterklasse, daß die Forderungen der Arbeiterklasse auf die Straße gehören. Der Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher in der GEW Hildesheim fordert, daß die Forderungen aus den Betrieben in der Demonstration am 1. Mai getragen werden dürfen und lehnt die sozialdemokratische Zensur der Gewerkschaftsführung ab.



1. Mai 1977 in Göttingen

Durch Intensivierung, Verdichtung und Verlängerung des Arbeitstages wollen die Kapitalisten aus den Arbeitern noch mehr herauspressen, das wissen die Arbeiter in allen Produktionszweigen. Dies ist der Grund für die Opel-Resolution zum Siebenstundentag und ist auch der Grund, warum 300 Beschäftigte im Joseph-Krankenhaus in Westberlin die Forderung nach Fünftagewoche aufstellen.

Daß es in jedem Betrieb, in jeder Abteilung Auseinandersetzung um die Überstunden, Sonderschichten gibt, wissen wir. Dies sind auch Beschlüsse gegen die Politik der Kapitalisten. Denn verheizen läßt sich die Arbeiterklasse nicht, schwere Kämpfe kommen auf sie zu. Dies machen die Gesetzesmaßnahmen der Bundesregierung deutlich. „Ist man 65, beißt man gleich ins Gras, mit mir nicht." Dies sagen viele Arbeiter, vor allem die, die schon einige Jahre in der Produktion arbeiten und den jüngeren Arbeitern ihre Erfahrungen berichten. Haben wir in der Kommunistischen Volkszeitung nach den diesjährigen Maidemonstrationen geschrieben: „Die Arbeiter sehen, es geht so nicht weiter. Sie wollen nicht hinter den Losungen der Sozialdemokratie herziehen, mit denen sie in eine Niederlage nach der anderen geführt werden. Deshalb kamen wenige ...", so hat sich die Lage der Arbeiter zu klären begonnen. Daß es bei der Aufstellung der Forderungen für den 1. Mai nicht nur um Forderungen geht, die den unmittelbaren Ausbeutungsprozeß betreffen, haben die Arbeiter in den Betrieben, die Gewerkschaftskörperschaften, längst erkannt. Der Fortschritt und der Kampf gegen die Kapitalisten muß an allen Fronten gesucht werden.

So faßt die Kreisjugendkonferenz des DGB-Kreis Plön den Beschluß, den von der Landesregierung vorgelegten reaktionären Schulgesetzentwurf abzulehnen und forderte den Kreisvorstand auf, gemeinsam mit Eltern- und Schülervertretungen Kampfmaßnahmen zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes durchzuführen. Für den 1. Mai wurde der Kreisvorstand aufgefordert, eine Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel und einen sternförmigen Aufmarsch von Spielmannszügen zu organisieren.

Die Arbeiter wollen die politische Spaltung aufheben, um einheitlich die Bourgeoisie angreifen zu können. Wurden in Westberlin in den letzten Jahren verschiedene Maidemonstrationen durchgeführt und selbst diese im vorletzten Jahr durch die Gewerkschaftsführung gespalten, so wird jetzt versucht, die Einheit der Arbeiter zu organisieren.

So wurde auf dem Koordinierungstreffen der Abteilung Gesundheitswesen der ÖTV die Vorlage des Bezirksvorstandes zum 1. Mai vorgelegt, die er in der nächsten Sitzung beraten will: „Die Erfahrung mit Veranstaltungen zum 1. Mai in den letzeten Jahren haben die Gremien und Organe stark verunsichert. Wenn nicht rechtzeitig ein vernünftiger Vorschlag auf den Tisch kommt ..."

Der Vertrauensleutekörper am Bezirksamt Charlottenburg hat beschlossen, daß am nächsten 1. Mai eine kampfstarke, klassenbewußte Demonstration durchgeführt werden soll.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung St. Josef-Krankenhaus in Westberlin faßte einen Beschluß, daß eine Demonstration der ÖTV unter freiem Himmel durchgeführt werden muß, wo die Forderungen der Betriebsgruppen gestellt werden können.

Die Arbeiter widersetzen sich der sozialdemokratischen Politik in den Gewerkschaften, so verpflichteten auf einer bezirklichen Mitgliederversammlung der IG Druck in Westberlin die Arbeiter einige Delegierte zum Gewerkschaftstag, für die ersatzlose Streichung des § 218 (Antrag 303) zu stimmen. Die Sozialdemokraten merken, daß die Arbeiter ihre Forderungen aufstellen und sich geschlossener gegen die Ausbeutung zu Wehr setzen.

So ist die IGM-Bezirksleitung Hannover gleich auf dem Sprung. Mit dem Sozialdemokraten Hasso Düvel, Kenner in Fragen der Verdrehung der Interessen der Arbeiterklasse, an der Spitze, organisieren sie eine IG Metall-Jugend-Veranstaltung: „Gewerkschafter gegen reaktionäre Entwicklung". Die IG Metall fordert: -Verteidigung der Grundrechte, -Verhinderung des Abbaus demokratischer Rechte.

Schnell wollen die Sozialdemokraten die Entfaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse um ihre Rechte auf ihre Mühlen lenken. Dies macht die Stärke der Arbeiterbewegung deutlich, aber auch die Aufgaben, die die Revolutionäre haben. – (N-Red)

Junge Reaktion bietet ranzigen Speck an

Wie der RCDS gegen den Streik antritt und versucht, „eine ganze Generation ... in die Mitverantwortung für die Zukunft zu bringen" (FU-Präsident Lämmert)

Seit Donnerstag letzter Woche wird – wie an über 18 anderen Hochschulen in Baden-Württemberg – an der Universität Karlsruhe gestreikt: „Auf der Versammlung der Maschinenbauer mit 300 Studenten hat Nico von Armin (RCDS) verkündet, daß er die Polizei holt, wenn ihn die Streikposten nicht in die Vorlesung lassen. Er und alle Rechten haben am Abend den Rücktritt als Fachschaftssprecher erklärt." Von der Fachhochschule für Technik Mannheim wird am gleichen Tag berichtet: „Die Vollversammlung (anfangs 60 Teilnehmer) hat mit 25 gegen 18 Stimmen die Verlängerung der Urabstimmung abgelehnt. Die 25 Stimmen kamen zusammen von MSB, SPD und den Burschenschaften Rugia und Wartburg." (KVZ-Nachrichtendienst für die Studentenschaften in Baden-Württemberg, 2.11.)

Springers „Die Welt" berichtet am 27.10.: „Zum ersten Mal in der Hochschulgeschichte der Bundesrepublik wurde in Düsseldorf der AStA-Vorsitzende ... mit Unterstützung von RCDS, Liberalem Hochschulverband und den Jusos gewählt", und stellt bedauernd fest: „Allerdings erklärte der Juso-Bundessekretär Rudolf Hartung in Bonn, die Düsseldorfer ‚Zufallsmehrheit' werde in wenigen Tagen durch einen Mißtrauensantrag aufgelöst."

Drei Meldungen, die charakteristisch sind für das Vorgehen der Reaktion unter den Studenten: Wechselspiel im Auftreten unter den Studenten in der Pose der „terrorisierten Minderheit" und des „um die Rechte betrogenen Studenten", um bei der nächsten Gelegenheit den Vorwand zu haben für den Polizeieinsatz. Versuche, die Politik der Sozialdemokratie auszunutzen, um die Spaltung in der Studentenbewegung zu verstärken. Schließlich Bildung einer großen Front mit Hilfe der Jusos und des LHV, um mit dem Grundgesetz die Freiheit der kapitalistischen Ausbeutung an der Hochschule zu verteidigen – das ist die Taktik des RCDS an der Hochschule und der Wunsch der Bourgeoisie, die ihn dafür mit allen Mitteln direkt und indirekt zu fördern trachtet.

Das Programm, mit dessen Hilfe der RCDS jetzt auch mit direkter Unterstützung der Jungen Union dieser Rekrutierung für die Reaktion eine politische Zusammenfassung zu geben versucht, sieht, am juristischen Fachbereich der Universität in Hamburg vorgestellt, so aus:

„– Umfangreichere Informationen und Eingliederung der Erstsemester in den Universitätsbetrieb (Besichtigung der Seminare in Kleingruppen, Information über wichtige universitäre Einrichtungen, realistische und für den Anfänger verständliche Studienpläne).

– Ständiger Kontakt des Fachschaftsrates mit dem Lehrpersonal insbesondere über den Ablauf der Erstsemesterveranstaltung.

– Hausarbeitenbibliothek (zur Vorbereitung der Erstsemester auf die Anfertigung von Klausuren und Hausarbeiten in höheren Semestern.

– Öffnung der Bibliotheken auch am Wochenende. Öffnungszeit bis 13 Uhr.

– Verbesserung der Ausstattung der Bibliotheken hinsichtlich der Zahl und der Auflagen insbesondere der wichtigsten Lehrbücher und Kommentare.

– Bessere Koordinierung des Lehrangebots (Verhinderung von Überschneidungen wichtiger im Vorlesungs-Studienplan vorgesehener Veranstaltungen).

– Studienreform. Inhaltliche Studienreform vor Festlegung der Studienzeit."

Mit diesem Programm ist es der Verbindung von Junger Union und RCDS gelungen, die Wahlen zu *gewinnen* gegen die aufgestellten Listen von Opportunisten und Revisionisten.

Die Vertretung der „im Grunde einheitlichen Forderungen der Studentenschaft", mit denen der RCDS den Streik für die Koalitionsrechte zu verhindern versucht und einen von der „Frankfurter Allgemeinen" bis zu den Rektoren unterstützten „Hochschultag" propagiert, stellen sich als Forderungen heraus, die der Unterwerfung unter die Professorenreaktion unter dem Deckmantel des „Kontakts zu den Lehrenden" und der Konkurrenz unter den Studentenmassen unter den Forderungen nach „Verbesserung der Studienbedingungen" jetzt mit Hilfe des Fachschaftsrates den Weg bereiten sollen.

Bei den Erstsemestern, wo es die Professoren jetzt gerade besonders versuchen, verschärfte Studienbedingungen wie „Anwesenheitslisten", „Eingangs- und Abschlußprüfungen", Klausuren für die Scheinvergabe, Benotungen von Referaten usw. durchzusetzen, weil sie mit geringerem Widerstand rechnen, soll der Fachschaftsrat ansetzen, um „einzugliedern" und zu verhindern, daß die Erstsemester den Aufbau der Streikfront unterstützen.

Damit die Erstsemester gleich die richtigen Maßstäbe für die Prüfungen eingebleut bekommen und wissen, was Sache ist, sollen ihnen die „Hausarbeitenbibliotheken" aufgezwungen werden. Dieses Vorgehen der Reaktionäre ist direkt dem fortschrittlichen Bestreben der Studentenbewegung entgegengerichtet, durch Zusammenschluß in den Lehrveranstaltungen die bürgerliche Lehrbuchsammlungs- und Lehrmeinungsunmasse auf den Literaturlisten der Professoren durch Zusammenschluß und Kampf zu begrenzen, um sie bewältigen und ihr etwas entgegensetzen zu können. Der Druck der Klausuren, der nur in dem Umfang und in dem Maße wirken kann, wie sich die Studentenmassen durch die unterdrückende Studienorganisation in Konkurrenz zueinander bringen lassen, wird von den Reaktionären bewußt genutzt, um unter dem Mantel der Abhilfe eben diese mörderische Konkurrenz zu verschärfen.

So steht für sie auch die Forderung hinsichtlich „der wichtigsten Lehrbücher und Kommentare", damit die Absicht der Professorenreaktion in Erfüllung gehen kann: daß sich die Studentenmassen auf die Zigtausende von Seiten umfassende bürgerliche und langweilige Literaturfülle stürzen, in der trügerischen Hoffnung, sich einen Krampf merken zu können, der dem verfassenden Professor aus dem Gedächtnis wie aus der Feder fließt.

Damit auch die Studenten, die nicht wie die reichen „Vons" und „Zus" aus dem Kreise des RCDS oder der Burschenschaften ihr Studium aus Vermögen und Dividenden finanzieren, sondern nebenbei – und nicht zum geringen Teil um die 40 Stunden wöchentlich – zum Arbeiten gezwungen sind, auch ihre „Chance" wahren können, greifen die Jungreaktionäre zu der im Sinne der Reaktion weitsichtigen Forderung nach „Öffnung der Bibliotheken auch am Wochenende". Das gibt für die doppelte Verwendung der Studentenmassen ganz neue Möglichkeiten: 8 Stunden lang als billige Lohndrücker. Wozu sollten sie auch noch viel Geld brauchen, ausgeben können sie es ja doch kaum noch; denn: abends die passenden Vorlesungen und Übungen, am Wochenende „Öffnung der Bibliotheken" und „Hausarbeitenbibliotheken".

Das ist die Vorstellung des RCDS, mit der er den Zusammenschluß der Studentenmassen und den Aufbau der Streikfront für das Koalitionsrecht und die vertraglich zu vereinbarende Bezahlung der Arbeitskraft zu verhindern und der Professorenreaktion unter den Phrasen der „Zusammenarbeit" und des „demokratischen Dialogs" den Weg zu ebnen versucht. Kein Wunder, daß da die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" über den nach eigenen Angaben 6700 Mitglieder starken Verband der Jungreaktionäre voll des Lobes ist:

„Die CDU ist die einzige Bundestagspartei, die keine Schwierigkeiten mit ihrem studentischen Nachwuchs hat", begeistert sich dies Blatt der Finanzbourgeoisie und prophezeit seinem gegenwärtigen Vorsitzenden schon die bevorstehende Karriere als christlich demokratischer Reaktionär und Volksbetrüger.

Sowohl im Aufbau der Streikfront in Baden-Württemberg, wo die Reaktion unter den Studenten schwach *erscheint*, wie da, wo sich die Auseinandersetzung noch nicht bis dahin entwickelt hat und die Reaktion stark *auftritt*, muß man lernen: die Schlacht mit der Reaktion unter den Studenten ist von seiten der Studentenbewegung noch nicht geschlagen. Es ist offensichtlich, daß die Junge Reaktion versucht, nach der Methode „Mit Speck fängt man Mäuse" zu operieren: sich mit den üblen und unterdrückerischen Studienverhältnissen in ihrer Politik beschäftigt, um die Studentenmassen an den Instituten zu spalten und – wo erfolgreich – um sie in noch größere Konkurrenz untereinander und Abhängigkeit von der Professorenreaktion unter allerhand erlogenen Versprechungen zu bringen.

Man muß diesen Reaktionären mit dem ranzigen Speck, den sie andrehen wollen, also das Wasser abgraben: notwendig ist der Zusammenschluß im Kampf für das Koalitionsrecht gegen die politische Entrechtung und Unterdrückung, gegen die Abhängigkeit von den Professoren und um die Wirkungen der Konkurrenz einzuschränken; notwendig ist im Aufbau der Streikfront eine eindrucksvolle Aktionseinheitspolitik der Fachschaftsgruppen und -räte im Kampf für ein Ausbildungsentgelt, das verhindert, daß Studenten vor den Professoren kriechen müssen, weil sie sonst vielleicht die nächste Miete nicht mehr zahlen können. – (Z-Red.)

Kampf um den Aufbau der Streikfront

Der Streik an den Hochschulen in Baden-Württemberg hat begonnen. Die nachstehende Übersicht über die Ergebnisse der Urabstimmung an den Hochschulen in Baden-Württemberg zeigt die Schärfe, die der Kampf um den Aufbau der Streikfront gegen die Unterdrückung durch die Reaktion angenommen hat und wie sich die politische Spaltung des Kampfes durch die Sozialdemokratie als schweres Hindernis erweist, um den Reaktionären die geeinte Kraft der Studentenbewegung an den Hochschulen in Baden-Württemberg entgegenzusetzen.

Der Kampf, der an den Hochschulen Baden-Württembergs in dieser Woche um den Aufbau der Streikfront geführt wird, ist Bestandteil der Herstellung der Aktionseinheit an allen Hochschulen in der BRD und in Westberlin, um die grundlegenden Forderungen der Studentenbewegung, das Koalitionsrecht und die Bezahlung eines hinreichenden Ausbildungsentgelts – 100 DM mehr für alle BAföG-Empfänger bei Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1500 DM – durchzusetzen.

Die Sozialdemokraten haben diese Einheit auf Grundlage der *Interessen* der Studentenbewegung gegen die Reaktion nicht im Auge. Unter der Fahne, die „‚Gegenveranstaltungen' ins offizielle Lehrprogramm überführen" als Ergebnis des Streiks suchen sie nach einem Weg, der Auseinandersetzung mit der Reaktion auszuweichen, den es nicht gibt. Sie werfen die Interessen der Studentenmassen über Bord. Das, was sie – im Ergebnis der Urabstimmungen in Baden-Württemberg festgehalten – an den Hochschulen dieses Landes betreiben, findet seine Entsprechung in ihrer Haltung zu dem Aufbau des Streiks an allen Hochschulen. Die Interessen der Studentenmassen lassen sich weder unterdrücken noch „eingliedern". Auf diese Interessen müssen sich die Institutsgruppen, Fachbereichsgruppen und Fachschaften im Kampf um den Aufbau der Streikfront stützen, und auf Grundlage dieser Interessen kann die Einheit hergestellt werden. Die Demonstration am 9.11. in Baden-Württemberg ist ein wichtiger Schritt im Kampf um die Herstellung dieser Einheit und muß die Notwendigkeit, durch Streik an allen Hochschulen des Landes im Kampf gegen die Reaktion für die Forderungen der Studentenbewegung voranzukommen, dokumentieren.

Am Samstagnachmittag hat der Landesstreikrat in Karlsruhe einen Beschluß gefaßt, in dem er dazu aufruft, den bisherigen Verlauf des Streiks zu untersuchen, um am 14.11. in Vollversammlungen an allen Hochschulen die Lage zu beraten und eine Landesastenkonferenz vorzubereiten, die am selben Tag stattfinden soll. Wer den Streik in Baden-Württemberg stärken will, der muß dafür eintreten, daß diese Vollversammlungen Beschlüsse fassen, die den Streik in Baden-Württemberg mit dem bundesweiten Streik verbinden. Das haben nicht alle vor. In dem Beschluß des Landesstreikrats heißt es auch, daß man sich jetzt den Kopf über „autonome Studentenvertretung" zerbrechen müsse. Die Filbingerreaktion kann das nur als Wink verstehen, sich bezüglich des Widerstandes der Studentenmassen keine grauen Haare mehr wachsen zu lassen. Die Studentenbewegung kann es sich nicht erlauben, solche Einladungen auszusprechen. Sie müßte es büßen.

Urabstimmungsergebnis

Fachhochschule für Sozialarbeit Mannheim: Beteiligung an der Urabstimmung 240 Studenten gleich 67,4%. Davon 217 Ja gleich 90,4%, 19 Nein gleich 7,9%. Die Hochschule wird zu 100% bestreikt.

Universität Heidelberg: Beteiligung an der Urabstimmung 4118 Studenten, davon haben 2723 mit Ja gleich 65%, 1122 mit Nein und 273 mit Enthaltung gestimmt. Das erforderliche Quorum wurde nicht erreicht.

Universität Mannheim: Beteiligung an der Urabstimmung 2051 Studenten, davon 1819 Ja, 226 Nein und 6 Enthaltungen. Das Quorum von 2000 Ja-Stimmen wurde nicht erreicht und es wird nicht gestreikt. Der AStA unterstützt die Demonstration am 9.11. nicht.

Fachhochschule für Technik Mannheim: Ergebnis der Urabstimmung: 242 Ja, 195 Nein, 6 Enthaltungen, 1 ungültige Stimme. Die Vollversammlung hat Weiterführung der Urabstimmung abgelehnt, mit den Stimmen von MSB, SPD und 2 Burschenschaften. Gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Rektorats (Strafverfahren, Exmatrikulation) haben die VV und 2 Semester Beschlüsse gefaßt.

Pädagogische Hochschule Heidelberg: Ergebnis der Urabstimmung: 516 Ja, 302 Nein, 13 Enthaltungen (Quorum ca. 1000 Ja). Die Vollversammlung hat den Antrag der KHG auf Verlängerung der Urabstimmung abgelehnt, nachdem MSB, GEW und Sponti-AStA, um die Verlängerung zu verhindern, den Streikrat gespalten und verlassen hatten. Die Sonderpädagogikstudenten wollen auf einer Vollversammlung am Montag über Aktionen und Diskussionen in den Lehrveranstaltungen beschließen.

Ludwigsburg: In der Urabstimmung wurde der unbefristete Streik abgelehnt. 450 Studenten beschließen auf der VV: Aktionstage vom 7.11. bis 10.11.

Universität Stuttgart: In der Urabstimmung wurde Streik ab 3.11. beschlossen.

Universität Hohenheim: Quorum (75 % ja von 5o % Beteiligung) nicht erreicht. Fachschaften wollen jetzt Streikbeschlüsse in Lehrveranstaltungen erreichen.

Fachhochschule für Bibliothekswesen Stuttgart: Ergebnis der neuerlichen Urabstimmung über Streik bis zum 10.11.: Beteiligung: 288 von 326 (87 %), davon 218 ja (75,6 %), 67 nein (23,2 %), 3 Enthaltungen. Streik ab Montag.

Pädagogische Hochschule Esslingen: Streik steht fast zu 100 %.

Fachhochschule Druck Stuttgart: Nahezu sämtliche Lehrveranstaltungen werden bestreikt.

Pädagogische Hochschule Reutlingen: Streik seit 3.11. Bis auf drei Seminare haben keine Lehrveranstaltungen stattgefunden.

Pädagogische Hochschule Weingarten: Seit Freitag erneute Urabstimmung über Streik vom 9. bis 11.11., dann VV über Weiterführung oder Abbruch des Streiks. Bis Freitag 12 Uhr30 hatten 300 von 1100 Studenten abgestimmt. 550 müssen sich laut Quorum beteiligen.

Universität Karlsruhe: 1500 Studenten. Urabstimmungsergebnis: 50,8% Beteiligung, gleich 5677 Studenten, davon für Streik: 74,2% gleich 4221 Studenten, gegen Streik sind 14,2% gleich 867 Studenten, Enhaltungen: 9,9% gleich 563 Studenten und ungültig 0,62% gleich 36 Studenten. Gestreikt wird seit Donnerstag, Streikbeteiligung ca. 20%.

Fachhochschule für Wirtschaft: 1231 Studenten, Wahlbeteiligung 959 Studenten gleich 77,9%, Ja-Stimmen: 686 Studenten gleich 55,7%, Nein-Stimmen 273 Studenten gleich 22,1%. Seit zwei Tagen zu 100% bestreikt.

Universität Freiburg: An der Urabstimmung über unbefristeten Streik hatten sich 23,2% beteiligt (Quorum 33%). Von den 3990 Studenten haben 2556 für und 1303 Studenten gegen Streik gestimmt; 120 haben sich enthalten. Damit ist die Urabstimmung negativ ausgegangen. Zur Spaltung der Urabstimmung hat der AStA entgegen dem VV-Beschluß eine Urabstimmung über Aktionstage durchgeführt, an der sich 3150 Studenten beteiligt haben.

Evangelische Fachhochschule für Sozialarbeit Freiburg: Eine Woche befristeter Streik seit dem 3.11.

Musikhochschule Freiburg: ist in unbefristeten Streik getreten.

Pädagogische Hochschule Lörrach: keine Urabstimmung, es finden Aktionstage statt.

Fachhochschule für Technik Furtwangen: Beteiligung bei der Urabstimmung: 79,8% gleich 648 Studenten. 30,6% der Stimmberechtigten stimmten gegen den Streik, . Das Quorum betrug: 50% der Stimmmberechtigten für Streik. Damit ist der Streik abgelehnt, jetzt werden Aktionen durchgeführt, u.a. eine Veranstaltung mit der GEW am 9.11.

Fachhochschule für Technik Konstanz: Wahlbeteiligung 87%, für Streik 66%, gegen Streik 28%, Enthaltungen 6%. Seit 3.11. Vorlesungen finden nahezu keine statt.

Universität Konstanz: Wahlbeteiligung 59%, für Streik 70%, gegen Streik 24%, Enthaltungen 6%. Ca. 900 Vollversammlungsteilnehmer am 2.11. beschließen mit übergroßer Mehrheit den Streik.

Pädagogische Hochschule Karlsruhe: ca. 1600 Studenten, Urabstimmungsergebnis 54,4% Beteiligung gleich 969 Studenten, davon 64,6% für Streik gleich 626 Studenten und 24,7% gleich 240 Studenten gegen Streik. Enthaltung 101 Studenten, ungültig 2. Streikbeteiligung ca. 50%. Wird bestreikt.

Fachhochschule Karlsruhe: 60% Beteiligung an der Urabstimmung gleich 1200 Studenten, davon 60% für Streik ab Montag. Am Donnerstag soll auf einer Vollversammlung über Weiterführung des Streiks beschlossen werden.



Am 2. November demonstrierten in Bremen 1500 Studenten gegen die Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes. Dieses Gesetz ist das erste einer Reihe reaktionärer Landeshochschulgesetze. Mit ihnen soll die Studentenbewegung gefesselt und die Studentenmassen schrankenloser Unterdrückung ausgeliefert werden. Die Reaktion stößt dabei auf heftigen Widerstand der Studentenmassen.

Die Vollversammlung des Fachbereichs Gestaltung der Fachhochschule Kiel hat zu einer Demonstration am 9.11. aufgerufen gegen Gerichtsurteile, die von Reaktionären erwirkt wurden und dem AStA die Wahrnehmung des politischen Mandats und Einberufung einer Vollversammlung untersagt haben, sowie gegen das LHG. Die Fachschaftsgruppen Chemie und Agrar treten für Streik im Wintersemester ein und erheben u.a. die Forderungen: 100 DM mehr für alle BAföG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag, Koalitionsrechte.

In Hamburg soll am 9.11. eine Demonstration gegen das LHG, zur Unterstützung des Kampfes der Studenten in Baden-Württemberg und für mehr Geld durchgeführt werden.

In Westberlin hat eine Beratung fast aller Organisationen außer Revisionisten und Jusos gegen das geplante Hochschulgesetz stattgefunden. Die Hochschulreform sieht die Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft als Zwangsorgan unter Professorenaufsicht vor. Die Vollversammlungen der PH und der FU rufen zu einer Demonstration am 9.11. auf. Sie wollen in der kommenden Woche erneut zusammentreten, um über Streikmaßnahmen zu beschließen.

Soldaten unterstützen Lohnkampf

Neumünster. Die Sektion Neumünster des Soldaten und Reservistenkomitees Holstein protestiert auf das Schärfste gegen die geplanten Entlassungen bei VAW und begrüßt die Kundgebung der Neumünsteraner Arbeiter am 4.11. Das SRK ist der Überzeugung, daß eine solche Kundgebung ein wichtiger Schritt ist hin zur Durchsetzung der Forderungen: 60 Pfennig mehr sofort! 220 DM in der nächsten Tarifrunde! Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! Keine Entlassungen bei VAW! Die Soldaten sind Arbeiter, die zwangsweise in die Uniform gesteckt worden sind. Ihr Kampf gegen die Kasernenunterdrückung und für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht ist der gleiche wie der der Arbeiter gegen Lohnraub und Rationalisierung.

Resolution von 12 Soldaten des PzGrenBtl 72, Röttiger-Kaserne, Fischbek

„Die Kapitalisten planen, jetzt aus der Arbeiterklasse das Letzte herauszupressen – sie fordern eine ‚Tarifpause' bzw. ‚eine Verschiebung der Tarifrunde' – also direkte Lohnsenkung. Mit den sogenannten ‚Steuersenkungen' wollen sie die Arbeiter vom Lohnkampf abhalten. Dies ist ein direkter Angriff auf die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen. 220 DM Festgeld im Monat mehr für alle sind jetzt unbedingt notwendig, damit der Lebensstandard nicht noch tiefer gedrückt wird. Nur im Zusammenschluß auf dieser Festgeldforderung werden die Arbeiter diese Angriffe zurückschlagen können. Wir Soldaten unterstützen diesen Kampf. In unserem Kampf für die Lohnfortzahlung und das Kündigungsrecht, für politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee brauchen wir die Unterstützung der Arbeiterklasse. Arbeiter und Soldaten müssen sich zusammenschließen. 220 DM Festgeld für alle! Lohnfortzahlung in der Armee! Kündigungsrecht für Zeitsoldaten, Polizisten und Grenzschützer! Politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee!

Interview mit einem Zeitsoldaten aus der Röttiger-Kaserne, Fischbek

Du hast Dich auf zwei Jahre als Mannschaftsdienstgrad verpflichtet –

Weil ich Frau und Kind habe und von

Interview mit einem Zeitsoldaten aus der Röttiger-Kaserne, Fischbek

Du hast Dich auf zwei Jahre als Mannschaftsdienstgrad verpflichtet –

Weil ich Frau und Kind habe und von
meiner Wartezeit arbeitslos war.

Wie kommst du jetzt finanziell klar?

Ich komme jetzt mit dem Geld gerade aus. Als Gefreiter kriege ich 1 030 DM netto.

Ich zahle 200 DM Miete und alle zwei Monate 80 DM für Strom. Außerdem muß ich jeden Monat 200 DM Fahrtkosten zahlen, weil ich aus dem Ruhrgebiet komme. Der Rest des Geldes ist Haushaltsgeld, Taschengeld können wir uns nicht leisten.

Wie stehst Du zu den Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht?

Diese Forderungen finde ich richtig. Wenn ich einen Arbeitsplatz angeboten kriege, muß ich kündigen können. Als Zeitsoldat bin ich nichts weiter als ein Söldner, völlig rechtlos und unterdrückt. Ich würde lieber heut als morgen kündigen. Die Lohnfortzahlung brauchen wir meiner Ansicht nach unbedingt, durch den Hungersold bin ich ja erst gezwungen worden, mich zu verpflichten. Außerdem sind wir Soldaten keine Söldner, sondern Arbeiter, die für 15 Monate in die Armee gepresst werden für die Interessen der Kapitalisten.

Es lebe die Große Oktoberrevolution!

„Die erste Reiterarmee"/Theateraufführungen

4 000 nahmen in neun Städten im Norden an den öffentlichen Mitgliederversammlungen der Soldaten- und Reservistenkomitees teil.



Die kaiserlich-russische Armee. „Was ihr da macht, ist Mist. Das sieht aus wie ein Sauhaufen. Das muß anders werden. Da muß exerziert werden. Euch werd' ich Beine machen . . ."



Revolution. Budjonnyi-Partisanen wie aus einem Mund: „Wir wissen, wozu die Säbel da sind!"



Moskau, 1929. Auch hier ist die Front. Ein Konterrevolutionär wird entlarvt und abgeführt.





Revolution. Budjonnyi-Partisanen wie aus einem Mund: „Wir wissen, wozu die Säbel da sind!"

Moskau, 1929. Auch hier ist die Front. Ein Konterrevolutionär wird entlarvt und abgeführt.



Es lebe die Oktoberrevolution!

„Sofort weiter in die Zukunft planen" – die „3. Waffengeneration" wird gefordert

„Neue Waffen", schreien Generäle und Bourgeoispolitiker, „um verteidigungsfähig zu bleiben". Am vorletzten Wochenende forderte Staatssekretär Schnell vom Kriegsministerium vor dem „Rüstungswissenschaftlichen Arbeitskreis (RüAK)" die „Entwicklung einer dritten Waffengeneration". Man müsse „sofort weiter in die Zukunft planen". Dem „Rüstungswissenschaftlichen Arbeitskreis" gehören Generäle, Staatssekretäre, Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, der Handwerkskammern und vor allem der Kapitalistenverbände an. Seine Aufgabe soll die Beratung des Leberschen Kriegsministeriums in Rüstungsfragen sein.

Hauptsächlich beraten wurde die Bundesregierung von dem Kapitalisten Zahn (Daimler-Benz):

„Als Vertreter und Sprecher der zivilen Seite sprach Professor Zahn, Vorsitzender von Daimler-Benz, über die wirtschaftliche Situation und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.10.77)

Man fragt sich: Was hat die „dritte Waffengeneration" mit dem Zahnschen Vortrag zu tun? Diese Waffen werden, abgesehen von den horrenden Profiten, produziert und angeschafft von der imperialistischen Bourgeoisie, um je nach Lage der Dinge die Mittel zur grundsätzlichen *Verbesserung* von „wirtschaftlicher Situation und Wettbewerbsfähigkeit" in der Hand zu haben, also von der Fortführung des imperialistischen Konkurrenzkriegs, den imperialistischen Krieg, zu gewinnen.

Die *erste Generation* in der Bewaffnung der deutschen Imperialisten nach dem verlorenen Krieg bestand fast ausschließlich aus amerikanischen Waffen. So der Panzer M47 (später M48), der Starfighter, die Fregatte Z1 (von den US-Imperialisten „verliehen"), die Raketensysteme „Honest John", „Sergeant" und „Pershing". Die damalige Bewaffnung der Armee spiegelte zweifellos die „wirtschaftliche Situation und Wettbewerbsfähigkeit" des westdeutschen Imperialismus wider. Nach dem verlorenen Krieg konnten die Imperialisten die Profitwirtschaft nur unter den Fittichen der imperialistischen Supermacht USA restaurieren. Und waren von dieser in jeder Hinsicht abhängig und mit ihr verbunden, auch was das Ziel des geplanten Krieges gegen die Sowjetunion zur „Rückeroberung des Ostens" anging, für den die Bundeswehr aufgestellt wurde.

Mit der wachsenden ökonomischen Stärkung, beruhend auf hoher Kunstfertigkeit in der Ausbeutung der Arbeiter, gewannen die westdeutschen Imperialisten zunehmend politischen Spielraum für die selbständigen Interessen. Dem entspricht der schrittweise Austausch der Waffen der ersten Generation durch Waffen der zweiten Generation *aus eigener Produktion.*

1963 wurde der Panzer Leopard I in Auftrag gegeben (in seliger Tradition von Porsche konstruiert, der auch den „Tiger" und „Königstiger" des Zweiten Weltkrieges konstruiert hatte), 1965 begann die Auslieferung. 1964 wurde ein Marinemodernisierungsprogramm (6 Raketenzerstörer, 10 Raketenschnellboote, 6 Raketenkorvetten) ausschließlich bei westdeutschen Werften in Auftrag gegeben. 1963 wurde mit den französischen Imperialisten gemeinsam das Transportflugzeug „Transall" entwickelt, 1968 mit den britischen, italienischen und holländischen Imperialisten der Bau des Mehrzweckflugzeugs MRCA (Multi Role Combat Aircraft) „Tornado" geplant (1975 einsatzfähig), etwa gleichzeitig wiederum mit den französischen Imperialisten der Bau des „Alpha Jet". Außer Panzerwaffen und Kriegsschiffen entwickeln die westdeutschen Imperialisten fast alle Waffensysteme entweder gemeinsam mit dem französischen oder dem britischen Imperialismus (z.B. auch die Panzerabwehrraketen Milan und Hot).

Die „wirtschaftliche Situation und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie" hat sich geändert. Obschon weiter an die Supermacht USA gebunden durch die übermächtige Gegnerschaft des Sozialimperialismus, suchen die BRD-Imperialisten dem *selbständigen* Griff nach der Weltherrschaft näherzukommen. Dazu gehören starke Aufrüstung und Waffenexporte, dazu gehören auch die jeweiligen Zweckbündnisse mit den anderen westeuropäischen Imperialisten, die gleichzeitig in die Knie vor dem Hegemonieanspruch der BRD-Imperialisten über Westeuropa gezwungen werden sollen.

Die „*dritte Generation*" modernster Waffen wird der Versuch sein, sich die Hilfsmittel für einen erfolgreichen Krieg der BRD-Imperialisten an der Spitze der westeuropäischen Imperialisten gegen die sozialimperialistische Supermacht zu schaffen. Sicher ist weiter, daß entschieden mehr Gewicht auf „Tropenfestigkeit" und „Wüstentauglichkeit" gelegt werden wird. Kurz: Es soll die Bewaffnung „sofort in die Zukunft geplant" werden, die die westdeutschen Imperialisten für den direkten Kampf um die Hegemonie brauchen. Entsprechend der angestrebten „wirtschaftlichen Situation und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie". – (Z-Red.)

Wehrsolderhöhung

„Wehrsold erhöht – Wehrpflichtige sollen von Januar nächsten Jahres an eine Mark mehr an Sold pro Tag erhalten" (Kieler Nachrichten, 3.11), hat das Bundeskabinett am 2.11. beschlossen. Am Freitag hat der Bundesrat beschlossen, daß „Z-2-Soldaten" wieder vom ersten Tag der Verpflichtung an Gehalt beziehen. Immer weniger Soldaten hatten sich der Verpflichtung unterworfen. Mit dieser Maßnahme erhofft sich die Bundesregierung eine Auffüllung des Unteroffizierskorps.

Die Kämpfe der Soldaten gegen Drill, Schikane und Unterdrückung für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht zeigen ihre Wirkung. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Pawelczyk kommentiert das so: „Die besten Waffensysteme würden wertlos, wenn im ‚Innenverhältnis' der Streitkräfte Spannungen durch Nichtrealisierung berechtigter sozialpolitischer Forderungen entstünden." (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 2.11.77).

Fünf Sechstel Brühwurst

Ab 1.1.78 kann sich der wehrpflichtige Bundeswehrsoldat 1 1/4 Wurstbrötchen oder 5/6 Brühwurst oder etwas über eine Flasche Bier mehr pro Tag in der Kantine kaufen. So viel macht die beschlossene „Wehrsolderhöhung" aus. Eine Mark mehr pro Tag wird gezahlt, statt 170 Mark (bzw. 220 Mark für Gefreite) jetzt 200 Mark bzw. 250 Mark.

1974 ist der Tagessatz zum letzten Mal erhöht worden (von 4,50 auf 5,50 Mark). In den letzten 4 Jahren sind die Preise weitaus mehr gestiegen, als diese „Erhöhung" bezogen auf den bisherigen Sold ausmacht. Tatsächlich kann sich der Soldat heute *weniger* für den Wehrsold kaufen als 1974. Zur Verhöhnung, die der Wehrsold für die Arbeiter und Bauern in der Armee darstellt, die zwangsweise ihre Arbeitskraft dem bürgerlichen Staat überlassen müssen, kommt die Verhöhnung der angeblichen Erhöhung. Die bürgerliche Presse meldet die „Erhöhung" in kleinsten Meldungen, nachdem vor einem halben Jahr noch in Schlagzeilen über diese Pläne berichtet wurde. Es wird auch in die Redaktionsbüros der Bourgeoisie durchgedrungen sein, daß diese Maßnahme die erhoffte Fesselung der Soldatenbewegung *nicht* bringt. Wie sollte sie auch. Kein Problem ist gelöst. Die Unterdrückung hat sich verschärft. Man kann das nicht hinnehmen.

diese Pläne berichtet wurde. Es wird auch in die Redaktionsbüros der Bourgeoisie durchgedrungen sein, daß diese Maßnahme die erhoffte Fesselung der Soldatenbewegung nicht bringt. Wie sollte sie auch. Kein Problem ist gelöst. Die Unterdrückung hat sich verschärft. Man kann das nicht hinnehmen.

Für Wehrkraftzersetzung 60 Tagessätze à 10 DM

Braunschweig. Am Donnerstag, den 3.11. wurde Klaus Oellerer, Sympathisant der KPD, vom Braunschweiger Landgericht wegen „Wehrkraftzersetzung" zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen à 10 DM verurteilt sowie dazu, die Kosten des Verfahrens zu tragen, was durch die Revision beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ca. 50 000 DM sind.

Der Vorsitzende Richter Jürgens tat damit alles, um seinen durch den Spruch des BVerfG von der Bourgeoisie formulierten Auftrag zu erfüllen: Das BVerfG hatte den Freispruch des Landgerichts Lüneburg aufgehoben mit dem Spruch: „Das Parteienprivileg endet vor den Kasernentoren." Oellerer habe durch den Aufbau des Komitees „Kampf dem Militarismus und dem BRD-Imperialismus" (das Oellerer 1972 in der Scharnhorst-Kaserne Hannover mit aufgebaut hat, die Red.), durch den Aufruf zur Befehlsverweigerung, durch den Aufruf, die Waffen im Kriegsfall auf die herrschende Klasse zu richten, die „Innere Sicherheit der BRD" gefährdet. Dazu komme, daß das Komitee politisch geleitet wurde durch die KPD. Damit habe Oellerer ganz eindeutig gegen den Grundsatz verstoßen, daß jede politische Betätigung in der Bundeswehr verboten ist.

Die ca. 50 Zuhörer des Prozesses hielten im Gerichtsgebäude eine Kundgebung ab, in der enthüllt wurde, daß die Bourgeoisie als Teil ihrer Kriegsvorbereitung jede politische und gewerkschaftliche Betätigung der Soldaten in der Armee verfolgen muß. Der Gerichtspräsident mußte das Gericht mit Gewalt räumen lassen. In einem Marsch durch die Innenstadt unter den Losungen: „Weg mit dem Urteil gegen Klaus Oellerer", „Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Armee", „Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML" wurde das Urteil in der Stadt bekannt gemacht. Die anschließende Kundgebung, an der ca. 200 Menschen teilnahmen, konnten die anwesenden Zivilpolizisten nicht verhindern. – (Bezirk Südostniedersachsen)

Kein Laufen im Kompaniegebäude

Ausbildungskompanie 408 Munster. Voll aufgerödelt und bei jeder Gelegenheit wurde den Rekruten bis Freitag dieser Woche befohlen, im KpGebäude zu laufen. Eine besondere Schikane, die insbesondere in der Grundausbildung benutzt wird, um die Rekruten klein zu kriegen. Durch die Beschwerden mehrerer Soldaten und Forderung der Vertrauensmänner, diese Befehle sofort einzustellen, mußte der KpChef am Freitag vor der angetretenen Kompanie bekanntgeben, daß das Laufen im Kompaniegebäude ab sofort verboten ist.

Politik Callaghans und der Labour-Regierung gegen den Lohnkampf

Streikforderungen der englischen Arbeiterklasse

„Dieses Land muß eine Wahl treffen, ich habe meine getroffen", sagte Callaghan vor einem Monat auf dem Labour-Parteitag und beschwor die Völker Großbritanniens, seiner 10-Prozent-Lohnleitlinie zu folgen: „Wir haben dieses Land über schlechte Zeiten gebracht, laßt uns jetzt die Erfolge dieses Jahres in die besseren Zeiten mitnehmen, die vor uns liegen."

Die Erfolge, das sind um die Hälfte oder um das Doppelte gestiegene Profite, Außenhandelsüberschuß aus Nordseeöl, drastisch gesunkene Reallöhne. Die Aktienwerte sind gestiegen, das Pfund gewann als internationale Währung wieder ein Interesse, der britische Imperialismus bereitet einen neuen Expansionsfeldzug vor.

Am letzten Dienstag haben die Arbeiter der Kohlebergwerke ihre Wahl getroffen. Sie haben der Lohnpolitik der Regierung eine weitere und dieses mal wohl vernichtende Niederlage beigebracht. Die Reaktion der Börse kam sofort. Der Aktienindex sprang in die Tiefe, das Pfund fiel.

Die Inflation wird gegen die Arbeiter ausgespielt: „Ich wiederhole: die Steigerung der nationalen Löhne von 10 Prozent bedeutet für 1978 eine niedrigere Inflationsrate als heute. Über 10 Prozent bedeutet, daß die Inflation wieder aufgeht. Unsere Zukunft liegt also in unserer Hand", so Callaghan auf dem Labour-Parteitag.

Nach der Phase I, in der Lohnerhöhungen auf 6 Pfund begrenzt sind, läuft jetzt Phase II, die 10 Prozent als höchste Lohnsteigerung vorsieht. Gleichzeitig hat der Gewerkschaftskongreß, der von der Regierung angegebenen „12-Monatsnorm" zugestimmt, nach der neue Lohnabschlüsse nach Ablauf der Phase II frühestens 12 Monate nach der letzten Lohnerhöhung folgen dürfen.

Die zweite Seite der Labour-Lohnpolitik ist die verstärkte Ausweitung von Prämien-Lohnsystemen. Schon seit Mitte der 60er Jahre haben sich alle Regierungen an diesem Programm versucht. Kongresse sind abgehalten und Handbücher geschrieben worden, die zeigen, daß ein Arbeiter im Zeitlohn mit 4,5 km/Std. über den Fabrikhof geht und im Prämienlohn mit 6 km/Std., oder daß eine Prämie von 20 Prozent ausreicht, um die Produktion um 25 Prozent zu erhöhen.

Das Manöver ist für Labour nicht ungefährlich. Jeder erinnert sich hier daran, daß die konservative Heath-Regierung vor drei Jahren statt im Kohlenbergbau das Prämienlohnsystem wie geplant einzuführen, an den gewaltigen Streiks der Bergarbeiter gescheitert ist. Die Reformisten taktieren deshalb vorsichtig und setzen an allen Spaltungslinien an. Den 120000 Arbeitern der staatlichen Leyland-Werke hat Labour ein Abkommen vorlegen lassen, das unter anderem vorsieht: Erstens sofortige Lohnerhöhung um 10 Prozent, zweitens zentrale Tarifverhandlungen und gleiche Löhne für alle 34 Leyland Fabriken, drittens Prämienlohn ab 1. Januar 1978.

Die große Mehrheit der Leyland-Arbeiter ist für zentrale Verhandlungen, aber gegen Prämienlohn. In der Abstimmung war das nicht vorgesehen. Von den beiden großen Gewerkschaften bei Leyland sprach sich eine für das Abkommen aus, die andere dagegen. Die Einheit war untergraben. 90333 der 103605 ausgegebenen Stimmzettel, die als gültig abgegeben worden sind, waren 59029 für das Abkommen und 31304 dagegen.

Trotz dieser Ergebnisse hat Callaghan nicht gewagt, von einem Sieg zu sprechen. Die Zustimmung der Leyland-Arbeiter zum Prämienlohn hat er damit noch nicht. Er nutzte aber das Abstimmungsergebnis zur Vorbereitung des Hauptangriffs: der Urabstimmung über den Prämienlohn im Kohlebergbau. Um die Front aufzuweichen, verkündete Schatzkanzler Healey eine Woche vorher einen Zusatzhaushalt mit Steuersenkungen noch im Dezember an. 16 DM weniger Steuern im Monat für Verheiratete, das ist reiner Hohn. Mindestens 60 Mark sind durch die Steuerprogression bei der letzten Lohnerhöhung verlorengegangen. Gleichzeitig bringt der Zusatzhaushalt „Hilfen für den Kleinbetrieb", z.B. 20 Prozent Steuersenkung für Minderheitenbeteiligungen und Steuerfreiheit bei Kapitaltransfer bis zu 100000 DM. Mit der Kombination von Phase II, Steuersenkungen, Fernsehappellen an die Nation (Callaghan: „Ich glaube, das britische Volk weiß in seinem Innersten, wie die Lage ist und ich vertraue ihm.") und mit der Errichtung einer unabhängigen Kommission, die die Situation im Polizeidienst begutachten soll, wurde die Polizeigewerkschaft dazu gebracht, einer Lohnerhöhung von 10 Prozent zuzustimmen. Die letzte derartige Kommission hatte es 1960 gegeben und ihre Ergebnisse hatten eine gewaltige Erhöhung der Polizeigehälter gebracht. Die Labour-Regierung hat aber schon angekündigt, daß größere Erhöhungen nur in Etappen erfolgen können. So vorbereitet ging die Regierung in die Urabstimmung im Kohlebergbau.

Die Arbeiter im Kohlebergbau sind in den letzten Jahren von dem zweiten Platz in der Lohnskala auf den sechsten oder siebten Platz herabgefallen. Das sind schlechte Bedingungen für Prämienlohnvorschläge und Spaltungsversuche. Bei einer Rekordbeteiligung von 88 Prozent wurde das Abkommen mit 110654 gegen 87901 Stimmen abgelehnt.

Damit haben die Bergarbeiter einen harten Winter eröffnet. Die NUM hat bereits angekündigt, daß sie jetzt wieder die Forderung des Gewerkschaftskongresses nach 135 Pfund Wochenlohn für Untertagearbeiter im Schacht zur Grundlage ihrer Verhandlungen macht – das bedeutet eine Lohnsteigerung von 90 Prozent – und gegebenenfalls dafür eine Streikurabstimmung durchführen wird. Die bürgerlichen Zeitungen spekulieren schon über ein frühes Ende der Labour-Regierung.

Aber so einfach wird es nicht kommen. Die Sozialdemokratie hat Erfahrung in Spaltungsmanövern und kann mit der Kollaboration der reformistischen Gewerkschaftsführung rechnen. Die ersten Ansätze für neue Spaltungsversuche sind bereits gemacht: Die NUM-Führung spricht jetzt von der Einführung des Prämienlohns in begrenzten Regionen z.B. Nottinghamshire.

Aber selbst wenn es nur zu begrenzten Abkommen kommen sollte, wird das den Kampf der Bergarbeiter von Yorkshire, Schottland, Südwales und Kent nicht aufhalten können. In diesen Gebieten, wo die Löhne niedrig und die Arbeitslosenzahlen hoch sind, beträgt die Ablehnung zwischen 70 und 83 Prozent.

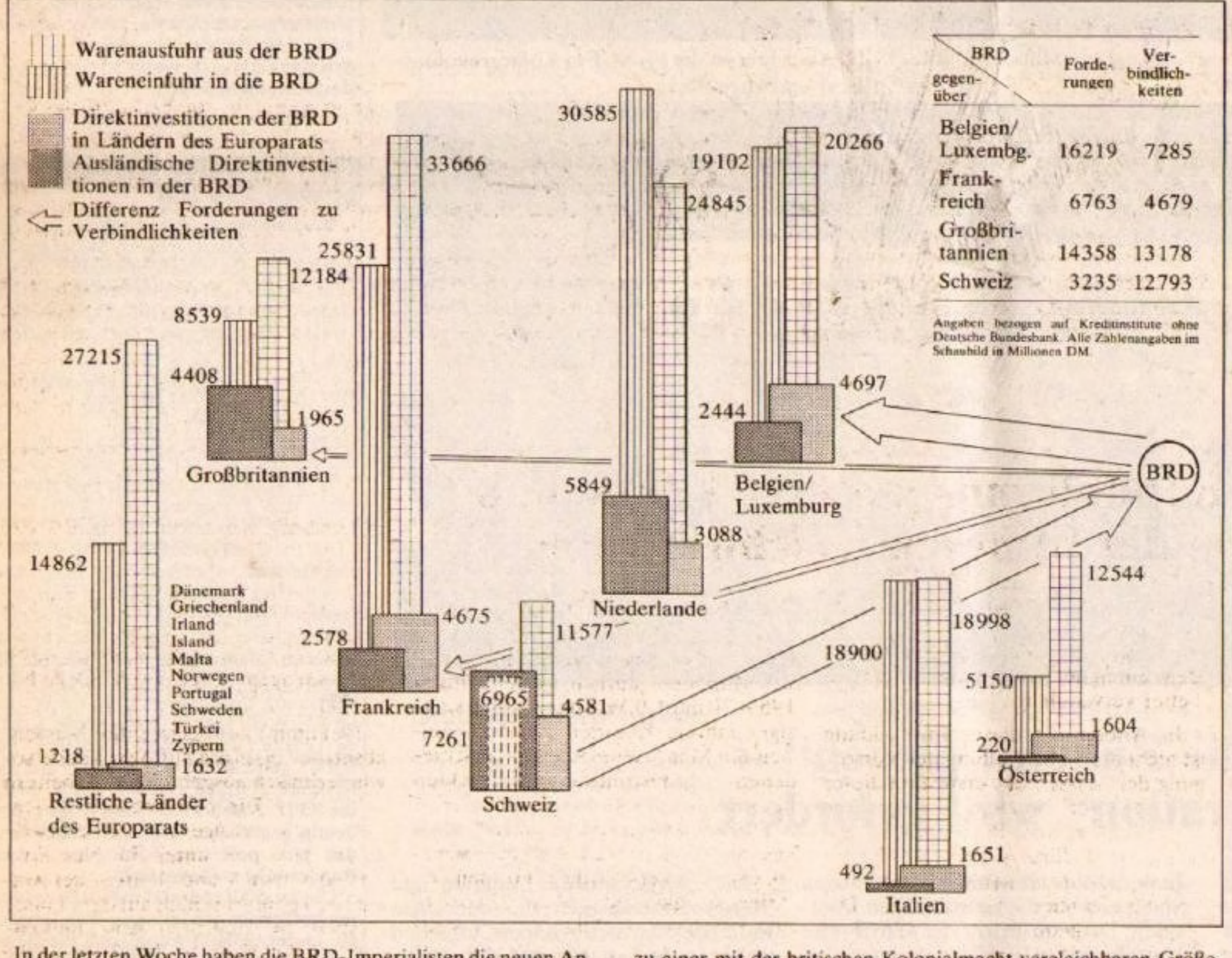
Die entlegenen Gegenden mit niedrigen Löhnen sind auch der Ausgangspunkt der Dienst-nach-Vorschrift-Aktion der Kraftwerksarbeiter gewesen, die schon seit Tagen in Städten und Betrieben zu mehrstündigen Stromausfällen täglich führt, unter anderem konnte deshalb die Parlamentseröffnung durch die Königin im Fernsehen nicht übertragen werden. Die Kraftwerkarbeiter arbeiten in 7 verschiedenen Schichten in 14tägigem Wechsel. Ihre ursprüngliche Forderung umfaßte: Schichtzulagen, Fahrtkostenerstattung und Ausgleichszahlung bei Versetzung an entlegene Kraftwerke. (Großbritannien hat ein Vollverbundnetz, und die Kraftwerke liegen oftmals isoliert von jeder größeren Stadt.)

Damit hoffen sie die 10 Prozent Lohnleitlinie zu umgehen. Nach dem Erfolg der Abstimmung bei den Bergarbeitern hat sich die Aktion, die von der Gewerkschaft nicht unterstützt wird und deshalb fast zwei Wochen lang ohne jeden Effekt blieb, schlagartig über alle Kraftwerke ausgebreitet und die Vertrauensleute haben erklärt, daß sie jetzt auch eine direkte Lohnerhöhung fordern werden.

Bei BOC sind die Kapitalisten weich geworden und haben ein Angebot weit über 10 Prozent gemacht. Die Arbeiter haben dort vorläufig die Arbeit wieder aufgenommen mit der Erklärung, daß das Angebot immer noch zu niedrig sei, daß sie aber zunächst eine Verhandlungsphase einschieben wollen. Sie sind nach wie vor jederzeit bereit, ihren Streik wieder aufzunehmen.

„Keine halben Sachen, entweder zu uns halten oder zuschlagen", hat Callaghan auf dem Labour-Parteitag die Arbeiter aufgefordert. Die Antwort der Bergarbeiter ist eindeutig. Callaghan hat mehrmals öffentlich kundgetan, daß er eher abtreten will, als den vollständigen Zusammenbruch seiner Lohnpolitik erleben. Die Wintermonate werden zeigen, was daran wahr ist. Die Kohlenlager sind fast leer, die Lage für die Bergarbeiter und damit für die ganze britische Arbeiterklasse ist gut. Auf die Einheit kommt es jetzt an.

(Korrespondentenbericht, m.t., Liverpool)



BRD gegenüber	Forderungen	Verbindlichkeiten
Belgien/Luxembg.	16219	7285
Frankreich	6763	4679
Großbritannien	14358	13178
Schweiz	3235	12793

Angaben bezogen auf Kreditinstitute ohne Deutsche Bundesbank. Alle Zahlenangaben im Schaubild in Millionen DM.

In der letzten Woche haben die BRD-Imperialisten die neuen Angaben über ihre Direktinvestitionen ins Ausland und über ausländische Direktinvestitionen in der BRD veröffentlicht: Von den westdeutschen Kapitalexporten im ersten Halbjahr 1977 929,9 Mio. DM (36,5%) auf europäische Länder, davon wiederum der Löwenanteil auf die hochindustrialisierten imperialistischen Länder; von den ausländischen Direktinvestitionen in der BRD stammen 844 Mio. DM (56,7%) aus Europa.

Der Kampf um die Vorherrschaft in Europa tobt mit aller Schärfe. Gegeneinander versuchen die europäischen imperialistischen Mächte, ihre industrielle Basis in Europa zu vergrößern, ihre Hegemonie zu errichten. Gegeneinander versuchen sie, durch Ausweitung des Warenexportes in ihre gegenseitigen Märkte weiter einzudringen und sie zu erobern. Der westdeutsche Imperialismus hat die durch den verlorenen imperialistischen Weltkrieg erlittenen Rückschläge weitgehend, aber eben auch nur weitgehend, wettgemacht. Belgien, Luxemburg, Österreich und bedingt die Schweiz, selbst alles imperialistische Länder im Herzen Europas mit einer hochorganisierten und gut ausgebildeten Arbeiterklasse, versucht er aufzukaufen und in eine feste Basis seiner Hegemoniebestrebungen zu verwandeln. Vor allem in der Schweiz prallt er dabei heftig nicht nur mit seinen europäischen Konkurrenten, sondern vor allem mit dem US-Imperialismus zusammen, der nicht zuletzt von hier aus den Kapitalexport in die westeuropäischen Kernländer betreibt. Seine Position gegenüber dem britischen Imperialismus hat der BRD-Imperialismus in den letzten Jahren zwar erheblich stärken können; aber der hohe britische Kapitalexport in die BRD, der der britischen Finanzbourgeoisie nach wie vor einen hohen Anteil an der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse garantiert, führt ihm nach wie vor seine Vergangenheit als zweimal geschlagene imperialistische Macht vor Augen, die es nie zu einer mit der britischen Kolonialmacht vergleichbaren Größe gebracht hat.

Ein wesentliches Mittel im Kampf gegen die Konkurrenten ist deren Verschuldung bei der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

Obwohl die Angaben über die Gesamtforderungen der westdeutschen Imperialisten gegenüber den einzelnen Ländern wie ein wertvolles Geheimnis gehütet werden – tatsächlich sind sie Bankgeheimnis –, zeigt sich auch schon an den einzelnen und unvollständigen Angaben, daß die westdeutsche Finanzbourgeoisie sich zu einem der größten Gläubiger Europas aufgeschwungen hat, der seinen Schuldnern je nach Lage erpresserische Bedingungen aufdrückt und der zusätzlich zur direkten Ausbeutung fremder Arbeiterheere indirekt über die Wucherzinsen daran teilhat. Um nur, außer den im Schaubild aufgeführten Größen, einige weitere Beispiele zu nennen: Von Februar 1976 bis August 1977 tätigte Frankreich Anleihen bei der westdeutschen Finanzbourgeoisie in *bekannt gewordener Höhe* von 890 Mio. DM und 185 Mio. Dollar, Belgien/Luxemburg von 665 Mio. DM und 145 Mio. Dollar, Norwegen von 1805 Mio. DM und 135 Mio. Dollar, Österreich von 950 Mio. DM und 185 Mio. Dollar.

Die Kraft, sich in wachsendem Umfang an der Ausbeutung der europäischen und der ganzen internationalen Arbeiterklasse und an der Ausplünderung fremder Länder zu beteiligen, zieht der westdeutsche Imperialismus einzig und allein aus der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter. Keinen Grund gibt's also, sich zugunsten der „Wettbewerbsfähigkeit" der Imperialisten auf ein erbärmliches Hungerdasein einzulassen. Im Gegenteil. Den Lohnkampf zu führen, den Klassenkampf zu entfalten und den Sturz des westdeutschen Imperialismus vorzubereiten, ist höchste Pflicht der westdeutschen Arbeiterklasse.

Militärvertrag der BRD-Imperialisten mit Luxemburg: Das Recht auf jederzeitiges militärisches Eingreifen abgepreßt

„Ein Bankparadies", schwärmen die westdeutschen Finanzbourgeois über Luxemburg. „Wir erschließen unseren Kunden von Luxemburg aus den Zugang zu den internationalen Geld- und Kapitalmärkten", wirbt die Compagnie Financière de la Deutsche Bank. Nicht nur sie ist in Luxemburg vertreten. Von den 88 ausländischen Banken, die sich bisher hier niedergelassen haben, sind 21 westdeutsche. Sie beherrschen das Bankgeschäft, das von Luxemburg aus abgewickelt wird und eine Bilanzsumme von 110 Milliarden DM aufweist, zu gut 50 Prozent. „Paradiesisch" sind die luxemburgischen Verhältnisse für die Finanzhaie, vor allem seit der wachsenden Bedeutung der DM als internationaler Währung, gleich in mehrerer Hinsicht: Die internationalen Bankgeschäfte unterliegen nicht den Mindestreserven, d.h. Einlagen können in vollem Umfang und ohne „Sickerungsverluste" als zinsträchtige Kredite weitergeleitet werden. Auf den Ertrag ausländischer Wertpapiere braucht keine Kapitalsteuer gezahlt werden. Kurz: den profitlichen Geld-, Finanz- und Anlagegeschäften sind keine Grenzen gesetzt. Rund 20 Prozent des Euromarktgeschäftes werden inzwischen über Luxemburg abgewickelt.

Dabei ist Luxemburg mehr als ein reines „Bankparadies": Über 1000 Holdinggesellschaften unterhalten aufgrund der Steuergesetzgebung (es brauchen keine Gewerbesteuer, keine Körperschafts- und keine Kapitalertragssteuer gezahlt werden) „Briefkastenfirmen" in Luxemburg. Wie sehr Luxemburg bereits „internationalisiert" oder genauer „verdeutscht" ist, zeigt die schlichte Tatsache, daß 23,9% der 358000 Einwohner keine Luxemburger und die meisten von ihnen westdeutsche Staatsbürger sind.

Der liebe Gott schützte einst, nach der Vertreibung Adams und Evas, das altbiblische Paradies durch einen mit Schwert bewaffneten Engel. Rund 30 Offiziere, 100 Unteroffiziere und 420 Soldaten und Rekruten der luxemburgischen Berufsarmee, dazu 410 straff organisierte Gendarmen und 260 Polizisten stehen der luxemburgischen Bourgeoisie zur Verfügung – „nicht mehr als eine Palastwache", rümpfen die westdeutschen Finanzbourgeois die Nase. Da kümmern sie sich lieber selbst um den Schutz ihrer heiligen Interessen in Luxemburg. In diesem Jahr haben sie ihrem „lieben Partner" ein Militärabkommen aufgezwungen, mit dem sie sich offenbar so weitgehende Rechte erpreßt haben, daß sie das Abkommen geheimhalten. Das Außenministerium jedenfalls wollte von so einem Abkommen nichts wissen. Immerhin die „Süddeutsche Zeitung" hat das Abkommen in einer kurzen Meldung bekanntgegeben. Demnach sieht es vor:

- „gegenseitige Hilfe" im Fall von Angriffen von außen und Unruhen im Innern;
- die Möglichkeit für beide Truppen, die Grenze im Notfall direkt überschreiten zu können;
- die Möglichkeit, die Truppen des „Partners" ohne Verzögerung um Hilfe rufen zu können;
- das „gegenseitige Zurverfügungstellen des gesamten technischen Materials";
- den Austausch gegenseitiger Informationen.

Diesem Abkommen ging voraus ein Abkommen zwischen dem rheinland-pfälzischen Innenminister und Luxemburg über den Einsatz von „Bundesgrenzschutz" (wenn schon in Mogadischu, warum nicht auch in Luxemburg „deutsche Grenzen" schützen?) ging voraus der verschiedentliche Einsatz von Bundeswehr- und Bundesgrenzschutzhubschraubern in Luxemburg, so z.B. bei der Jagd auf entflohene Häftlinge des Grundgefängnisses in diesem Jahr.

„Gegenseitige Hilfe"? Zweimal seit der relativ kurzen Zeit der Unabhängigkeit Luxemburgs (1867) haben die deutschen Imperialisten ihre Truppen nach Luxemburg einmarschieren lassen und das Land besetzt, um ihm von entsprechenden Schritten Frankreichs zu „Hilfe" zu kommen. Und weil es sich gerade so traf, daß sie im Lande waren, haben sie 1917 den luxemburgischen Bourgeois „geholfen", den ersten Streik der Metall- und Bergarbeiter zu zerschlagen.

„Gegenseitige Hilfe"? Vor wem? Vor „Unruhen im Inneren" sicher. Und die „Angriffe von außen"? Als der Großherzog von Luxemburg Anfang des Jahres die BRD bereiste, widmete Scheel sieben Achtel seiner Begrüßungsansprache dem „gemeinsamen Weg", den „beide Länder durch die Geschichte gemeinsam zurückgelegt haben", in der Luxemburg immer die Rolle des heißbegehrten und heftig umkämpften Streitobjektes zwischen Deutschland und Frankreich gespielt hat. Das letzte Achtel hielt Scheel auf die luxemburgische „Gastfreundschaft". Eingeladen nach Luxemburg haben sich die westdeutschen Imperialisten schon. Ganz offensichtlich sind sie entschlossen, sich Luxemburg nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch als Basis für den Kampf um die Vorherrschaft in Europa einzuverleiben. – (Z-Red.)

Die Carterschen Agrargesetze sollen dem US-Imperialismus das Weltweizenmonopol sichern

Große Kämpfe der kleinen Farmer stehen bevor

Weizenbauern aus 20 Bundesstaaten der USA haben beschlossen, ab dem 14. Dezember in den Streik zu treten, wenn bis dahin keine Maßnahmen ergriffen sind, um sie von ihrer drükkenden Schuldenlast zu befreien, und sie für ihre Produkte Preise erhalten, von denen sie leben können. Sie werden die Ablieferung des Getreides boykottieren und diesen Boykott mit Straßen- und Verkehrsblockaden mit ihren Traktoren durchsetzen. Sie wollen die Saatgut-, Düngemittel- und Landmaschinenfabrikanten boykottieren, die die Bauern mit ständig steigenden Preisen in ihre Schuldknechtschaft gebracht haben und die vielfach die gleichen Gesellschaften und Monopole repräsentieren, die den Bauern ihren Weizen zu Schleuderpreisen abnehmen. „Wir werden nicht verkaufen, und nächstes Jahr werden wir nicht produzieren", erklärte ein Sprecher der „Landwirtschaft Amerikas", des Verbandes, den die Bauern zur Führung ihres Kampfes gebildet haben. „Ich brauche euch nicht zu sagen, daß ihr nichts kaufen sollt, denn ihr könnt nichts kaufen von dem, was ihr jetzt habt."

Die Streikbewegung richtet sich gegen das neue Agrargesetz der Regierung Carter, das die großen Weizenproduzenten begünstigt, und der Streik wird unabhängig von den traditionellen Bauernverbänden vorbereitet, die unter dem Kommando der großen Agrar- und Nahrungsmittelkapitalisten stehen: „Wir brauchen keine Vorsitzenden, und wir werden auch nicht irgendwelche Offiziere haben. Wir werden noch nicht einmal Mitgliederlisten führen und einen Beitrag erheben. Jeder Bauer, der mitmacht, soll Streikführer sein."

Nachdem die US-Imperialisten die Weizenproduktion jahrelang gesteigert haben, ist der Markt heute völlig überfüllt und der Preis liegt bei 2 Dollar pro Bushel gegen 4,09 Dollar pro Bushel 1974. Jahrelang haben die US-Imperialisten die Zerstörung der Nahrungsmittelproduktion der Dritten Welt durch den Imperialismus genutzt, um die Länder und Staaten der Welt auszuplündern und mit ihrem Weizenmonopol zu erpressen. Sie haben ihre Weizenproduktion zwischen 1960 und 1975 von 1355 Mio. Bushel auf 2134 Mio. Bushel, also um 57,5% gesteigert, von denen 53,3% exportiert wurden. Sie produzierten 1975 13,7% des Weizens der gesamten Welt, hatten am Weltexport aber einen Anteil von 40,4%. Für diese Produktionssteigerung wurde die Anbaufläche nur um 34,3% erweitert. Die Produktionssteigerung wurde also durch eine gewaltige Steigerung der Produktivität, durch den verstärkten Einsatz von Landmaschinen und Düngemitteln erreicht, der die kleinen Bauern zwang, sich hoch zu verschulden.

Der Kampf der Länder der Dritten Welt um Unabhängigkeit von Nahrungsmittelimporten hat wesentlich dazu beigetragen, die Überproduktionskrise der US-Weizenproduktion zu beschleunigen. Seit 1974 fallen die Preise. Bis Sommer 1977 war erst die Hälfte der Ernte von 1976 verkauft, während die Türkei und Argentinien ihre Exporte steigern konnten.

Die US-Imperialisten wollen mit Hilfe der Maßnahmen dieses Gesetzes das Weltmonopol in der Weizenproduktion gegenüber den Sozialimperialisten und den Ländern der Dritten Welt durchsetzen. Nach innen soll es die Konzentration des Kapitals weiter beschleunigen.

Als erstes sieht das Gesetz eine Einschränkung der Anbaufläche um 20% vor. Wer die Einschränkung nicht vornimmt, verliert alle Subventionen und Steuererleichterungen. Andere Pflanzen dürfen auf dem brachgelegten Land nicht angebaut werden. Diese Maßnahme, die zu einer Verknappung des Angebots führen soll, kommt allein den Agrarkapitalisten zugute, die Land im Überfluß haben.

Weiter sollen staatliche Subventionen in der Höhe von über 4 Mrd. Dollar gezahlt werden, falls der Weizenpreis unter einer bestimmten Höhe liegt, die im nächsten Jahr bei 3,10 Dollar liegen soll. Diese Maßnahme häuft Geld direkt vor allem in den Händen der großen Produzenten an und wird sie veranlassen, die Produktion auf der eingeschränkten Anbaufläche weiter zu steigern. Sie garantiert ihnen Profite und erleichtert es ihnen gleichzeitig, ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu niedrigsten Preisen zu unterbieten.

Ferner sollen umfangreiche Vorratslager auf Staatskosten angelegt werden, darunter ein „Notstandsfonds" von 6 Mio. Tonnen Weizen, angeblich, um dem Welternährungsproblem im Falle einer erneuten Steigerung der Getreidepreise zu steuern, tatsächlich, um Reserven zu haben, um mögliche Konkurrenten auf dem Weltmarkt jederzeit unterbieten und ausschalten zu können.

Der Handelskrieg um das Weizenmonopol, den Carter mit diesem Gesetz eingeleitet hat, wird im Innern der USA die Vernichtung weiterer Tausender kleiner Bauern bedeuten, wenn es ihnen nicht gelingt, in ihrem Streik eine Erleichterung ihrer Schuldenlast zu erreichen. Das durchschnittliche Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung war 1973 während des Weizenbooms kurzfristig angestiegen. Seither ist es beständig gesunken und lag 1975 bei 89,6% des Einkommens der nicht bäuerlichen Bevölkerung. Nach Schätzungen des US-Landwirtschaftsministeriums wird es in diesem Jahr unter dem Niveau von 1936 liegen. Stattdessen ist die Verschuldung der Bauern im Jahr 1973 sprunghaft gestiegen und nimmt seitdem jährlich um weit über 10% zu. 1970 lag die Verschuldung aller landwirtschaftlichen Betriebe bei 53,1 Mrd. Dollar, 1976 bei knapp 91 Mrd. Dollar und wird in diesem Jahr wahrscheinlich 102 Mrd. Dollar erreichen.

Diese Zahlen beziehen sich auf alle landwirtschaftlichen Betriebe, sie betreffen aber diese Betriebe in sehr unterschiedlicher Weise. 63,9% der landwirtschaftlichen Betriebe verkauften 1975 für weniger als für 20000 Dollar Produkte, sie erhielten dafür 10,7% aller Geldeinnahmen der Landwirtschaft. 3,9% der Betriebe verkauften für 100000 Dollar und mehr Produkte, sie erzielten dafür 40,8% aller Geldeinnahmen. Diese großen Agrarkapitalisten sind von der Schuldenlast und von den Carterschen Produktionseinschränkungen nicht betroffen, sie profitieren davon. 2,2% der landwirtschaftlichen Betriebe mit 2000 und mehr Acres besaßen 1969 42,8% des bäuerlichen Landes, aber nur 14,3% des bebauten Landes. Sie haben genug übrig für die Viehzucht und zum Spekulieren. 15,3% der Betriebe besaßen zwischen 260 und 499 Acres, was damals etwa der Durchschnittsgröße entsprach. Sie besaßen 14,0% des Gesamtagrarlandes, aber 23,8% des bebauten Bodens. Diese Betriebe müssen jeden Quadratmeter nutzen, um sich über Wasser zu halten. Der größte Teil des Wertes ihres Produkts fällt sowieso an das Finanzkapital, die großen Nahrungsmittelkonzerne, die im allgemeinen auch die großen Grundbesitzer sind.

155 Mrd. Dollar haben die Amerikaner 1975 für amerikanische Agrarprodukte ausgegeben. 55 Mrd. entsprachen dem Geld, das die Bauern wieder auf die Hand bekamen, 103 Mrd. fielen an Transport- und Handelskapitalisten und an den Staat, 34 Mrd. Dollar fielen laut dem statisischen Jahrbuch der USA 1976 an „andere", und zwar vor allem für Kapitalschulden und Zinsen. In gewaltigem Umfang haben die imperialistischen Monopole in den letzten Jahrzehnten Land an sich gerissen, Bauern gelegt, die ländliche Bevölkerung dezimiert. Seit 1945 hat die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um mehr als die Hälfte von 5967000 auf 2786000 abgenommen. Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich dafür mehr als verdoppelt, von 191 Acres auf 387 Acres. Der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung ist in dieser Zeit von 17,5% auf 4,2% gesunken.

Die Cartersche Gesetzgebung soll dazu führen, daß sich die kleinen und mittleren Bauern noch mehr für das parasitäre Finanzkapital schinden, um schließlich von ihrem Land vertrieben und der Lohnsklaverei unterworfen zu werden. Dagegen richtet sich der Streik der Weizenbauern. – (Z-Red.)

Ausbeuter- und Unterdrückerregime von Anfang an



Sowjetunion: Kapitalismus auf dem Lande und Verelendung der früheren Kolchosbauern

Revisionistenchef Breschnew hat in seiner Rede zum Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die werktätigen Massen der Sowjetunion für die katastrophale Lage in der Landwirtschaft verantwortlich gemacht. Breschnew war genötigt, mit 194 Millionen Tonnen eine Getreideernte zu melden, die er „nicht einmal als mittlere Leistung" bezeichnete. Das Ergebnis liegt um 29 Millionen Tonnen unter jenem des Vorjahres und bleibt auch um 26 Millionen Tonnen hinter dem bis 1980 vorgeplanten Jahresdurchschnitt zurück. Breschnew „hielt sich diesmal nicht mit klimatischen Begründungen auf, sondern appellierte nachdrücklich an das Leistungsbewußtsein der Produzenten, die bisher nicht genügend motiviert werden konnten" (Die Presse, 3.10.). Kein Wunder, die sowjetischen Werktätigen haben kein Interesse daran, von einer neuen Bourgeoisie ausgebeutet zu werden. Die katastrophale Lage in der Landwirtschaft, die in den letzten Jahren in der Sowjetunion zu hohen Defiziten geführt hat und die Versorgungslage der werktätigen Massen stark beeinträchtigt, hat ihre Ursache darin, daß von der neuen Bourgeoisie Schritt für Schritt die Kollektivierungsanstrengungen der Arbeiter und Bauern in den dreißiger Jahren rückgängig gemacht worden sind.

Alle Errungenschaften der sozialistischen Landwirtschaft wurden zerstört, Sowchosen und Kolchosen zu staatlichem garantiertem Privateigentum einer neuen Bourgeoisie verwandelt.

Chruschtschow hatte nach dem 20. Parteitag der KPdSU die Restauration des Kapitalismus eingeleitet. Anfang der sechziger Jahre besuchte er die USA und propagierte nach seiner Rückkehr die USA-Großfarmen, die auf kapitalistischer Grundlage geführt hochmechanisiert die Arbeiter ausbeuten, als großartige Sache, die, angewandt auf die Sowjetunion, es ermöglichen würde, die USA in den siebziger Jahren in der Landwirtschaft zu überholen. Entsprechende Maßnahmen wurden eingeleitet, die zu katastrophalen Mißwirtschaften in der Landwirtschaft in der Sowjetunion führten, andererseits der neuen Bourgeoisie nicht schnell genug gingen, so daß Chruschtschow von einer Revisionistengruppe unter Breschnews Führung abgesetzt wurde. Chruschtschows Sturz wurde in einer ZK-Sitzung besiegelt, die gleichzeitig als „Wendepunkt" in der Sowjetlandwirtschaft von den neuen Machthaber gefeiert wird. Auf dieser Tagung beschlossen die Revisionisten, daß „das Niveau der Rentabilität zur Basis für die objektive Beurteilung der Betriebsführung der Kolchose und ihrer Staatsgüter werden soll". Damit wurde ausdrücklich festgelegt, daß das Profitprinzip gilt und gleich noch entsprechende Maßregeln für die Sowchosen und Kolchosen erlassen. In kapitalistische Wirtschaftsbetriebe verwandelt, wurde ein „Musterstatut" für die Kolchose und „Leitsätze für die innere Führung" verfaßt, die den Leiter der Kolchose praktisch berechtigen, über die Reichtümer und Geldmittel der Kolchose zu verfügen, Kauf und Verkauf zu regeln, Boden der Kolchose zu vermieten, Löhne und Prämien für die Kolchosmitglieder festzulegen. Praktisch wurden dem Kolchosleiter Rechte eines kapitalistischen Fabrikdirektoren gegeben, eingesetzt werden diese Direktoren von der neuen Bourgeoisie. Mit der Schaffung dieses neuen Musterstatuts sind die Kolchosbauern praktisch ihres Bodens enteignet worden und in Landarbeiter verwandelt.

In Anbetracht dieser Entwicklung ist nicht die Sicherstellung der Versorgung der Massen das erste Ziel dieser Betriebsleiter, sondern die Raffung von Profiten und Prämien, was die Konkurrenz fördert und seit Jahren immer wieder die Mißwirtschaften in der Sowjetunion hervorbringt. Die neuen Bourgeois in der Sowjetunion sind gerade dabei, die Kolchosen vollständig abzuschaffen und in großangelegten Betrieben und Zusammenschlüssen von Sowchosen und Kolchosen die Ausbeutung der Arbeiter zu organisieren.

Herrscht das Prinzip des Profits, ist die Verelendung der Arbeiterklasse, der breiten Massen der sowjetischen Werktätigen die unausweichliche Folge. Dabei sind die ehemaligen Kolchosbauern in der elendesten ökonomischen Lage. Folgende Beispiele dokumentieren diese Entwicklung, sie sind zum Teil aus Untersuchungen der Sozialimperialisten selber, denen die Entwicklung der Landwirtschaft und ihr Niedergang für die Ausrichtung ihrer Kriegsvorbereitungen beträchtliches Kopfzerbrechen macht.

Landflucht, niedrige Löhne, Ausbildungsmangel und Rückgang der Geburten, das spiegelt die Lage der ehemaligen Kolchosbauern wider.

Landflucht ist ein typisches Ergebnis der rigorosen Kapitalisierung der Landwirtschaft. In der Sowjetunion hat diese Entwicklung mittlerweile riesige Ausmaße angenommen. Zwischen 1959 und 1970 haben rund 3 Millionen Landbewohner jährlich ihre Dörfer verlassen. Diese Entwicklung steigt an. Die „Nettoauswanderung" steigt von 1,5 Millionen jährlich in den Jahren 1959–70 auf 1,9 Millionen in den siebziger Jahren. Konnten die Revisionisten die Menschenmassen in verschiedenen Industrialisierungsprojekten der sechziger Jahre, unter anderem in der ansteigenden Rüstungsproduktion aussaugen, so ist die Lage heute schon so, daß sich verschiedene Formen von Arbeitslosigkeit herausbilden, wozu es nur sehr ungenaue Angaben gibt. Mittlerweile ist es so, daß die landwirtschaftlichen Betriebe von der Landflucht selber stark betroffen werden und es zu direkten Produktionsstörungen kommt.

Die Ausbeutung in den Kolchosen und auch in den Sowchosen ist besonders hart, lange Arbeitszeit, allgemein schlechtere Lebensbedingungen, sowjetische Quellen sprechen davon, daß zwar überall Elektrizität ist auf dem Lande, aber nicht alle Wohnungen fließendes Wasser und Gasanschluß haben usw. Vor allem aber die niedrigen Löhne. Das Durchschnittseinkommen eines Kolchosarbeiters ist fast 30% niedriger als der Durchschnittslohn der Arbeiterklasse. Der durchschnittliche Lohn in der Sowjetunion beträgt 150 Rubel, nach offiziellen Statistiken also schon ein Hungerlohn, der sich kaum durch die verschiedenen Prämien noch aufpolieren läßt. So ist deutlich, in welchem Elend die Kolchosarbeiter und ihre Familien leben müssen. Oftmals ist das kleine Stückchen Land, das sie privat besitzen und bewirtschaften nach Feierabend, das einzige, was ihnen die Existenz sichert. Entweder durch Abernten und Eigenverbrauch oder durch Verkauf auf dem Markt. Auch dabei werden sie noch von den Staatsbeamten ausgeplündert und betrogen. (Vgl. auch KVZ Nr. 32/77)

Es kommt zu regelrechten Massenabsetzbewegungen auf dem Lande sowie technisch ausgebildeten Arbeitern vom Lande. Eigenen Angaben der Revisionisten zufolge ist die überwiegende Mehrheit unter 35. Nur etwa 15% der Mittel- und Oberschüler wollen nach dem Abschluß auf dem Lande bleiben. In ländlichen Abschlußklassen auf der Krim wollen 70% in die Stadt ziehen. In der Provinz Leningrad bleiben nur 5% eines Abschlußjahrgangs auf dem Land. Mädchen werden schon unter 16 Jahren von ihren Eltern in die Stadt geschickt, um einen Binnenpaß zu bekommen, den sie nach 16 auf dem Land nicht mehr bekommen. Sie machen dann in der Stadt eine Schulausbildung. Vielfach verlassen auch im Zuge der weiteren Mechanisierung ausgebildete Facharbeiter das Land, also Maschinenarbeiter, Traktorfahrer, LKW-Fahrer, um sich in der Fabrik Arbeit zu suchen. Von Kolchosen in Nowosibirsk verlassen jährlich ein Fünftel der Maschinenarbeiter die Kolchose. Mehr als 2,5 Millionen ländliche Maschinisten haben das Land in der kurzen Zeit von 1966 bis 1968 verlassen.

Die allseitige Restauration der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hat die landwirtschaftlichen Produktivkräfte schwer erschüttert. Dieses ist die Ursache der seit längerem existierenden Rückständigkeit in der Landwirtschaft, der Produktion unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion. – (Z-Red.)

Giscard d'Estaings Streben nach Gloire und Penunze

Waren- und Kapitalverkehr Frankreichs mit dem Nahen Osten / Kampf um die erste Geige in der EG

„Die Wirtschaft Frankreichs wird in Zukunft eine neue Wirtschaft sein, mit einem Wachstum, wie es noch nicht dagewesen ist... Dies ist keine Krise, die wir erleben, sondern eine neue Etappe, eine Änderung der Welt... Für den Präsidenten der Republik geht es darum, eine an den neuen Gegebenheiten der Welt angemessene Wirtschaftspolitik zu machen, einer Welt, die gekennzeichnet ist von der Teuerung der Energie und der Rohstoffe und durch die scharfe Konkurrenz unter den Industriestaaten... Allerdings, die wünschenswerte Entwicklung der Wirtschaft und der französischen Gesellschaft darf sich zukünftig nicht reduzieren auf ein einfaches quantitatives Wachstum. Es ist im Gegenteil eine Entwicklung größerer Dimensionen notwendig..."

Ein klares Wort des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing. Etwa eine Woche, bevor der Krisenstab zur Beratung über eine Intervention in die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) und von da aus nach Algerien getagt hatte, hatte Giscard d'Estaing die räuberischen und expansionistischen Ziele der französischen Imperialisten, deren Durchsetzung die Regierung jetzt entschlossen anpacken will, in einer Rede vor dem französischen Wirtschaftsrat propagiert. Die Niederlagen, die die französischen Imperialisten in Vietnam und in Algerien haben einstecken müssen, halten sie keineswegs davon ab, erneut Großmachtsträumen nachzujagen. Die „Etappe der Änderungen" ist die Neuaufteilung der Welt. Und da ist Frankreich dabei. „Leider, leider" auch die Konkurrenten. „Welches ist der zu verfolgende Weg," fragt Giscard d'Estaing rhetorisch und hat die Antwort gleich parat: „Wir müssen zunächst Schritt für Schritt unsere Abhängigkeit von außen begrenzen durch eine bessere Verwirtschaftlichung der wenigen Ressourcen, die wir bei uns nicht finden: Energie und Rohstoffe."

Die EG-Mitgliedstaaten sind alle zusammen wichtige Handelspartner der Länder im Nahen Osten. Die Exporte und Importe des Nahen Ostens sind zur Hälfte und mehr in und aus den EG-Ländern. Unter den EG-Imperialisten tobt ein heftiger Kampf um die Vormacht in jedem einzelnen Land, denn ihre Absicht dort ist nicht, die Beute zu teilen, sondern alles an sich zu reißen. Gemeinsam stehen sie nur in der Konkurrenz zu den Supermächten, und in der Unterdrückung der Völker gemeinsam auch mit diesen. So ist Italien Syriens größter Ölabnehmer, England importiert über Irland vor allem aus Kuweit das Öl. Frankreich hat große Anstrengungen unternommen in Saudi-Arabien und im Iran Fuß zu fassen, während die BRD-Imperialisten sich auf der Sinai-Halbinsel eingekauft haben.

Es gilt die Devise, wer von den westeuropäischen Staaten seine Positionen an den Energie- und Rohstoffquellen ausbaut, hat die besten Aussichten auf die Vorherrschaft in Europa und damit auch Hoffnungen, sich in die Supermächte einzureihen. Entsprechend dieser Devise sind die französischen Imperialisten verfahren:

Ägypten. Vor der ägyptischen Küste hat sich der französische Erdölkonzern Elf-Aquitaine Konzessionen für Unterwasserschürfung gesichert. Die Konzessionen erstrecken sich auf ein Gebiet von 2 200 qm, wird der Konzern fündig, kann er über 40% der Ölfunde verfügen.

Das französische Röhrenwerk Pont à Mousson hat sich den Auftrag für die Lieferung der Rohre für den Ausbau der ägyptischen Kanalisation gesichert. Das Röhrenwerk hat ähnliche Aufträge im Iran und in Mauritius.

Arabische Republik Jemen. Die französische Regierung hat mit der Republik Jemen einen Vertrag in diesem Jahr abgeschlossen, nach dem die französischen Imperialisten dort Flughäfen und Hafenanlagen liefern und bauen. Ebenso steigen sie in den Ölabbau und Bergbau mit gemeinsamen Forschungsprojekten ein.

Iran. Im Iran bauen die französischen Imperialisten gemeinsam mit den US-Imperialisten eine 400 km lange Autobahn. Sie ziehen daraus sowohl ihren Profit als es auch die Transportwege gewährleistet, auf denen sie die Reichtümer des Landes außer Landes befördern. Zwei französische Banken haben der iranischen Elektrizitätsgesellschaft Kredite in Höhe von über 1 Mrd. Franc gegeben. Die Kredite sind für den Bau von Kraftwerken bestimmt, die ebenfalls neben zwei zusätzlichen Kraftwerken im Wertumfang von ungefähr 10 Mrd. Franc von französischen Konzernen gebaut werden.

Marokko. Mit einem Kapital von 5 Mio. Franc haben die staatlichen Renault-Werke die „Gesellschaft für die Entwicklung des marokkanisch-französischen Warenaustausches" gegründet. Der Generaldirektor dieser Gesellschaft ist der Verantwortliche bei Renault für den Einkauf und Verkauf. Bereits jetzt werden in Marokko Einzelteile für Renault-Wagen hergestellt, in Zukunft soll die Produktion ganzer Autos stattfinden. Der französische Konzern Gazocean, einer der wichtigsten Flüssiggastransportkonzerne der Welt, hat in Marokko eine Zweigniederlassung gegründet.

Saudi-Arabien. Der französische LKW-Konzern Saviem hat in Saudi-Arabien eine Transportgesellschaft gegründet. Die französische Grubengesellschaft hat mit der saudi-arabischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen von 560 Mio. Franc. Dieser staatliche Konzern macht dort Untersuchungen über Wasservorkommen und plant eine Firma zum Abbau von Magnesit. Ein Bauprogramm der französischen Imperialisten in Saudi-Arabien umfaßt ca. 1,1 Mrd. Franc.

Dies sind nur einige der wichtigsten Beispiele der Anstrengungen des französischen Imperialismus, im Nahen Osten Fuß zu fassen und die Konkurrenten zu besiegen. Die Auslandsinvestitionen der französischen Imperialisten sind von 1969 bis 1976 von ca. 3,4 auf 6,7 Mrd. Franc gestiegen, wobei im letzten Jahr die Investitionen im Erdölsektor über 70 % der gesamten Auslandsinvestitionen betrugen. Die Investitionen in der Erdölindustrie entfielen vor allem auf die Erforschung und Förderung von Erdölvorkommen.

Neben den Handelserleicherungen, die sich die EG-Kapitalisten gegenüber den Ländern im Nahen Osten wie Syrien, Jordanien, Ägypten, Libanon, Marokko und Algerien durch Aufhebungen von Zöllen und Aufhebung jeglicher Einschränkungen der Einfuhren, Investitionsförderungen, Zuschüsse und Darlehen aus der europäischen Investitionsbank geschaffen haben, gewährt die französische Regierung den französischen Kapitalisten steuerfreie Rücklagen für Investitionen im Nahen Osten. Zusätzlich haben die französischen Kapitalisten jetzt einen „Entwicklungs- und Investitionsfonds" eingerichtet, der 50 Mio. Dollar betragen soll, um „arbeitsintensive Fabriken in den ärmsten Ländern Afrikas sowie auf der arabischen Halbinsel zu errichten". In den Plan werden allerdings „nur" Länder einbezogen, die weniger als 7 Mio. Einwohner haben und in denen das Durchschnittsjahreseinkommen höchstens 250 Dollar beträgt.

Die Regierung läßt zudem jetzt den Hafen von Marseille als Brückenkopf zum Nahen Osten ausbauen. Das Umschlagsvolumen wird erhöht, und Ziel ist es, Rotterdam als bisher bedeutendstem Hafen an der Atlantikküste den Rang abzulaufen.

„Marseille will darüberhinaus für den zunehmenden Warenverkehr mit Nah-Ost aus seiner günstigen geographischen Lage Nutzen ziehen. Es besitzt hierfür einen klaren Vorsprung gegenüber Rotterdam, zumal die Stadt nunmehr durch ein vollständiges Autobahnnetz mit den wichtigsten Industriezonen Europas verbunden ist", schreibt „Nachrichten für Außenhandel" vom 11.8. dieses Jahres.

Sicherung der Rohstoffe und Ölquellen im Nahen Osten, unter dem Gesichtspunkt betrachten die Imperialisten der EG auch den Beitritt von Spanien, Portugal und Griechenland:

„Dank der bereits geplanten Erweiterung der Gemeinschaft gen Süden, ... vermag das Gewicht Europas im Mittelmeerraum und von dort im Mittleren Osten beträchtlich gestärkt werden. Die meisten Abkommen, die die Gemeinschaft mit den Anrainerstaaten des Mittelmeeres abgeschlossen hat, zielen in die gleiche Richtung, und der euro-arabische Dialog, der jetzt ja wieder aufgenommen wird, weist zweifellos eine Zweckbestimmung auf, die über eine reine Verstärkung des Handelsaustausches hinausgeht."

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß das gerade in der „Europäischen Wehrkunde" behandelt wird. Worüber sollten sich die Imperialisten denn sonst in die Haare kriegen, wenn nicht über Anteile ihrer Räubereien. So schreibt die „Europäische Wehrkunde" an anderer Stelle:

„... die neuartigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die sich entlang der Nord-Süd Achse entwickeln, werden unsere Sicherheit durchaus sehr fühlbar beeinflussen können. Es ist bereits zu einer Binsenwahrheit geworden, von der großen Abhängigkeit Europas vom Erdöl des Mittleren Ostens zu sprechen." (8/77)

„Es muß wieder gehandelt werden, um das Wachstum der materiellen Güter zu sichern", hatte Giscard d'Estaing in seiner Rede erhitzt gerufen und hat dann gleich eine Woche später die Intervention der „Force d'intervention" (Interventionsstreitmacht) angedroht, die extra „zur Hilfe für befreundete, näher oder weiter entfernt gelegene Staaten" von der französischen Bourgeoisie ins Leben gerufen wurde. Die Waffen für diese „Hilfe" hat Giscard d'Estaing schon in die arabischen Länder hinschaffen lassen. Mit den Lieferungen von Mirage-Flugzeugen und Waffen haben sich die französischen Imperialisten dort einen festen Stützpunkt eingerichtet.

An die französischen Arbeiter gewandt, hat d'Estaing für die Verwirklichung dieser Expansionspolitik verkündet:

„Der andere Teil besteht, angesichts der schärfer und schärfer werdenden Konkurrenz der Industrieländer, darin, daß wir ein Maximum an Produktion entwickeln müssen, ... daß wir den Wert unserer grundlegenden Ressourcen anheben, und diese bestehen in unseren Leistungen. Anstrengungen, mehr als jemals, sind unerläßlich. Es gehört nicht viel dazu, die Fähigkeit zu entfalten, den altbekannten Lasten der Arbeit die Stirn zu bieten..."
(Zitate nach „Le Monde" vom 25.10.77) – (Z-Red.)

Lohnraub durch das zionistische Siedlerregime – Beschleunigte Kriegsvorbereitung

Am 28.10.77 hat die israelische Regierung die Devisenkontrolle aufgehoben und damit die Wechselkurse freigegegeben. Das bedeutet eine Abwertung des israelischen Pfundes von real 45 – 50%. Gleichzeitig hat sie die Mehrwertsteuer von 8 auf 12% erhöht. Um rund 50% ist der Kurswert der US-Dollars an den israelischen Banken gestiegen.

Die US-Imperialisten und die europäischen Imperialisten jubeln, die Ausbeutungsbedingungen haben sich für die Imperialisten immens erhöht, die Löhne der israelischen Arbeiterklasse sind real um mindestens 10% gesunken. Für dieses Plünderungsprogramm haben die Imperialisten im IWF (Internationaler Währungsfonds) eigens 750 Mill. US-Dollar bereitgestellt. Die Imperialisten treiben die Kriegsvorbereitungen im Nahen Osten voran: Sie haben Israel zum Militärstützpunkt ausgebaut, die Aggressionen gegen die arabischen Staaten verschärft und die Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser in den besetzten Gebieten vorangetrieben, um die 1967 besetzten Gebiete endgültig zu annektieren. Jetzt verschärfen sie die Steuerausplünderung und Lohnsenkung der Arbeiterklasse und Volksmassen in Israel.

Um dieses Kriegsprogramm voranzutreiben haben die US-Imperialisten Anfang 1977 den amerikanischen Wirtschaftsprofessor Friedmann, Nobelpreisträger der US-Imperialisten in Sachen Ausbeutung, als Finanzexperten der neuen Begin-Regierung zugesellt. „Gute Arbeit" habe die israelische Regierung mit ihrem neuen Krisenwirtschaftsprogramm geleistet. „Wer über ausländische Konten verfügt, wird Vorteile haben, wer aber von seinem Lohn oder Gehalt leben muß, wird das nur noch schwer bewerkstelligen können." Und: „Was immer man gegen die israelische Regierung sagen mag, ... sie regiert. Sie scheut sich nicht vor unpopulären Maßnahmen", lobt die „Frankfurter Rundschau" am 1.11.

Bis Anfang 76 hatte die israelische Regierung ihre Subventionen für 14 wichtige Lebensmittel um 25–30% gesenkt, die Preise für Lebensmittel und Konsumgüter um 39% erhöht und damit den „privaten Pro-Kopfverbrauch", das heißt also die Lebensbedingungen der Massen um 3% gesenkt. Am 1.7.76 hat die israelische Regierung eine Mehrwertsteuer von 8% eingeführt, mit einer weiteren Kürzung der Subventionen für Nahrungsmittel und einer „schrittweisen" Abwertung des israelischen Pfundes um monatlich 2% die Preise für Nahrungs- und Konsumgüter um weitere 30% bis Ende 1976 erhöht. „Insgesamt gelang es, den privaten Konsum zu senken", schreibt die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen in ihren Mitteilungen über Israel Ende 1976. Die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Israel verschärft die Widersprüche im Inneren des Landes. Zahlreiche Streiks und Protestaktionen gegen die Lohnsenkungen wurden im Jahr 76 durchgeführt, die allein im öffentlichen Dienst 35% der Beschäftigten umfaßten. Ab 1.10.76 wird zweimal im Jahr, im Oktober und April, eine „Teuerungszulage" von 13% auf den Grundlohn gezahlt, um die Kämpfe der Arbeiterklasse zu spalten. Bis Mitte 1977 wurden die Löhne und Gehälter der Volksmassen in Israel um durchschnittlich 22% erhöht, die laufenden Preise um weitere 31,7% erhöht. Insgesamt wurden also die Löhne der Massen im ersten Halbjahr 1977 um weitere 9,7% gesenkt.

Durch die jüngsten Maßnahmen der israelischen Regierung wurden die Preise der wichtigsten Grundnahrungsmittel Brot, Milch, Margarine, Eier, Kaffee, Geflügel u.a. um weitere 10 bis 25% erhöht. Die Preissteigerungen sollen bis Ende des Jahres 30 bis 40% betragen.

In vielen großen Betrieben streiken die Arbeiter gegen die Maßnahmen der Regierung. Als erste traten die Fernmeldetechniker und Postboten in Tel Aviv in den Streik. In einem Chemiebetrieb am Toten Meer legten die Arbeiter für 4 Stunden die Arbeit nieder. Das Wartungspersonal der israelischen Fluggesellschaft El Al legte den gesamten Luftverkehr des Landes lahm, und in Aschdad und Haifa streikten die Hafenarbeiter und die Arbeiter in allen großen Industriebetrieben. Die Arbeiter fordern sofortige neue Verhandlungen über Tarifverträge. Die Gewerkschaft fordert vollen Lohnausgleich gegen die Maßnahmen der Regierung und ruft zum Proteststreik auf. In Bnei Brak, einem Vorort von Tel Aviv, haben mehrere hundert Arbeiter und Angestellte eine Protestveranstaltung durchgeführt. Die israelische Gewerkschaft hat dagegen angekündigt, sie wolle mit großen Kampfmaßnahmen bis Anfang 1978 warten, um „die Auswirkungen der Maßnahmen der Regierung abzuwarten".

Die israelische Gewerkschaft ist fest in den Händen der israelischen Bourgeoisie. Mit ihren Spaltungsmanövern ist es ihr jedoch nicht gelungen die Kämpfe der israelischen Arbeiterklasse gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung niederzuhalten. Immer weniger gelingt es den Imperialisten die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Israel für ihre Kriegsvorbereitungen zu gewinnen. In den letzten Jahren haben sich in Israel Widerstandsorganisationen gegründet, die den Kampf organisieren gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Israel und die beginnen, sich mit dem Kampf des palästinensischen Volkes zu verbinden. Während einer Feier in Yamid im nördlichen Sinai zum 2. Jahrestag der Ansiedlung von 300 Siedlerfamilien, auf der Begin ankündigte, hier eine Stadt von 100 000 Einwohnern in den nächsten Jahren aufzubauen, wurden aus dem Kibbuz Kernib gegen die Besiedlung besetzter Gebiete und die Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten Demonstrationen und Protestaktionen durchgeführt. In keiner Weise unterscheidet sich der Staat Israel von den Siedlerregimes im südlichen Afrika. Seine Politik ist Ausplünderung, verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung im Inneren und Kriegsvorbereitungen und verschärfte Aggression gegen die arabischen und palästinensischen Volksmassen in den besetzten Gebieten und die arabischen Staaten. Diese Politik der Imperialisten treibt unweigerlich den Kampf der Volksmassen zum Sturz dieser Ausbeuter und zur Zerschlagung dieses Kettenhundes der US-Imperialisten voran. – (Z-Red.)

Kalender der Palästinensischen Jugendorganisation für das Jahr 1978

Seite 13 Jahren führt die Palästinensische Revolution unter Führung von Al-Fatah den bewaffneten Kampf für die Befreiung Palästinas.

„Der rassistische, zionistische Staat Israel ist die Speerspitze des Imperialismus, die sich mit dem Ziel des Expansionismus und der Ausbeutung der arabischen Nation in ein Waffendepot verwandelt hat." – Yasir Arafat –



■ "Das rassistische, zionistische Staat Israel ist die Speerspitze des Imperialismus, die sich mit dem Ziel der Expansion und der Ausbeutung der arabischen Nation in ein Waffendepot verwandelt hat." -Yasir Arafat-

■ "The racist zionist state of Israel is the stronghold of imperialism which has been rendered into an arms depot in order to occupy and exploit the Arab Nation."

■ "Lo stato d'Israele, razzista e sionista, è la punta di diamante dell'imperialismo: esso si è trasformato in un deposito di armi allo scopo di espandersi e di sfruttare la nazione araba."

Februar 1978 February شباط Febbraio

30	31	1	2	3	4	5
6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	1	2	3	4	

Solidaritätspreis: 10,00 DM

Bestellungen bei jeder KVZ-Verkaufsstelle oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151 6000 Frankfurt/Main

Front gegen die herrschende Klasse und ihren Staat oder Hoffnung auf eine Klimaveränderung?

„Mit großer Besorgnis beobachten wir", so fangen jetzt immer häufiger Resolutionen an, die sich gegen die Reaktion richten sollen, „daß sich in den letzten Jahren ein rapider Abbau demokratischer Rechte in der BRD vollzogen hat." Ob „Besorgnis" das Richtige ist gegenüber der Verschärfung des Klassenkampfes, wobei die Bourgeoisie die demokratischen Bestrebungen und Kampfmaßnahmen der Massen mit brutaler Reaktion auf der ganzen Linie beantwortet? Gegenüber wem anders als gegenüber der herrschenden Klasse wird die „Besorgnis" zum Ausdruck gebracht? Es wird am Standpunkt des „Beobachters" liegen, daß ihn vor allem „Besorgnis" ergreift angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes und daß er diese Besorgnis gegenüber der herrschenden Klasse zum Ausdruck bringt. Man soll solche Resolutionen der demokratischen und revolutionären Bewegung, die den Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse führt, nicht vorlegen. Sie verlangen die Selbstentmündigung dieser Bewegung. Warum sollte sie bei Bewußtsein sowas unterschreiben und vertreten? Die Rechte sind nicht vom Himmel gefallen. Soweit es sie gibt, sind sie erkämpft worden. Die Bourgeoisie will sie liquidieren. Was ist daran „besorgniserregend", wenn man von den vorhandenen Interessengegensätzen ausgeht? Man muß das Niveau des Kampfes heben. Darauf kommt es an.

„In einer politischen Situation, in der unter dem Vorwand des ‚Kampfes gegen den Terrorismus' Denunziation, Einschüchterung und Verfolgung sich zu einer Hexenjagd steigern, hat der Vorstand der CDU beschlossen, einen Verbotsantrag gegen kommunistische Organisationen zu stellen. Dieser Vorstoß ist ein schwerer Anschlag auf die Rechte der Arbeiterklasse. Er ist darüberhinaus unmittelbar gerichtet gegen alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte in unserem Land. Schon jetzt werden Heinrich Böll, Volker Schlöndorff, Schauspieldirektor Peymann, Luise Rinser und eine große Anzahl Hochschullehrer, Journalisten, Gewerkschafter und Künstler durch eine hysterische Hetze zu ‚Sympathisanten des Terrors' abgestempelt und in ihrer Existenz bedroht."

Die Communist Workers Movement führte am Samstag, dem 6. November, vor den deutschen Konsulaten in London und Liverpool Kundgebungen gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML durch, an der sich 50 bzw. 20 beteiligten. Die Kundgebungen wurden ebenfalls von der Communist Ligue of Great Britain unterstützt.

So lautet der Text zu einer Unterschriftensammlung gegen die vom CDU-Vorstand beschlossenen Verbotsanträge. Der Text stammt ursprünglich vom „Komitee gegen politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands" und ist wohl von Kommunisten entworfen. Die Gruppe „Arbeiterkampf" hat diesen Unterschriftentext übernommen. Er kursiert auch in einer Fassung, für die der Verantwortliche des „Arbeiterkampf" verantwortlich zeichnet. Seither bildet dieser Text die Grundlage für verschiedene Resolutionen, die entweder von Mitgliedern der KPD oder von Mitgliedern der Gruppe „Arbeiterkampf" oder von beiden gemeinsam bei verschiedenen Gelegenheiten eingebracht worden sind.

Wir denken, daß es sich bei diesem Text um eine Leimrute handelt, an der die demokratische und revolutionäre Bewegung nicht kleben bleiben darf, wenn sie sich im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, im Kampf gegen die Verbotsanträge nicht entwaffnen lassen, sondern eine Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes aufbauen will.

Was heißt das, „unter dem Vorwand des ‚Kampfes gegen den Terrorismus'"? Das heißt, der Kampf gegen den Terrorismus ist „an sich" gut, die Bourgeoisie aber führt ihn nicht richtig, weshalb er in Anführungsstriche kommt, und sie nimmt ihn zudem nur als Vorwand, um ganz andere Ziele zu verfolgen, nämlich das Verbot der kommunistischen Organisationen und die Beseitigung der Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse. So steht es da und so muß man es verstehen. Es gibt aber kein „an sich" des Kampfes gegen den Terrorismus, das von der Bourgeoisie verdreht und als Vorwand benutzt würde. Es gibt die Reaktion der herrschenden Klasse und mit dieser Reaktion verfolgt sie von A bis Z die Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Stellt man diese Sache anders dar, dann macht man der Bourgeoisie ein ideologisches Vergleichsangebot und spekuliert auf ein Bündnis mit Kräften der Bourgeoisie.

Was ist mit der „Hexenjagd"? Offensichtlich ist das etwas Unvernünftiges. Die Bourgeoisie geht aber bei ihrem gegenwärtigen Angriff auf die demokratische und revolutionäre Bewegung gemessen an ihren Zwecken ziemlich vernünftig vor. Überhaupt besteht das Problem der demokratischen und revolutionären Bewegung nicht in der Unvernunft der Bourgeoisie, sondern in deren Vernunft und Bewußtsein, mit der sie die demokratische und revolutionäre Bewegung bekämpft. Es handelt sich um die Vernunft einer zum Untergang bestimmten Klasse, um ein reaktionäres Bewußtsein, aber es handelt sich nicht um Hysterie. Die Versuche, die Bourgeoisie zur Vernunft zu rufen, laufen auf den vergeblichen Versuch hinaus, den Klassengegensatz abzustumpfen. Sie können nur eine Trübung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse bewirken. Wer außer der Bourgeoisie kann daran ein Interesse haben?

In einer Protesterklärung, die von verschiedenen Intellektuellen unterschrieben und von der Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender (VSK) veröffentlicht worden ist, heißt es:

„Mit wachsender Empörung und Besorgnis sehen wir eine neue bundesweite McCarthy-Ära heraufziehen, der wir uns unbedingt entgegenstemmen. Denunziation und Hetze, Polizeiaktionen und Verbotsdrohungen bestimmen heute das Klima in unserem Land. Die verzweifelten und durch nichts zu rechtfertigenden Aktionen individuellen Terrors, denen sich die Herrschenden konfrontiert sehen, werden zum Anlaß genommen, die Reste der demokratischen und Freiheitsrechte weiter abzubauen."

Als ob es die Aufgabe wäre, die Aktionen der RAF zu rechtfertigen oder festzustellen, daß sie durch nichts zu *rechtfertigen* sind. Es kommt darauf an, die gegenwärtige Lage zu *erklären*. In diesem Zusammenhang müssen auch die Aktionen der RAF erklärt werden. Aber es kann nicht darum gehen, jeder Kriegserklärung an die Reaktion eine Erklärung vorauszuschicken, daß der Terrorismus durch nichts zu rechtfertigen sei.

Die Aktionen der RAF sind Ausdruck und spontane Widerspiegelung zweier Tatsachen: des Verfaulungsprozesses der herrschenden Monopolbourgeoisie und der Zersplitterung der demokratischen und revolutionären Bewegung im Kampf gegen die Monopolbourgeoisie. Soweit der Terrorismus spontane Antwort bürgerlicher Kräfte auf die Verfaulungstendenzen der herrschenden Klasse ist, können seine Ursachen nur zusammen mit dem Imperialismus beseitigt werden. Bedeutung erhält der Terrorismus nur aufgrund der Zersplitterung des Kampfes gegen die Monopolbourgeoisie und den imperialistischen Staat. Das muß man der Arbeiterklasse und den Volksmassen erklären. Diese Erklärung muß mit dem Aufbau der Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes verbunden sein. Man kann diese Front nicht aufbauen, wenn man dem ideologischen Druck der Bourgeoisie auch nur an einer Stelle nachgibt. Denn auf seiten der Bourgeoisie sind die Versöhnler bereits am Werk, um gestützt auf den Rechtsopportunismus in der demokratischen und revolutionären Bewegung den Aufbau der Front zu sabotieren.

Rudolf Augstein meldet sich zu Wort

Ausgangspunkt des Rudolf Augstein ist ebenfalls das Klima, über das auf seiten der Linken soviel „Besorgnis" herrscht. Die Wogen sollen geglättet werden.

„Der See rast, und die Stimmen überschlagen sich. Zitieren wir nicht Strauß und Goppel und auch nicht Alfred Dregger. Ein SPD-Ministerpräsident rät den Bürgern, ihren Urlaub nicht in Algerien zu verbringen, solange dieses Land keine gewaltsame Befreiung von Geiseln zulasse. Das Bundesverfassungsgericht schließt ‚extremistische' Bewerber vom Referendardienst aus, so daß sie nicht nur nicht Richter und Staatsanwälte werden können (wofür ja einiges spricht), sondern nicht einmal Rechtsanwälte. Und Horst Ehmke, dem Etikett nach SPD-Linker, sieht ‚viel Blut fließen in diesem Land'."

Was läßt den Rudolf Augstein fürchten, daß „man, entgegen allem Augenmaß, auf typisch deutsche Weise zuviel tut"?

Augstein fürchtet, daß die bewaffneten Angriffsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihre ideologischen Verteidigungsmaßnahmen in einen solchen Widerspruch geraten, daß die Herrschaft der Bourgeoisie schließlich nur noch auf den „tönernen Füßen" der bewaffneten und terroristischen Staatsgewalt steht.

Das kann der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie und dem Expansionsstreben des BRD-Imperialismus bloß schaden. „Die dem Mogadischu-Handstreich applaudierten, weil er den Regelkreis der Fatalität zu durchbrechen schien, mögen gleichwohl die Staatsmacherei nicht, aus der solch perfektes, wenn auch maßgerechtes Handeln hervorgeht.

Anschläge und Attentate in unseren Nachbarländern gelten sicher eher Stammheim als Mogadischu. Aber auch viele, die zustimmend nach Somalia geblickt haben, mögen den maßlosen, den hysterischen Staat nicht, der sich selbst die Zähne zeigt und sein eigenes Wohl mit dem seiner Politiker verwechselt."

Es geht Augstein um das Ansehen des imperialistischen Staatsapparates. Der ist nichts anderes als eine Unterdrückungsmaschinerie der herrschenden Klasse. Aber als solche kann der imperialistische Staat nur funktionieren, wenn es der Bourgeoisie gelingt, dieses Wesen des imperialistischen Staatsapparates zu verhüllen. „Mogadischu ist gut", weil es dem BRD-Imperialismus gelungen ist, durch Erpressung und Druck ein Land der Dritten Welt zu zwingen, die Soldtruppen des BRD-Imperialismus auf seinem Boden zum Einsatz kommen zu lassen. „Stammheim ist schlecht", weil der angebliche Selbstmord der Häftlinge drei Kilometer gegen den Wind nach Terror der Staatsorgane riecht und jedermann merkt, daß die Häftlinge entweder direkt umgebracht worden oder durch Methoden wie Kontaktsperre usw. in den Tod getrieben worden sind. Da hat der Staat auf „typisch deutsche Art zuviel" getan. Das erschwert, so fürchtet Augstein, die ideologische Verteidigung der Herrschaft der Bourgeoisie. Diese Verteidigung hat er sich als einer der Ihren zum einträglichen Geschäft gemacht.

Die Bourgeoisie ist sich vollständig klar, daß über ihre Herrschaft im Kampf um die Meinung der Massen entschieden wird

Es ist bekannt, daß die Bourgeoisie das Plakat des KBW „Ob so oder so – das sind KZ-Methoden" mit großer Wut verfolgt hat. Das Plakat hat das Wesen der „Staatsorgane" enthüllt und prompt haben sie sich beleidigt, weil entlarvt gefühlt. Gegen die nächste Nummer der Kommunistischen Volkszeitung, in der das Plakat entsprechend der Lage weiterentwickelt wurde und das Staatsorgan Filbinger, geschützt durch Polizei mit Pistole im Anschlag, vergeblich versuchte, das Plakat abzureißen, hat ein Frankfurter Amtsrichter eine Einzugsverfügung erlassen. Es ist auch versucht worden, die Zeitung einzuziehen, und bloß nicht gelungen. Das Plakat und die Kommunistische Volkszeitung haben die Kreise der Bourgeoisie gestört, weil sie dem ideologischen Druck, dem sogenannten „Terrorismussyndrom", wie es in einer Westberliner Resolution so schön und gebildet heißt, nicht nachgegeben haben, sondern den Charakter der Staatsorgane furchtlos offengelegt worden ist.

Je mehr die Bourgeoisie den Terror plant – und der fängt mit solchen Maßnahmen wie der Rentensanierung und dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und nicht erst mit der Kontaktsperre und der Liquidierung von politischen Gefangenen an – um so mehr muß sie herausstellen, daß die Staatsorgane über den Klassen stehen, und versuchen, die immer schrofferen Klassenfronten abzustumpfen.

Natürlich hatte Helmut Schmidt, als er im letzten Jahr die Regierungserklärung abgab, die Maßnahmen dieses Jahres bereits im Kopf und in der Mache. Von was aber hat er in dieser Regierungserklärung geredet? Von „Nächstenliebe" und „Nachbarschaft". Als was haben ihn die Verleger im Sommer durch ihre Presse geistern lassen? Als guten Nachbarn am Brahmsee, der, auch mal in den See fällt, aber vom Nachbarn herausgezogen wird, weil sich der Kanzler eben auch gutnachbarschaftlich im Dorfkrug mit den Nachbarn zu unterhalten pflegt. Zu diesem Zeitpunkt waren die ersten Opfer der Schmidt-Ehrenbergschen Rentensanierung und Krankenversicherungskostendämpfung längst unter der Erde. So soll es sein: Während die „Staatsorgane" die Diktatur der Bourgeoisie ausüben, sollen sie als Leute wie du und ich, als gute Nachbarn erscheinen. Das gefällt dann einem Augstein. Entsetzt ist er deshalb, daß Franz-Josef Strauß in München in einem Affenkäfig aus Panzerglas zur Versammlung gesprochen hat.

Ideologische Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie, das war das Generalthema der letzten Bundestagssitzung, auf der es um weitere Gesetzesmaßnahmen zur politischen Unterdrückung ging wie Sicherheitsverwahrung, Überwachung der Verteidigergespräche, Verschärfung des Landfriedensbruches und der Zensurmaßnahmen gegen revolutionäre Agitation und Propaganda. Auch hier waren Klimatologen am Werk.

Dem Mescalero wird die Friedenspfeife angeboten

Nachdem erst planmäßig ein und jeder zum „Sympathisanten des Terrorismus" erklärt worden ist, nachdem die Bourgeoisie den faulen Zauber mit dem Göttinger Mescalero getrieben hat, bietet sie jetzt die Friedenspfeife an. Die leider berechtigte Hoffnung ist, daß sie die liberalen Professoren, Jugendorganisationen und so weiter jetzt reif geschossen hätte.

Bundesinnenminister Vogel: „Es geht doch darum, die Zahl der Sympathisanten – und natürlich gibt es die – zu reduzieren. Es geht doch darum, Menschen zurückzugewinnen, die geirrt haben. Manches von dem, was heute unter dem Stichwort ‚Auseinandersetzung mit den Sympathisanten' geschieht, bewirkt eher das Gegenteil. Pauschale Schuldvorwürfe gegen ganze Gruppen erschweren die Einsicht, ja treiben den Terroristen eher noch Schwankende zu."

Gemeint ist: Tretet aktiv auf die Seite der Verteidiger der freiheitlich demokratischen Grundordnung, nehmt aktiv teil „an dem prinzipiellen Zusammenstehen um unseren Staat" (Brandt)!

„Ist es nicht in unserem gemeinsamen Interesse", so Vogel, „diejenigen, die früher geirrt haben, jetzt in das große Bündnis gegen den Terrorismus mit einzubeziehen? Welchen Sinn soll es haben, die, die geirrt haben und den Irrtum erkennen, zurückzustoßen und auf ihre Irrtümer festzubinden?"

Wo ein Augstein ist, ist ein Vogel ist nicht weit. Und Dregger? Er sagt: „Notwendig ist eine Umkehr, eine geistige, moralische und eine politische Umkehr."

Zur systematischen Reaktion gehört das Wechselbad

Es ist noch jedesmal so gewesen: Die Bourgeoisie versucht mit allen Mitteln Druck zu machen, dann läßt sie den Eindruck der Entspannung entstehen, um nächstes Mal noch mehr zuzuschlagen. Wohin das Ganze gehen soll, hat Dregger völlig unwidersprochen im Bundestag ausgeführt:

„Wir, die wir für die Gegenwart und die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich sind, müssen uns vom Schatten Hitlers befreien." Sie wollen über Hitler hinauswachsen!

„Weder die Kopie Hitlers – die niemand, der in Deutschland noch bei Sinnen ist, wiederholen möchte (Hitler hat ja auch in die Schlappe geführt! Anmerkung der Red.) – noch das Gegenbild Hitlers können Maßstäbe unseres Handelns sein (wie könnte die Bourgeoisie auch ein Gegenbild zu Hitler, zu ihrer eigenen Fratze, entwickeln! Anmerkung der Red.). Wir müssen uns an Erfahrungen orientieren, die über Hitler hinausweisen, und an Grundwerten, die Hitler mißbrauchen, aber nicht außer Kraft setzen konnte."

Man darf nicht nur die politischen Maßnahmen der Bourgeoisie sehen. Vor allem darf man sich von ihnen nicht abschrecken lassen. Die Herrschaft der Bourgeoisie beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Aufrechterhalten werden kann diese Herrschaft nur, solange die Ideologie der herrschenden Klasse die herrschende Ideologie bleibt. Will man die Herrschaft der Bourgeoisie bekämpfen, dann darf man vor allem keine ideologischen Zugeständnisse an die Bourgeoisie machen. Sonst wird es nicht gelingen, die Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes aufzubauen. Das Klima ist wechselhaft. Die Reaktion ist systematisch. Das Wetter wird gemacht, um die Reaktion zu betreiben. – (Z-Red.)

Vor 60 Jahren: Siegreiche Oktoberrevolution und Errichtung der Diktatur des Proletariats in der UdSSR

Aus Schriften von W.I. Lenin und J. Stalin



„Die revolutionären Epochen haben jedoch seit Ende des 19. Jahrhunderts den *höchsten* Typus des demokratischen Staates hervorgebracht, eines Staates, der, nach einem Ausdruck von Engels, in mancher Hinsicht schon aufhört, ein Staat zu sein, der ‚kein Staat im eigentlichen Sinne mehr' ist. Es ist dies der Staat vom Typus der Pariser Kommune, der die vom Volke getrennte Armee und Polizei durch die direkte und unmittelbare Bewaffnung des Volkes selbst ersetzt." (W.I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, 10. April 1917) Bild: Batterie auf dem Skobelew-Platz in Moskau

Mao Tsetung, der große Führer der chinesischen Revolution und Lehrer des internationalen Proletariats, schrieb über die Große Sozialistische Oktoberrevolution: „Die Oktoberrevolution hat breite Möglichkeiten und reale Wege für die Befreiung der Völker der ganzen Welt eröffnet; sie hat eine neue Front der Revolutionen, von den Proletariern des Westens über die Revolution in Rußland bis zu den unterjochten Völkern des Ostens gegen den Weltimperialismus errichtet ..." (Mao Tsetung, Revolutionäre Kräfte der ganzen Welt vereinigt euch, kämpft gegen die imperialistische Aggression, Ausgewählte Werke, Band 4, S. 302)

Die Revolution des russischen Proletariats im Jahre 1917 verlief in zwei Etappen. Im Februar war die Herrschaft der adligen fronherrlichen Gutsbesitzer mit dem Zaren an der Spitze durch die Erhebung der Arbeitermassen und der mit ihnen verbundenen Bauern und Soldaten gestürzt worden. Die Losungen dieser ersten Etappe der Revolution waren: „Für Frieden, für Brot, für Freiheit!". Räte (Sowjets) der Arbeiter und Soldaten als Machtorgane des Umsturzes werden gebildet, die Bourgeoisie aber kann eine Provisorische Regierung bilden. „Es besteht nebeneinander, zusammen, zu ein und derselben Zeit sowohl die Herrschaft der Bourgeoisie (die Regierung Lwow und Gutschkow) als auch die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die die Macht *freiwillig* an die Bourgeosie abtritt, freiwillig zu ihrem Anhängsel wird." (Lenin, Werke Bd. 24, S.28)

Kornilow-Putsch – letztes Aufbäumen der Bourgeoisie

Die Februarrevolution war unzulänglich, die Interessen der Arbeiter- und Bauernmassen zu erfüllen. Die Provisorische Regierung betrieb die Forcierung des imperialistischen Krieges. Ohne die Parteiorganisation der Bolschewiki und ihre revolutionäre Theorie und Taktik, die von Lenin ausgearbeitet waren, hätte das russische Proletariat nicht siegen können. Unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Rußland legte N. Lenin seine Auffassung „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution" auf den Versammlungen der Bolschewiki und der Menschewiki am 4. April in Thesen dar. Am 7. April wurden sie in der Prawda veröffentlicht. Die Aprilthesen legten die Linie für die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes fest. Mehr und mehr wurde die Regierung entlarvt, mehr und mehr organisierte sich das Proletariat und stellte das Bündnis mit den Bauern her. Im Juli antwortete die Bourgeoisie auf die großen Demonstrationen, die die Sowjets aufforderten die Macht zu übernehmen, mit einem Blutbad und beseitigte die Doppelherrschaft. Als sie auch damit die Volksrevolution nicht ersticken konnte, unternahm sie – als letzten Versuch – den Putsch mit dem General Kornilow. Den Sieg des Proletariats und der Bauernmassen Rußlands konnte sie aber nicht mehr aufhalten.

J. Stalin schreibt:

„Die Bolschewiki, die die Massen zur Niederwerfung des Kornilowputsches mobilisierten, stellten aber auch den Kampf gegen die Regierung Kerenskis nicht ein. Die Bolschewiki entlarvten vor den Massen die Regierung Kerenskis, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die mit ihrer gesamten Politik objektiv der konterrevolutionären Verschwörung Kornilows Hilfe leisteten.

Dank allen diesen Maßnahmen wurde der Kornilowputsch niedergeschlagen. Der General Krymow erschoß sich. Kornilow und seine Helfershelfer Denikin und Lukomski, wurden verhaftet (übrigens bald aber von Kerenski wieder freigelassen).

Die Niederschlagung des Kornilowputsches enthüllte und beleuchtete mit einem Schlage das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution. Sie zeigte, daß das gesamte konterrevolutionäre Lager, von den Generalen und der Kadettenpartei bis zu den in den Netzen der Bourgeoisie verstrickten Menschewiki und Sozialrevolutionären, dem Untergang geweiht war. Es wurde offenkundig, daß ihr Einfluß auf die Volksmassen durch die Politik der Hinausziehung des unerträglichen Krieges und durch die wirtschaftliche Zerrüttung, die der langwierige Krieg hervorgerufen hatte, endgültig untergraben war."

Der Oktoberaufstand

„Am 21. Oktober entsandten die Bolschewiki in alle revolutionären Truppenteile Kommissare des Revolutionären Militärkomitees. All die Tage vor dem Aufstand wurde in den Truppenteilen,in den Fabriken und Werken der Kampf energisch vorbereitet. Bestimmte Aufträge erhielten auch Kriegsschiffe – der Panzerkreuzer ‚Aurora' und ‚Sarja Swobody' (Morgenröte der Freiheit).

Der Aufstand begann.

Am 24. Oktober nachts kam Lenin im Smolny an und nahm die Leitung des Aufstandes unmittelbar in seine Hand. Die ganze Nacht trafen beim Smolny revolutionäre Truppenteile und Abteilungen der Roten Garde ein. Sie wurden von den Bolschewiki in das Stadtzentrum geschickt, um den Winterpalast zu umzingeln, wo sich die Regierung verschanzt hatte.

Am 25. Oktober (7. November) besetzten die Rote Garde und die revolutionären Truppen die Bahnhöfe, das Postamt, das Telegraphenamt, die Ministerien, die Staatsbank.

Das Vorparlament wurde aufgelöst.

Der Smolny, in dem sich der Petrograder Sowjet und das Zentralkomitee der Bolschewiki befanden, wurde zum Kampfstab der Revolution, von dem die Kampfbefehle ausgingen.

Die Petrograder Arbeiter zeigten in diesen Tagen, daß sie unter der Führung der bolschewistischen Partei eine gute Schule durchgemacht hatten. Die revolutionären Truppenteile, durch die Arbeit der Bolschewiki zum Aufstand vorbereitet, führten die Kampfbefehle genau aus und kämpften Schulter an Schulter mit der Roten Garde. Die Kriegsflotte blieb nicht hinter der Armee zurück. Kronstadt war ein Bollwerk der bolschewistischen Partei, wo schon lange die Macht der Provisorischen Regierung nicht anerkannt wurde. Der Kreuzer ‚Aurora' kündete am 25. Oktober durch den Donner seiner auf den Winterpalast gerichteten Geschütze den Beginn einer neuen Ära an, der Ära der Großen Sozialistischen Revolution.

Am 25. Oktober (7.November) wurde der Aufruf der Bolschewiki ‚An die Bürger Rußlands' veröffentlicht. In diesem Aufruf hieß es, daß die bürgerliche Provisorische Regierung gestürzt und die Staatsmacht in die Hände der Sowjets übergegangen sei.

Die Provisorische Regierung versteckte sich im Winterpalast, beschützt von Offiziersschülern und Stoßbataillonen. In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober nahmen die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen im Sturm den Winterpalast ein und verhafteten die Provisorische Regierung.

Der bewaffnete Aufstand hatte in Petrograd gesiegt." (Zitate aus: „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), 1938)



Bild: Sitzung des Bakuer Sowjets, 1917

Aprilthesen Lenins

Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution

„1. In unserer Stellung zum Krieg, der von seiten Rußlands auch unter der neuen Regierung Lwow und Co. – infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung – unbedingt ein räuberischer, imperialistischer Krieg bleibt, sind auch die geringsten Zugeständnisse an die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung" unzulässig.

Einem revolutionären Krieg, der die revolutionäre Vaterlandsverteidigung wirklich rechtfertigen würde, kann das klassenbewußte Proletariat seine Zustimmung nur unter folgenden Bedingungen geben: a) Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals.

In Anbetracht dessen, daß breite Schichten der revolutionären Vaterlandsverteidiger aus der Masse es zweifellos ehrlich meinen und den Krieg anerkennen in dem Glauben, daß er nur aus Notwendigkeit und nicht um Eroberungen geführt werde, in Anbetracht dessen, daß sie von der Bourgeoisie betrogen sind, muß man sie besonders gründlich, beharrlich und geduldig über ihren Irrtum, über den untrennbaren Zusammenhang von Kapital und imperialistischem Krieg aufklären, muß man den Nachweis führen, daß es ohne den Sturz des Kapitals *unmöglich* ist, den Krieg durch einen wahrhaft demokratischen Frieden und nicht durch einen Gewaltfrieden zu beenden.

Organisierung der allerbreitesten Propaganda dieser Auffassungen unter den Fronttruppen.

Verbrüderung.

2. Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht im *Übergang* von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab *zur zweiten* Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß.

Dieser Übergang ist gekennzeichnet einerseits durch ein Höchstmaß an Legalität (Rußland ist *zur Zeit* von allen kriegführenden Ländern das freieste Land der Welt), andererseits dadurch, daß gegen die Massen keine Gewalt angewandt wird, und schließlich durch die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärgsten Feinde des Friedens und des Sozialismus.

Diese Eigenart fordert von uns die Fähigkeit, uns den *besonderen* Bedingungen der Parteiarbeit unter den unerhört breiten, eben erst zum politischen Leben erwachten Massen des Proletariats anzupassen.

3. Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung, Aufdeckung der ganzen Verlogenheit aller ihrer Versprechungen, insbesondere hinsichtlich des Verzichts auf Annexionen. Entlarvung der Provisorischen Regierung statt der unzulässigen, Illusionen erweckenden ‚Forderung', *diese* Regierung, die Regierung der Kapitalisten, solle *aufhören* , imperialistisch zu sein.

4. Anerkennung der Tatsache, daß unsere Partei in den meisten Sowjets der Arbeiterdeputierten in der Minderheit, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit ist gegenüber dem *Block aller* kleinbürgerlichen opportunistischen Elemente, die dem Einfluß der Bourgeoisie erlegen sind und diesen Einfluß in das Proletariat hineintragen – von den Volkssozialisten und den Sozialrevolutionären bis zum Organisationskomitee (Tschcheidse, Zereteli usw.), Steklow usw. usf.

Aufklärung der Massen darüber, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung sind und daß daher unsere Aufgabe, solange sich *diese Regierung* von der Bourgeoisie beeinflussen läßt, nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter *Aufklärung* über die Fehler ihrer Taktik bestehen kann.

Solange wir in der Minderheit sind, besteht unsere Arbeit in der Kritik und Klarstellung der Fehler, wobei wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten propagieren, damit die Massen sich durch die Erfahrung von ihren Irrtümern befreien.

5. Keine parlamentarische Republik – von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.

Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamtenschaft.

Entlohnung aller Beamten,die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus.

6. Im Agrarprogramm Verlegung des Schwergewichts auf die Sowjets der Landarbeiterdeputieren.

Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien.

Nationalisierung des *gesamten* Bodens im Lande; die Verfügungsgewalt über den Boden liegt in den Händen der örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten. Bildung besonderer Sowjets von Deputierten der armen Bauern. Schaffung von Musterwirtschaften aus allen großen Gütern (im Umfang von etwa 100 bis 300 Desjatinen, je nach den örtlichen Verhältnissen und nach dem Ermessen der örtlichen Instituionen) unter Kontrolle der Landarbeiterdeputierten und für Rechnung der Gesellschaft.

7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Errichtung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

8. Nicht ‚Einführung' des Sozialismus als unsere *unmittelbare* Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur *Kontrolle* über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

9. Aufgaben der Partei:

a) sofortige Einberufung des Parteitags;
b) Änderung des Parteiprogramms, in der Hauptsache in folgenden Punkten:

1. Imperialismus und imperialistischer Krieg;
2. Stellung zum Staat und *unsere* Forderung eines ‚Kommunestaates';
3. Berichtigung des veralteten Minimalprogramms;

c) Änderung des Namens der Partei.

10. Erneuerung der Internationale.

Initiative zur Gründung einer revolutionären Internationale, einer Internationale gegen die *Sozialchauvinisten* und gegen das ‚Zentrum'."

(Lenin, Werke Band 24, S. 3 – 6)

Die Aufgaben der Sowjetmacht

Rede Lenins am 25. Oktober vor dem Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Bauerndeputierten.

„Genossen! Die Arbeiter- und Bauernrevolution, von deren Notwendigkeit die Bolschewiki immer gesprochen haben, ist vollbracht.

Welche Bedeutung hat diese Arbeiter- und Bauernrevolution? Vor allem besteht die Bedeutung dieser Umwälzung darin, daß wir eine Sowjetregierung, unser eigenes Machtorgan haben werden, ohne jegliche Teilnahme der Bourgeoisie. Die unterdrückten Massen werden selbst die Staatsmacht schaffen, der alte Staatsapparat wird von Grund aus zerschlagen und ein neuer Verwaltungsapparat in Gestalt der Sowjetorganisationen geschaffen werden.

Von nun an tritt Rußland in eine neue Epoche seiner Geschichte ein, und diese, die dritte russische Revolution muß in ihrem Endergebnis zum Sieg des Sozialismus führen.

Eine unserer nächsten Aufgaben besteht darin, sofort den Krieg zu beenden. Um aber diesen Krieg zu beenden, der mit der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung eng verknüpft ist, muß man – das ist allen klar – das Kapital selbst niederringen.

Dabei wird uns die internationale Bewegung der Arbeiter helfen, die sich bereits in Italien, England und Deutschland zu entfalten beginnt.

Der gerechte, sofortige Frieden, den wir der internationalen Demokratie anbieten, wird überall unter den Massen des internationalen Proletariats leidenschaftlichen Widerhall finden. Um dieses Vertrauen des Proletariats zu festigen, müssen sofort alle Geheimverträge veröffentlicht werden.

Innerhalb Rußlands hat ein gewaltiger Teil der Bauernschaft erklärt: Genug des Spiels mit den Kapitalisten, wir gehen mit den Arbeitern. Wir werden das Vertrauen der Bauern durch ein einziges Dekret erwerben, das das Eigentum der Gutsbesitzer aufhebt. Die Bauern werden verstehen, daß die Rettung für die Bauernschaft nur im Bündnis mit den Arbeitern liegt. Wir werden eine wirkliche Arbeiterkontrolle über die Produktion einführen.

Wir haben jetzt gelernt, einmütig zusammenzuarbeiten. Davon zeugt die soeben vollbrachte Revolution. Wir haben jene Kraft der Massenorganisation, die alles besiegen und das Proletariat zur Weltrevolution führen wird.

In Rußland müssen wir jetzt den Aufbau des proletarischen sozialistischen Staates in Angriff nehmen.

Es lebe die sozialistische Weltrevolution! (Stürmischer Beifall.)" (Lenin, Werke Band 26, S. 228ff, Zuerst in „Iswestija ZJK" vom 26.10.17)

Kommunistische Volkszeitung
Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)